



No. 3.

1900.

## Zum Fall Arons.

Von  
Victor Fraenkl.  
(Berlin.)

Nachdem das Disciplinarverfahren gegen den Privatdocenten Dr. Arons durch den höchstinstanzlichen Spruch des preussischen Staatsministeriums seinen Abschluss gefunden, hat der „des Vertrauens Unwürdige“ die Actenstücke des Processes der Oeffentlichkeit übergeben. Er hat gut daran gethan, jedem aus eigener Kenntnis der Dinge heraus das Urtheil zu ermöglichen, wer der wirkliche Sieger geblieben. Der seines Amtes beraubte Gelehrte hat den Kampfplatz mit unverletzter Ehre verlassen, während die Regierung es zwar fertig bekommen hat, durch unhaltbare Deductionen ihrem äusseren Machtmittel eine morsche Stütze zu geben, aber nicht im stande gewesen ist, an einem Charakter von unerschütterlicher Mannhaftigkeit auch nur das winzigste Staubfleckchen aufzuzeigen.

Die Ehre, den Staatsanwalt in dem Verfahren gegen Arons zu spielen, hatte der Geheime Regierungsrat Elster. Man wird ihm das Zeugnis ausstellen müssen, dass er sich seiner culturwidrigen Aufgabe mit heissem Bemühen unterzogen hat, und man wird darob eine gewisse Verwunderung empfinden, wenn man an den Professor Elster denkt. Bevor dieser Herr in die Stellung eines Zuchtmeisters für unbotnässige Privatdocenten aufrückte, war er bekanntlich Lehrer der Staatswissenschaften an der Breslauer Universität und beschäftigte sich als solcher einmal in einer recht socialistenfreundlichen Vorlesung auch mit Lassalle. Zu dessen Lob schlug er damals warme Töne an und beklagte sein Geschick mit einer Ergriffenheit, welche man für echt halten musste. Derselbe Herr Elster befindet sich unter den Mitarbeitern des grossen Handwörterbuches der Staatswissenschaften, das ganz andere Ansichten über die Socialdemokratie vertritt, als er im Disciplinarprocess zum besten gab. Herr Elster ist auch Herausgeber des im Jahre 1898 erschienenen Wörterbuchs der Volkswirtschaft, in dessen Artikel über Socialismus und Communismus es am Schluss u. a. heisst: „... Ueberwindung der Phrase durch realistische Betrachtung und Würdigung der ökonomischen Verhältnisse, Ueberwindung infolgedessen auch des Revolutionsgedankens durch das Evolutionsprincip. Nach diesen Richtungen hin bewegt sich heute die Socialdemokratie aller Länder.“ Indessen, das alles thut nichts!

Der vortragende Rat Elster weiss genau, was der für den Geist eines wissenschaftlichen Sammelwerkes doch wahrlich nicht unverantwortliche Mitarbeiter und gar Herausgeber dem approbierten Schutzmann der Staatsraison schuldig ist, und donnert daher im Fall Arons unablässig gegen die Gewaltgelüste der Socialdemokratie. Er operiert mit einem apokryphen Wydener Manifest, ohne sich die Mühe einer näheren Nachprüfung desselben genommen zu haben. Mit verblüffender Leichtgläubigkeit verlässt sich der gelehrte Ankläger auf ein im Polizeisinn verfertigtes Machwerk, das einen Auszug aus einem Artikel des Züricher Socialdemokrat zum officiellen Wydener Manifest zurechtgestutzt hat. Herr Elster hat diese Zachersche Verdrehung aber für seine Zwecke durch weitere Weglassungen noch mehr umgemodelt! Gibt es eine parlamentarische Bezeichnung hierfür?? Auch die für einen preussischen Beamten doch wohl nicht ganz entbehrliche Logik und Folgerichtigkeit schickt der Staatsanwalt des Cultusministers zum Teufel und arbeitet einmal mit der Art der Agitation des Genossen Arons, dann wieder mit dem Bekenntnis zum Erfurter Programm an sich und schliesslich der Abwechslung halber mit der blossen Thatsache der Bethätigung für die socialdemokratische Partei!! Von der philosophischen Facultät der Universität Berlin wurden diese rabulistischen Wirrungen, diese halsbrecherische Dialektik, diese Verkehrung von vernünftigen Argumentationen und Thatsachen zu dem alleinseigmachenden Zweck, den Hörsaal von dem Socialdemokraten zu befreien, denn auch gebührend gewertet.

Anders der Disciplinarhof und das Staatsministerium. In den Wind waren für diese Herren die Worte der Facultät gesprochen, „dass Dr. Arons nie versuchte, auf die Studierenden agitatorisch einzuwirken, dass er nach dem Zeugnis der Fachmänner ein ausgezeichnete jüngerer Gelehrter und nach dem Zeugnis aller, die ihn näher kennen, ein tadelloser Privatcharakter ist.“ Nicht fiel es für sie ins Gewicht, dass die philosophische Facultät doch eigentlich nicht aus Idioten besteht, die gar keine Ahnung von dem haben, was ihnen und ihrer Berufsehre frommt. Das höhere Amt giebt eben den höheren Verstand — also musste sich das Staatsministerium als weiserer Hüter der Docentenehre bewähren! Gestützt darauf, dass der Universitätslehrer die Jugend „zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes tüchtig zu machen“ hätte, erklärten die Minister den sich ausserhalb des Laboratoriums zur Socialdemokratie bekennenden tüchtigen Physiker Arons des Vertrauens für unwürdig, welches sein Beruf erforderte! . . . .

Auf dem Niveau solcher Polizeijustiz haben sich die preussischen Minister vereinigt, um der Socialdemokratie einen Schlag zu versetzen. Zur Unmündigkeit wird der Universitätslehrer entehrt, damit er auch ausserhalb seiner Berufsthätigkeit nur nachspricht, was der hohen Obrigkeit gefällt! Gift ist für seine Schüler derjenige Docent, welcher ganz unabhängig von der Ausübung seiner Fachwissenschaft für eine Weltanschauung eintritt, die einer im Wechsel der Zeiten entstandenen Staats- und Rechtsordnung nicht das Ewigkeitspatent zuerkennen will!

So steht es um die deutsche Geistesfreiheit kurz vor Beginn des XX. Jahrhunderts.

In den deutschen Künstlern flackern wenigstens noch in letzter Stunde Kampfesfunken gegen die prostituierenden Zumutungen der lex Heinze auf. Endlich haben in diesen Kreisen Männer ohne höfische Liebedienerei den Mund gegen das Monstrum pfäffischer Heuchelei aufgethan, welches einem Verbrecherpaar zur Unsterblichkeit verhelfen, Kunst und Schönheit aber schänden und wehrlos gegen Büttelbarbarei machen soll.

Wo bleibt jedoch die Antwort der „corrigierten“ Wissenschaftler auf die für sie ausgegebene Losung des Knechtsinns? Sie verharren im Schweigen und scheinen zu glauben, dass sie als untere Instanz sich ducken müssen, so, wie etwa ein Amtsgericht gegen die entgegengesetzte Entscheidung eines Landgerichts sich nicht auflehnt. Ein solcher Standpunct würde sie allerdings unwürdig des Vertrauens machen, welches die Nation zu den geistigen Führern haben soll! Eine schwere Sünde gegen ihre idealen Aufgaben war es schon, dass sie nicht den Mut zum machtvollen Ansturm in dem Augenblick fanden, als die Regierung sich mit dem Gelegenheitsgesetz „betreffend die Disciplinarverhältnisse der Privatdocenten“ hervorwagte. Dem gegenüber bedeutet die Freisprechung des Genossen Dr. Arons nur eine schwache Rehabilitierung. Trotz derselben wird, da die Professoren sich jetzt nicht zu einem flammenden Proteste zusammenschliessen, das Odium auf ihnen lasten, dass sie den allein dem Wahrheitsdienst geweihten Universitätslehrer preisgaben! . . . .

## Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Von

Carl Legien.

(Hamburg.)

Man könnte kurz sagen, das Ziel der Gewerkschaftsbewegung ist die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung und die Beseitigung des Absolutismus im Fabrikbetriebe, an dessen Stelle die demokratische (socialistische) Organisation der Betriebsstätten zu treten hat. Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles dient der Strike.

Mit dieser kurzen Erklärung dürfte indessen das Wesen und Wirken der Gewerkschaften nicht völlig dargestellt sein, sondern es ist notwendig, die aus dem gewerkschaftlichen Kampf sich ergebenden täglichen Erscheinungen und die aus dem Tageskampf sich ergebende Anwendung weiterer Kampfmittel darzustellen, wenn der Fernstehende grösseres Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung gewinnen soll.

Die Erhöhung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung ist die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, und aus der Lösung dieser Aufgabe wird sich die Wirkung ergeben, welche als weiteres Ziel der Bewegung in dem am Eingang aufgestellten Satze genannt ist. Diese den Gewerkschaften zufallende Aufgabe machte sie aber auch zu einer absolut notwendigen Ergänzung der politischen Arbeiterbewegung. Damit soll nicht gesagt sein, dass diese nicht gleichfalls die Lebensbedingungen der Arbeiterclassen günstiger gestalten könnte oder nach dieser Richtung nicht bereits gewirkt hätte; es soll damit nur

festgestellt werden, dass die politische Arbeiterbewegung erst unter bestimmten Voraussetzungen eine unmittelbare Einwirkung auf die Gestaltung der Arbeiterverhältnisse auszuüben vermag. Und diese Voraussetzungen sind: Entweder muss die politische Bewegung so erstarkt sein, dass sie die Gesetzgebung ganz oder teilweise beherrscht; oder es müssen die Zustände in bestimmten Industrien derartige sein, dass auch die bürgerlichen Parteien aus ihnen eine Gefährdung für den Fortbestand eines industriell leistungsfähigen Arbeiterbestandes befürchten müssen und dann, nicht aus Liebe zu den Arbeitern, sondern aus Eigeninteresse, auf dem Wege der Gesetzgebung eine Beschränkung der Ausbeutung der Arbeitskraft herbeizuführen suchen. Die erstere Voraussetzung ist heute noch in keinem Staate der Welt gegeben, während die letztere Erscheinung in allen Industriestaaten zu Tage getreten ist. Aufgabe der politischen Bewegung ist es, darauf hinzuwirken, einen bestimmenden Einfluss auf die Gesetzgebung zu erlangen und die Ansätze von Arbeiterschutzgesetzgebung, die vorhanden sind, weiter auszugestalten. Ist das Erstere erreicht — und die letztere Thätigkeit wird wesentlich beitragen, es zu erreichen — so ist damit die Möglichkeit gegeben, die Productions- und Besitzverhältnisse in der Gesellschaftsorganisation im socialistischen Sinne zu gestalten.

Die gewerkschaftliche Bewegung bedarf für ein erfolgreiches Wirken nicht der vollen Anteilnahme aller industriellen Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern vermag schon mit einem nennenswerten Teil derselben wesentliche Erfolge zu erzielen. Handelt es sich um einen Teil der Arbeiterschaft, so wird dieser den ohnehin schon bessergestellten Arbeiterschichten angehören, und es wird diesen Arbeitern gelingen, ihre Lebenshaltung fortgesetzt zu verbessern. Dadurch wird in der Lebenshaltung der verschiedenen Arbeitergruppen der an sich vorhandene crasse Gegensatz noch verschärft, und es entsteht jenes Verhältnis, welches es auch den bürgerlichen Politikern und der Regierung angebracht erscheinen lässt, den zurückgebliebenen Arbeiterschichten durch die Gesetzgebung zu helfen.

Diese kurze Darstellung zeigt, dass politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung sich in dem Kampfe um Erhöhung der Lebenshaltung gegenseitig ergänzen, dass eine der anderen bedarf. Diesem Kampfe ist in der ganzen Arbeiterbewegung die grösste Bedeutung beizulegen, denn seinen Erfolgen entsprechend wird sich die ganze Bewegung gestalten. Es mag das so klingen, als wenn die Bewegung mit den Erfolgen oder dem Fehlschlagen des Strebens nach materiellen Vorteilen sich stärker gestalten oder an Intensität verlieren würde, und als wenn ideelle Gesichtspuncte in der Bewegung nur secundäre Bedeutung hätten. Doch nicht die materiellen Vorteile an sich sind es, welche von Bedeutung für Erfolg oder Misserfolg der Bewegung sind, sondern die Folgen, welche sich aus der materiellen Besserstellung der Arbeiterklasse ergeben. Es muss als eine feststehende Thatsache angesehen werden, dass eine schlechtnährte und nur Schlaf und Arbeit, aber keine Erholung, keine geistige Anregung kennende Arbeiterschaft nicht zu jener geistigen Entwicklung gelangen kann, die Voraussetzung dafür ist, dass das Proletariat die Leitung der Production und Verwaltung des Staates in die Hand nehmen kann.

Instinctiv werden die unter den erbärmlichsten Lebensverhältnissen dahingerietenden Arbeiterschichten wohl der aufwärts strebenden Arbeiterbewegung folgen, diese bedarf aber zum endgiltigen Erfolge des vollen Verständnisses der

sämtlichen oder doch des überwiegenden Theiles ihrer Anhänger für das zu erstrebende Ziel. Man mag dem entgegenhalten, dass die herrschende Classe eine so oft an den Tag gelegte Armseligkeit des Geistes der grossen Masse ihrer Angehörigen aufweist, und dass gerade die im Ueberfluss Lebenden am wenigsten uns den Beweis liefern, dass Bildung und Wissen von dem materiellen Besitz abhängen. Was das Letztere anlangt, so ist zu sagen, dass Ueberfluss und Luxus dieselben Wirkungen ausüben, wie Mangel und Entbehrung. Versumpfung des Geistes und physische Degeneration wird die Folge des einen und des anderen sein. Die Thatsache aber, dass die herrschende Classe neben einer verhältnissmässig geringen Zahl von Intelligenzen eine übermässig grosse Gruppe geistig Armseliger aufweist, kann nicht in Betracht kommen, wenn es sich um die Frage handelt, ob von der geistigen Entwicklung des Proletariats der Erfolg der Arbeiterbewegung abhängt. Eine aufwärts strebende Classe wird nur dann die an der Herrschaft befindliche aus ihren Vorrechten verdrängen, wenn sie ihr an physischer und geistiger Kraft überlegen ist, weil in der Hand der Herrschenden stets die jeweilig ausschlaggebenden Machtmittel liegen. Gerade die geringe geistige Entwicklung, welche die heute herrschende Classe aufweist, muss für das Proletariat anfeuernd wirken, in kürzester Frist dahin zu gelangen, den heute Herrschenden geistig überlegen zu sein.

Physische und geistige Kraft und Ueberlegenheit wird die heute unterdrückten, bevormundeten und ausgebeuteten Volksschichten befähigen, ihre Unterdrücker und Ausbeuter ihrer privilegierten Stellung zu entheben und Gleichheit in den Rechten und Pflichten herbeizuführen. Ist diese Behauptung richtig, dann ergibt sich ohne weiteres, welche gewaltige Bedeutung die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in dem Classenkampf dadurch hat, dass sie in erster Linie bestrebt ist, der Arbeiterschaft höhere Löhne und damit eine bessere Ernährung zur Erhöhung der physischen Kraft und durch Verkürzung der Arbeitszeit eine Schonung dieser Kräfte und Gelegenheit zur Schulung des Geistes zu geben.

Hiervon ist die Erreichung des zweiten Zieles oder, wenn man will, des Endzieles der gewerkschaftlichen Bewegung abhängig. Ob dieses Ziel, die Demokratisierung der Production, ausschliesslich durch die politische Bewegung erreicht werden wird, oder ob die Gewerkschaften hieran in entscheidendem Masse teilnehmen werden, mag dahin gestellt bleiben. Thatsache ist, dass die Gewerkschaften heute nach dieser Richtung hin schon erfolgreich thätig sind. So wenig wie im Staatsleben der Sprung vom völligen Absolutismus zur Demokratie möglich ist, sondern ein Uebergangsstadium, der constitutionelle Staat, erscheint, so wenig oder noch weniger wird in der Production eine radicale Aenderung erfolgen, ohne dass die erforderlichen Vorbedingungen gegeben sind. Diese zu schaffen, sind die Gewerkschaften bestrebt. Sie suchen das, was in unserer Gesetzgebung theoretisch schon gegeben ist, den collectiven Arbeitsvertrag, praktisch zur Durchführung zu bringen, ihn an Stelle des individuellen Arbeitsvertrages zu setzen. Dies ist bisher nur zum geringen Theil und nur bei den gut örtlich oder allgemein organisierten Berufsgenossen gelungen. Ein grosser Theil der gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland drehte sich ja darum, das Unternehmertum zu zwingen, von dem Bestreben, den Arbeitsvertrag mit dem einzelnen Arbeiter abzuschliessen, abzulassen und die Vertretung der organisierten Arbeiter als berechtigten Factor bei der Festsetzung der Arbeits-

bedingungen anzuerkennen. Diese Anerkennung aber ist die erste Vorbedingung dafür, die Production demokratisieren zu können, denn sie ist das erste Durchbrechen des Absolutismus im Fabrikbetriebe. Der weitere Schritt ist die Einsetzung einer ständigen Arbeitervertretung, welche mit dem Einzelunternehmer oder der Vertretung der organisierten Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzt. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse wird und muss sich aber bei weiterer Entwicklung nicht nur auf die Lohnhöhe und die Dauer der Arbeitszeit beschränken, sondern sich auch auf die Betriebseinrichtungen erstrecken. Der letzte Schritt wäre dann die Uebernahme der Leitung der Production durch die Arbeiterschaft, wobei es ja dem Unternehmer, welcher die nötige Qualification besitzt, frei stände, sein Teil zur Vervollkommnung und Erhöhung der Productivität beizutragen. Dieser letzte Schritt dürfte wohl ein Act der Gesetzgebung, der politischen Action sein; ihn vorzubereiten ist aber nicht nur Aufgabe dieser, sondern auch der Gewerkschaften. Diese werden in der heutigen Form als Kampforganisationen so lange bestehen bleiben, bis dieses Ziel, das ja, in ökonomischer Beziehung, auch dasjenige der politischen Bewegung ist, erreicht sein wird.

Mehr noch, als bei der Frage des Zieles der Gewerkschaftsbewegung, ist bei den anzuwendenden Mitteln eine nähere Erörterung notwendig. Mit der einfachen Bemerkung, das anzuwendende Mittel sei die Vorenthaltung der Arbeitskraft der vereinigten Arbeiter, sei der Strike, ist die Sache keinesfalls auch nur annähernd dargestellt. Der Strike wird stets das vornehmlichste und ausschlagende Mittel im Gewerkschaftskampfe bleiben, aber er darf in der Bewegung nur dann zur Anwendung gelangen, wenn alle anderen Mittel versagen. Es muss allerdings zugegeben werden, dass der Strike, soweit er als Mittel, die Arbeiter zur Classenerkenntnis zu bringen und zur Solidarität zu erziehen, geeignet ist, eine weit höhere Bedeutung haben wird, als alle anderen Mittel, welche die Gewerkschaften zur Anwendung bringen. Man wird ohne weiteres zugeben müssen, dass in der gemeinsamen Arbeitseinstellung besonders für die älteren, an den Ort oder gar den Betrieb gebundenen Arbeiter das Einsetzen der eigenen Existenz liegt. Deswegen kann wohl auch der Strike als der höchste Ausdruck der Solidarität angesehen werden. Mag auch der materielle Vorteil das Leitmotiv bei der Arbeitseinstellung sein, mag als Ursache des Strikes eine Abwehr der Verschlechterung oder das Verlangen nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen gelten, es erfordert die Durchführung des Kampfes doch so viel und so hohen Idealismus, wie er wohl kaum an einer anderen Phase der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommt. Nicht allein die Wirkung, welche die Strikes ausgeübt haben, indem sie dazu beitrugen, die Arbeiterschaft auf eine höhere Culturstufe durch die Verbesserung der Lebenshaltung zu heben, ist es, was die Strikes ohne weiteres rechtfertigt, sondern auch die erzieherische Wirkung, welche sie auf jeden einzelnen der Beteiligten ausüben. Aufopferungsfreudigkeit, Selbstbeherrschung und Einfügen in die geschlossene Reihe, den Platz völlig ausfüllend und doch sich nur als ein Teil des Ganzen fühlend, das ist es, was die Arbeiterschaft im Strike lernt, was von ihr in diesem Kampfe gefordert wird. Eigenschaften werden hier den einzelnen Arbeitern anezogen, deren Besitz Vorbedingung für die weiteren Emancipationskämpfe, für den letzten Entscheidungskampf des Proletariats sind. Somit geht die culturgeschichtliche Bedeutung der Strikes weit über die etwaigen materiellen

Errungenschaften hinaus. Der Strike ist die beste Schule für das kämpfende Proletariat. Trotzdem wird jede Gewerkschaft den Strike zu vermeiden suchen, wenn der beabsichtigte Zweck durch andere Mittel erreicht werden kann. Völlig zutreffend sagte Friedrich Albert Lange in seiner Arbeiterfrage, dass die Arbeiter nicht kämpfen, um sich zu üben, sondern, um ihren Zweck zu erreichen. Und ebenso zutreffend ist die weitere daran geknüpfte Bemerkung, dass die Arbeiter nicht wissen, oder heute können wir wohl sagen, oft nicht wissen, welche Bedeutung die um der Erreichung materieller Vorteile geführten Kämpfe für den Culturfortschritt der Menschheit überhaupt haben.

Führt nun die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die Kämpfe nicht um ihrer selbst willen, sondern zur Erreichung des jeweiligen Zwecks, so wird sie, wie gesagt, wenn der Erfolg der gleiche sein kann, zu anderen Mitteln, als dem Strike, greifen. Hier ist vor allem an zeitweilige oder auf einer längeren Zeitraum abgeschlossene Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, an sogenannte Tarifgemeinschaften, gedacht. Tarifgemeinschaften werden, das lehrt die Geschichte der englischen wie der deutschen Gewerkschaften, nur dann abgeschlossen, wenn die Organisationen der Vertragschliessenden gleich stark sind, die Chancen eines Kampfes für beide Parteien nicht mit annähernder Sicherheit abgewogen werden können. Der Kampf aber wird sofort ausbrechen, wenn nach Ablauf des vereinbarten Tarifs die eine oder die andere Partei sich stark genug glaubt, um bessere Bedingungen dictieren oder mehr erreichen zu können, als die Gegenpartei zugestehen geneigt ist. In den tariflichen Vereinbarungen liegt deshalb nicht etwa ein Aufgeben des Kampfes, sondern die Erreichung des Zwecks, welchen die Arbeiterschaft verfolgt, ohne dass die Zuflucht zum letzten Machtmittel genommen wird. Tarifgemeinschaften sind infolge dessen nicht etwa ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterorganisation, sondern sie sind im Gegenteil ein Beweis für die Stärke derselben, denn sie sind ein sicherer Ausdruck dafür, dass die Unternehmer des betreffenden Berufes oder Ortes gezwungen worden sind, an Stelle des von ihnen gewünschten individuellen den collectiven Arbeitsvertrag treten zu lassen. Tarifgemeinschaften werden nur in den Berufen abgeschlossen werden, in welchen die Arbeiter gut organisiert sind, und in welchen die Organisation durch eine Reihe von Kämpfen den Beweis geliefert hat, dass sie gewillt ist, ihre Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten, unter allen Umständen durchzuführen. Darin liegt ja die Ursache der Schwäche der sogenannten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, dass sie glauben, zu Vereinbarungen mit den Unternehmern zu kommen, ohne je darum gekämpft oder auch nur die Neigung gezeigt zu haben, ernstlich zu kämpfen, um das Unternehmertum zu veranlassen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Vertretung der Arbeiter festzusetzen. Erst dann nimmt eine Vereinigung von Arbeitern den Charakter eines Gewerkvereins oder einer Gewerkschaft an, wenn sie den Zweck, für welchen sie geschaffen ist, die materielle Lage der Arbeiterschaft zu neben, unter allen Umständen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erreichen bestrebt ist. Der Name allein thut es nicht, sondern erst die Thaten kennzeichnen den Charakter einer Vereinigung.

Wenn die deutschen Gewerkschaften sich für Tarifgemeinschaften erklären, so sind sie damit doch weit davon entfernt, den Gewerkvereinen, oder richtiger den Organisationen, welche fälschlicherweise in Deutschland diesen Namen tragen,

näher zu rücken. Für die Gewerkschaften ist die Tarifgemeinschaft nur das ganze oder teilweise Zugeständnis der Unternehmer zu den von den Arbeitern gestellten Forderungen, welche bei ablehnender Haltung des Unternehmertums durch den Kampf, durch den Strike zu erringen die Gewerkschaft unter allen Umständen versuchen würde. Ein Mittel zum Zweck, nicht aber der Zweck selbst kommt in der Tarifgemeinschaft für die Gewerkschaften zum Ausdruck. Jede Steigerung der Löhne, jede Verkürzung der Arbeitszeit wird in kurzer Zeit durch weitere Verbesserungen nach dieser Richtung hin abzulösen sein, und ihr Ende werden diese Bestrebungen erst erreichen, wenn den Arbeitern der volle Ertrag ihrer Arbeitsleistung gewährt wird, wenn die Vorenthaltung eines Teiles derselben zur Gewährung von Capitalprofit an den Unternehmer fortgefallen ist.

Wenn sich weiter in der deutschen Gewerkschaftsbewegung das Bestreben geltend macht, Arbeitslosen-, Kranken- oder sonstige Unterstützungen neben der bisher fast allgemein nur üblichen Strikeunterstützung in den Organisationen einzuführen, so ist auch dieses keineswegs als ein Zeichen dafür anzusehen, dass sich das Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung geändert habe. Es handelt sich vielmehr um in der Gewerkschaftsidee liegende Einrichtungen, die durch den Kampf, welchen die Gesetzgebung, die Behörden und Gerichte gegen die Gewerkschaften geführt haben, hintenangelassen worden sind und nicht zur Durchführung gelangten, weil ständige Gefahr der Vernichtung über den Gewerkschaften schwebte. Diese Gefahr ist gegenwärtig keineswegs beseitigt, aber die Gewerkschaften glauben, gestützt auf die Ausdehnung, welche sie im letzten Jahrzehnt erreicht haben, ihr mit grösserem Erfolg begegnen zu können. Schwache, nicht mit einander vereinigte Teile der Organisation der Arbeiter lassen sich durch Gewaltmassregeln unterdrücken, in ihren Anfängen lässt sich eine Bewegung durch solche Massregeln auf mehr oder weniger lange Zeit hintenanhalten oder ganz beseitigen. Nicht aber, wenn die weitverzweigten Teile zu einem Ganzen vereinigt sind und dieses Ganze eine nennenswerte Stärke erreicht hat. Heute kann man einzelne Teile der Bewegung und Organisation, nicht aber mehr diese selbst vernichten. Dies Vertrauen in die eigene Kraft hat die Gewerkschaften veranlasst, den lange nicht aus Princip, sondern infolge des Druckes der äusseren Verhältnisse hintenangesetzten Zweig gewerkschaftlicher Thätigkeit in verstärkter Masse zur Durchführung zu bringen. Es muss allerdings zugegeben werden, dass der genannte Druck in weiten Kreisen der Arbeiterschaft dahin geführt hat, aus principiellen Gründen die Unterstützungseinrichtungen von den Gewerkschaften fern zu halten. Die stetig wachsende Ausdehnung der Organisationen führt aber auch jenen anscheinend principielle Gegnern der Unterstützungscassen der Gewerkschaften zu der Erkenntnis, dass es sich hier um eine mit dem Wesen der gewerkschaftlichen Vereinigungen verknüpfte Sache handelt. Diese Erkenntnis wird dadurch gefördert, dass noch weite Arbeiterkreise den Gewerkschaften fern stehen, obgleich wenige Arbeiter vorhanden sein dürften, die nichts von ihrer Existenz, ihren Aufgaben und ihrem Wirken gehört haben. Ferner aber dadurch, dass alle Organisationen ohne Unterstützungseinrichtungen einen ständigen Wechsel in ihrem Mitgliederbestande aufweisen. Die Fernstehenden heranzuziehen, die Wankelmütigen zu halten, dazu sollen Unterstützungen bei Krankheit und Invalidität dienen, denn dem Elend der arbeitenden Bevölkerung selbst werden diese Unterstützungen ebensowenig steuern können, als die Arbeitslosenunter-



stützung. Auch diese soll die Mitglieder an die Organisation fesseln, sie hat aber noch einen anderen, den gewerkschaftlichen Kampf direct fördernden Zweck. Sie dient in den Zeiten des Friedens, ebenso wie die Arbeitseinstellung im Kampfe mit dem Unternehmertum dazu, die Arbeitskräfte von dem Arbeitsmarkt fern zu halten. Die Arbeitslosenunterstützung hat deswegen gleichfalls als ein directes Kampfmittel zu gelten, und ihre Durchführung ist nicht gleichbedeutend mit Abschwächung des Kampfcharakters einer Organisation, sondern im Gegenteil mit einer Steigerung der Kampfesfähigkeit.

Neben diesen Mitteln, welche direct dazu dienen sollen das Ziel der Gewerkschaftsbewegung zu erreichen, laufen andere, welche mittelbar die Arbeiter zur Erreichung des Zieles befähigen sollen. Hierher gehören alle die Einrichtungen, welche die Gewerkschaften schaffen, um die Bildung und das Wissen ihrer Mitglieder zu erhöhen. Es handelt sich hier um eine Thätigkeit der Gewerkschaften, welche nach dem Vorhergesagten keineswegs gering zu achten ist. Wird physische und geistige Ueberlegenheit das Proletariat befähigen, im Kampfe mit den herrschenden Classen Sieger zu bleiben, so ist nicht nur die durch Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter indirect günstig beeinflusste geistige Entwicklung der Arbeiterklasse, sondern auch die unmittelbar auf die Bildung des Geistes der Arbeiterschaft gerichtete Thätigkeit der Gewerkschaften von grosser Bedeutung.

Die Meinung, die Gewerkschaften seien nur Recrutenschulen für die socialdemokratische Partei, hat nur noch einige oder gar keine Anhänger mehr in der Arbeiterbewegung oder doch wenigstens bei dem in der Bewegung stehenden Teil der Parteianhänger, welcher Anspruch darauf macht, ein Urtheil in der Sache zu fällen befähigt und berechtigt zu sein. Diese Wandlung der Anschauung bedeutet nicht ein Ueberschätzen der Gewerkschaftsbewegung, sondern die volle Erkenntnis des Wesens und der Mittel des Classenkampfes, die volle Wertung eines bei der steigenden industriellen Entwicklung sich notwendig machender Zweiges der modernen Arbeiterbewegung. Eine Ueberschätzung der Gewerkschaftsbewegung kann schon aus dem Grunde nicht eintreten, weil diese trotz der rapiden Entwicklung, welche sie in den letzten Jahren aufweist, sich doch erst im Anfangsstadium befindet. Zu voller innerer Festigkeit und zur entscheidenden Kraftentfaltung nach aussen wird sie erst gelangen, wenn die Mittel, welche geeignet sind, den gewerkschaftlichen Kampf zu fördern, voll zur Durchführung gelangt sein werden. Andererseits werden die Gewerkschaften anscheinend in den nächsten Jahren vor schwere Kämpfe gestellt werden. Das Unternehmertum scheint sich darauf vorzubereiten, einen entscheidenden Kampf durch Provocierung von Massenstrikes und Aussperrungen gegen die Gewerkschaften zu führen, und es wird der grössten Umsicht bedürfen, diesen Kampf nicht zu einer Zeit ausbrechen zu lassen, welcher dem Unternehmertum günstig ist. Nach der Schulung, welche die Gewerkschaften im Kampfe des letzten Jahrzehnts erhalten haben, steht nicht zu befürchten, dass das Unternehmertum seine Absicht erreichen wird. Ferner wird die nächste ungünstige Wirtschaftsconjunctur, die sicher zu erwarten ist, — obgleich die jetzige günstige Conjunctur unverhältnismässig lange anhält und die Theorie von dem Wechsel in der Conjunctur nicht zu bestätigen scheint, — erweisen, ob die Gewerkschaften innerlich so gefestigt sind, dass sie ohne wesentlichen Verlust an Mitgliedern und ohne Aufgeben der errungenen Positionen die Periode des wirtschaftlichen Niedergangs zu überdauern vermögen. Sicher

ist, dass weder das eine noch das andere, weder grössere Kämpfe mit dem Unternehmertum, noch die ungünstige Wirtschaftsconjunctur die Widerstandskraft der Gewerkschaften zu brechen vermag, weil diese heute schon eine solche Festigkeit aufweisen, dass ihr Fortbestand und ihr Einfluss auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht wesentlich mehr erschüttert werden kann.

## Organisationsstarre.

Von

Adolph von Elm.

(Hamburg.)

Organisation bedeutet Macht — je stärker eine Organisation an Mitgliederzahl und an Fonds ist, desto grösser der Einfluss derselben im wirtschaftlichen Kampfe.

Mit dem wachsenden Einfluss wächst auch das Machtbewusstsein der Organisierten, dasselbe äussert sich in einem männlicheren, entschiedeneren Auftreten gegenüber den Capitalisten. Die Sorge, an Macht einzubüssen, führt wiederum dazu, die Chancen eines Erfolges vor Beginn des Kampfes kühl abzuwägen; die Organisation ist bestrebt, durch vorherige Verhandlungen einen Kampf, wenn möglich, zu vermeiden.

Ausser diesen guten Wirkungen treten bei grossen, mächtigen Organisationen aber auch wiederum Erscheinungen zu Tage, die im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung tief bedauerlich sind. Ständige Erfolge einer Organisation führen leicht zu einer Ueberschätzung der eigenen Kraft, zur Ignorierung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, zur Gleichgültigkeit und Ungerechtigkeit gegenüber Organisationen, die mit schwierigeren Verhältnissen zu rechnen haben.

Help yourself!

Das ist die weise Lehre, die die Starken dem Schwachen gerne, bei jeglicher Veranlassung, zurufen: „Sind wir nicht aus eigener Kraft das geworden, was wir sind? Macht's doch ebenso!“ Und um die Zurückgebliebenen auf den richtigen Weg zu bringen, sucht man nicht etwa liebevoll sie zu stützen und zu fördern, im Gegenteil, um ihre Kraft anzuspornen, hält man es für notwendig, sie ihrem Schicksal allein zu überlassen.

Diese Gedanken sind mir in letzter Zeit in Veranlassung von Vorkommnissen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung häufig gekommen, die Richtigkeit derselben finde ich abermals bestätigt durch den englischen Gewerkschaftscongress in Plymouth. Auf demselben waren vertreten 1 106 550 organisierte Arbeiter; wegen Differenzen mit einer kleinen Organisation von 970 Mitgliedern, den Vereinigten Schmieden, war die grosse Organisation der Maschinenbauer mit ihren 72 000 Mitgliedern auf diesem Congress nicht vertreten.

Die vorgekommenen Differenzen zwischen beiden Organisationen waren die natürliche Folge der Thatsache, dass zwei Gewerkschaften für ein Gewerbe bestanden und jede für sich das Recht beanspruchte, Arbeitsdifferenzen lediglich und allein durch ihre Organisation zu schlichten. Drei Mitglieder der kleinen Schmiedeorganisation stellten in einer Werkstatt die

Arbeit ein, weil einem Mitgliede ihres Vereins eine Arbeit, welche bisher mit 24 Mk. pro Woche bezahlt worden war, genommen und einem jüngeren Arbeiter übergeben wurde, welcher dafür nur 12 Mk. pro Woche Lohn erhielt. Die Maschinenbauerorganisation war vor dem Strike von den Differenzen nicht unterrichtet worden, und sie besetzte deshalb ohne weiteres die Plätze der strikenden Schmiede. Verhandlungen zwischen beiden Organisationen führten zu keinem Resultat. Die Schmiede wandten sich an das Parlamentarische Comité, welches zur Beilegung der Differenzen ein Schiedsgericht einsetzte. Das Schiedsgericht entschied zu Ungunsten der Maschinenbauer. Diese fügten sich dem Schiedsspruch nicht und verzichteten damit auf das Recht der Teilnahme am Gewerkschaftscongress für die Dauer von zwei Jahren.

Auch ohne die Maschinenbauer war der Gewerkschaftscongress in Plymouth noch ein achtunggebietendes Arbeiterparlament. Wenn über eine Million organisierter Arbeiter durch ihre Vertreter Stellung nehmen zu Arbeiterangelegenheiten, so werden deren Beschlüsse weit über die Kreise der beteiligten Arbeiter hinaus Beachtung finden. War es deshalb nicht unklug seitens der Maschinenbauer, auf eine Teilnahme am Congress zu verzichten? Dass der Trade-Unions-Congress nicht im stande war, seinen rules (wegen Nichtbeachtung des § 20 der Regeln mussten die Maschinenbauer auf die Teilnahme verzichten) mehr Achtung seitens einer der ältesten Organisationen abzunötigen, giebt zu denken. Würden materielle Vorteile mit der Beteiligung an der Vereinigung der Gewerkschaften verknüpft sein, würde zweifellos auch eine grosse Organisation sich den Rücktritt von derselben, wenn auch nur für die Dauer von zwei Jahren, jedenfalls sehr ernstlich überlegen.

Der Trade-Unions-Congress hat jedoch in wirtschaftlicher und materieller Beziehung für die daran teilnehmenden Gewerkschaften nur ganz minimale Bedeutung. Seine Thätigkeit besteht darin, Stellung zu nehmen zu den verschiedenen socialpolitischen Fragen, Gesetzentwürfen und Abänderungsvorschlägen zu bestehenden Gesetzen, welche das Parlamentarische Comité im Auftrage des Congresses dem Parlament zu unterbreiten hat. Zweifellos eine äusserst wichtige Thätigkeit, und auch darüber besteht wohl keine Meinungsdivergenz: die vielen bedeutsamen Arbeiterschutzgesetze verdanken die englischen Arbeiter in erster Linie ihren durch den Trade-Unions-Congress beschlossenen Massnahmen und dem durch denselben auf das Parlament ausgeübten Einfluss.

Aber damit ist auch die Hauptaufgabe des Congresses erschöpft. Die genau so wichtige, wenn nicht noch wichtigere Aufgabe der gegenseitigen Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen bleibt durch den Congress unberührt.

Der gewaltige Kampf der Maschinenbauer im Jahre 1898 bewies diesen, dass auch für eine grosse mächtige Organisation einmal der Tag kommt, wo dieselbe gegenüber der Capitalistencoalition die Segel streichen muss und trotz ihrer gewaltigen Fonds an die allgemeine Solidarität zu appellieren gezwungen ist.

Praktisch und wirksam kann und wird diese Solidarität bei so gewaltigen Kämpfen nur sein, wenn sie vor dem Kampfe planmässig organisiert ist.

Deshalb fand nach dem Strike der Maschinenbauer das Bestreben, ein geregelttes Schutz- und Trutzbündnis gegenüber dem Capital im wirtschaftlichen Kampfe zu begründen, lebhaftes Sympathie bei einem grossen Teil der englischen Arbeiter. Eine allgemeine Föderation der Gewerkschaften mit fest normierten Beiträgen und Unterstützungssätzen wurde am 19. Juli 1899 begründet. Nach der im Protokoll des Congresses veröffentlichten Mitgliederliste traten der Föderation von namhaften Gewerkschaften bei: die Maschinenbauer, die Former, die Allgemeine Arbeiter-Union, die Gasarbeiter, die Baumwollenspinner, die Schuhmacher, die Schneider, die Schiffszimmerer, die Hafearbeiter, die Messingarbeiter, die Flachsspinner; nicht beigetreten waren die grossen Organisationen der Bergarbeiter, Maurer-arbeitsleute, Zimmerer, Tischler, Weber, Werftarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahnarbeiter.

Im ganzen schlossen sich der Föderation an 310437 organisierte Arbeiter, noch keine 25% der Gesamtzahl. Die nicht angeschlossenen grossen Organisationen hat der Maschinenbauerstrike nichts gelehrt, sie beharren im stolzen Glauben an ihre eigene Kraft auf ihrem engherzigen, egoistischen Standpunct, bis — bis auch für sie der Tag von Damaskus kommt und sie erkennen werden, dass die allgemeine Solidarität unter Umständen auch für die mächtigste Organisation ein nicht zu ignorierender Factor ist.

Es steht leider fest, dass für die meisten Menschen die Erfahrungen anderer völlig nutzlos sind, nur wenn sie am eigenen Leibe schlimme Erfahrungen machen, kommen sie zum Nachdenken. So war es denn auch erklärlich, dass, als der Vertreter der Gewerkschaften Dänemarks in seiner Begrüssungsrede sagte, die Arbeiter seien in Dänemark besser organisiert, als irgendwo in der Welt, — ja sogar besser, als in England — dies von einem Teil der Delegierten mit Heiterkeit beantwortet wurde. Das Lachen verstummte jedoch, als der dänische Delegierte dann eingehend die Organisation des dänischen Arbeiterbundes schilderte. — „Bei vorkommenden Strikes zahlt jeder organisierte Arbeiter in Dänemark 50 Pf. pro Woche — wir sind dadurch im stande, ohne weiteres ständig 5000 strikende oder ausgeschlossene Arbeiter unterstützen zu können.“ Wahrlich — das ist Solidarität, die so organisatorisch praktisch bisher in keinem Lande der Welt geübt wurde.

Aber noch eine bittere Wahrheit bekamen die englischen Gewerkschafter aus dem Munde des dänischen Arbeiterdelegierten zu hören. Als in Dänemark die Capitalistencoalition ein Gewerbe nach dem anderen im letzten Jahr aussperrte, um die Macht des dänischen Arbeiterbundes zu brechen, musste dieser natürlich an die internationale Solidarität appellieren. 200000 Mk. waren wöchentlich zur Unterstützung der Ausgesperrten erforderlich; 300000 Mk. Unterstützungsgelder gingen im ganzen aus dem Ausland ein, davon die kleinste Summe aus England.<sup>1)</sup>

Englands Arbeiter waren seiner Zeit die ersten, die die Internationalität in der Gewerkschaftsbewegung auf den Schild gehoben, sie figurierten

<sup>1)</sup> Nach der in Nr. 41 v. J. des Correspondenz-Blattes der deutschen Gewerkschaften veröffentlichten Abrechnung gingen aus Deutschland 141076,50 Mk. für die ausgesperrten Arbeiter Dänemarks ein.

diesmal, wo es galt, dieselbe praktisch zu bethätigen, an letzter Stelle. Ist dies Zufall oder auf besondere Ursachen zurückzuführen? Wenn ich die weiteren Beschlüsse des Congresses mit in Betracht ziehe, komme ich zu der Ueberzeugung, dass von einem Zufall nicht die Rede sein kann.

Doch lassen wir die Thatsachen zunächst selbst reden. In dem dem Congress erstatteten Bericht des Parlamentarischen Comité's heisst es:

„In seiner Sitzung vom 10. Mai beriet das Parlamentarische Comité über einen Brief der deutschen Arbeiterpartei, in welchem das Comité eingeladen wurde, Delegierte zu dem deutschen Arbeitercongress zu entsenden. Nach einiger Discussion wurde festgestellt, dass das Comité keine Machtvollkommenheit besitze, Delegierte nach Deutschland zu senden. Beschlossen wurde, das Schreiben in diesem Sinne zu beantworten, gleichzeitig wurden jedoch die deutschen Gewerkschaften eingeladen, sofern dieselben es wünschten, einen Delegierten nach dem Congress in Plymouth zu senden. Das Parlamentarische Comité nahm sodann eine Resolution dahingehend an, die ganze Frage der Einladung auswärtiger Delegierten zu den englischen Gewerkschaftscongressen dem Plymouther Congress zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Das Comité empfiehlt der Geschäftsordnungscommission, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.“

Auf dem Congress erachtete das Parlamentarische Comité es jedenfalls für richtiger, dem Congress direct die Frage zur Entscheidung zu unterbreiten.

Mr. S. Woods, der Secretär des Comité's, erklärte, vor zwei Jahren seien Einladungen eingegangen von Deutschland und anderen Ländern, Delegierte zu ihren Congressen zu entsenden; die Executive war jedoch nicht in der Lage, diesen Einladungen entsprechen zu können. In einer am Morgen abgehaltenen Sitzung des Parlamentarischen Comité's hätte dasselbe beschlossen, den Congress zu befragen, ob es der Wunsch desselben sei, dass das Comité in Zukunft die Machtvollkommenheit haben solle, derartigen Einladungen zu entsprechen.

Mr. Holmes-Leicester, Vertreter der Strumpfwarenwerker-Föderation, beantragt, dem Comité diese Machtvollkommenheit bis zum nächsten Congress einzuräumen.

Beschlossen wurde, mit dem nächsten Punct der Tagesordnung fortzufahren, da der Gegenstand eine wichtige pecuniäre Erwägung erheische. Damit war der Antrag Holmes begraben, denn später war keine Rede mehr davon.

Noch deutlicher tritt die Stellung des Congresses zur internationalen Gewerkschaftsbewegung bei den sich unmittelbar hieran anschliessenden Erörterungen zu Tage.

Mr. W. Millington-Hull von der Schiffszimmerer-Vereinigung beantragte: „Der Congress beauftragt das Parlamentarische Comité, den Austausch von Berichten der verschiedenen Organisationen mit den respectiven auswärtigen Organisationen zu veranlassen.“ In der Resolution heisst es dann weiter: „Der Congress erblickt hierin ein Mittel, die Arbeiter der Welt fester zusammenzuschliessen, eingehende Informationen über deren Lage und Verhältnisse zu verbreiten und, wenn möglich, die Abhaltung internationaler Conferenzen der verschiedenen Gewerke zu

unterstützen, als auch im allgemeinen die internationale Verbindung der Arbeit zu fördern.“

Mr. R. Johns-Newcastle von der Schiffszimmerer-Vereinigung unterstützte den Antrag; bei der Abstimmung durch Handaufheben wurde die Resolution mit 79 gegen 68 Stimmen abgelehnt.

Bei der geforderten Kartenabstimmung wurden 352 000 Stimmen dafür, 428 000 dagegen abgegeben. Die Resolution wurde demnach für abgelehnt erklärt.

Die in der ohne weitere Begründung erfolgten Ablehnung obiger Resolution zu Tage getretene Geringschätzung der festländischen Gewerkschaftsbewegung ist es zunächst, die crass hervortritt. Wozu Berichte austauschen? Die Mehrzahl der Delegierten war jedenfalls der Meinung, von den auswärtigen Gewerkschaften nichts lernen zu können. Und doch herrscht gerade bezüglich der deutschen Gewerkschaftsbewegung bei englischen Gewerkschaftsführern eine Unkenntnis, die geradezu staunen-erregend ist. Als auf dem Gewerkschaftscongress in Edinburgh durch den Vertreter der deutschen Gewerkschaften die Zahl der organisierten Arbeiter in Deutschland bekannt gegeben wurde, erklärten die hervorragendsten Führer der englischen Gewerkschaften, davon bisher gar keine Ahnung gehabt zu haben.

Man wäre nun doch wohl berechtigt gewesen, anzunehmen, dass, nachdem die deutschen Gewerkschaften die strikenden englischen Maschinenbauer mit der, selbst für englische Verhältnisse ganz respectablen, Summe von 262 876,48 Mk. im Jahre 1898 unterstützt hatten, diese Thatsache den conservativen Führern der englischen Gewerkschaften den Beweis geliefert hätte, dass es in Deutschland auch so etwas giebt, was auf den Namen Gewerkschaftsorganisation Anspruch machen kann.

Aber schon der Bericht des Parlamentarischen Comités zeigt, dass ein solches Verständnis noch nicht vorhanden ist. Das Comité spricht von einer Einladung der „deutschen Arbeiterpartei zu dem deutschen Arbeitercongress“. Es scheint, als wenn das Comité das Einladungsschreiben nur sehr oberflächlich gelesen hat, welches die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Beschickung des letzten deutschen Gewerkschaftscongresses an dasselbe richtete. Aber braucht man sich hierüber besonders zu wundern, wenn man hört, dass der Secretär der englischen Maschinenbauer, Mr. Barnes, irrtümlich, wie es heisst, die Generalversammlung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine besuchte und dort den organisierten Arbeitern Deutschlands seinen Dank für die empfangene Unterstützung aussprach. Zur künftigen Vermeidung derartiger Irrtümer wäre wahrlich ein gegenseitiger Austausch von Berichten sehr nützlich, vorausgesetzt, dass dieselben dann auch in die Landessprache übersetzt und den organisierten Arbeitern des Landes zugänglich gemacht würden.

Das Protokoll des Plymouther Congresses sagt uns nun leider nicht, welche Gewerkschaften es waren, die gegen die eingereichten Resolutionen bezüglich der internationalen Gewerkschaftsbewegung stimmten. Wenn nur die eine grosse Organisation der Bergleute mit ihren 213 000 Mitgliedern dagegen stimmte, so würde schon dadurch das Abstimmungs-

resultat ganz wesentlich beeinflusst worden sein. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es aber sehr wahrscheinlich, dass es gerade die grossen Organisationen sind, in denen der altenglisch-conservative Trade-Unions-Standpunct, der von einem Zusammenschluss sämtlicher organisierten Arbeiter in nationaler und internationaler Beziehung nichts wissen will, zur Zeit noch am mächtigsten ist.

Aber, haben wir Deutschen nun besondere Veranlassung, die Engländer zu tadeln? Gewiss, wir haben im letzten Jahrzehnt hervorragende Beweise von nationaler und internationaler Solidarität geliefert. Aber sind nicht auch bei uns schon Spuren desselben einseitigen Machtdünkels und egoistischer Abschliessung von der allgemeinen Bewegung vorhanden?

Wenn in einem Ort die grösste Zahl der Gewerkschaften für Errichtung eines Arbeitersecretariates ist und in namhaften Gewerkschaften deshalb dagegen Stellung genommen wird, weil man der irrthümlichen Meinung ist, die eigene Gewerkschaft habe keinen directen Nutzen davon und werde nur für die anderen Organisationen zahlen müssen, ja, wenn deshalb ein eventueller Rücktritt von dem Gewerkschafts-cartell des Ortes schon angedeutet wird, ist das nicht ganz derselbe engherzige Standpunct, wie der auf dem englischen Gewerkschaftscongress, der hier zu Tage tritt?

Auch auf unserem letzten Gewerkschaftscongress in Frankfurt a. M. sind Aeusserungen gefallen, die von der Mehrheit der Delegierten allerdings nicht geteilt und auch später als unschön zurückgenommen wurden, die aber doch unzweideutig zeigen, dass einige Gewerkschaftsführer nicht übel Lust haben, dem englischen conservativen Trade-Unions-Geist einfach nachzuahmen. „Den Gewerkschafts-cartellen muss bezüglich der Strikeunterstützung ein für alle Mal das Handwerk gelegt werden“, erklärte man von jener Seite. Zur Begründung dieses Standpunctes wurde gesagt: „20 Pf. pro Woche muss Jeder aufbringen können, ob er am Rhein wohnt oder in dem hungrigen Schlesien, auch wenn er nur 10 oder 12 Mk. pro Woche verdient. Diejenigen, die dies nicht zu können glauben oder nichts daran wenden wollen, müssen wir ihrem Schicksal überlassen, und wenn sie verhungern.“

Nun ist es gewiss eine absolute Notwendigkeit, dass Arbeiter, selbst wenn sie nur einen geringen Verdienst haben, ihrer Gewerkschaftsorganisation angehören. Einen Beitrag von 20 Pf. halte auch ich für das Minimum dessen, was gezahlt werden muss. Die Gewerkschaftsorganisation ist gerade für diese Arbeiter so notwendig, wie das liebe Brot, und auch ich werde stets energisch dafür eintreten, dass diese sich organisieren.

Alle unsere Bemühungen nach dieser Richtung hin haben aber bis jetzt nicht vermocht, die brutale Macht der Thatsache aus der Welt zu schaffen, dass ständiges Hungern und Entbehren eine Erschlaffung, eine Energielosigkeit erzeugt, die schon manchen Vorstand einer Gewerkschaft bei seiner Agitations- und Organisationsarbeit zur Verzweiflung gebracht hat. Und wenn dann diese durch keine noch so überzeugenden Reden zu organisierenden Arbeitermassen plötzlich einmal den Bann der gewohnheitsmässigen Unterordnung durchbrechen und zur Erkämpfung einer besseren Lebenshaltung die Arbeit einstellen, dann werden wir, gerade

um dieselben nach und nach mit zur Organisation heranzuziehen, noch so manches Mal für deren Unterstützung in ihren Kämpfen eintreten müssen.

Was aber hat dies mit der Aufbringung von Strikegeldern durch die Gewerkschaftscartelle zu thun?

In der Organisation der Gewerkschaftscartelle an und für sich ist doch nicht ohne weiteres die Unterstützung Unorganisierter inbegriffen. Die Unterstützung Unorganisierter, „wilder Strikes“ kann von Fall zu Fall immer nur aus Zweckmässigkeitsrücksichten gutgeheissen werden, bei der grossen Sympathie, die bei mehreren derartig „wild“ ausgebrochenen Strikes für die kämpfenden Arbeiter vorhanden war, wäre man aber zweifellos auch ohne die Gewerkschaftscartelle für deren Unterstützung allseitig eingetreten.

Grundsätzlich bin auch ich nicht für die Unterstützung von Strikes durch die örtlichen Gewerkschaftscartelle, weil ich in derselben eine Planlosigkeit, eine Verzettelung der Kräfte erblicke, aber was man im Princip für falsch hält, kann in der Praxis doch als ein notwendiges Uebel so lange Existenzberechtigung haben, als man nicht gewillt oder noch nicht in der Lage ist, etwas Besseres an dessen Stelle zu setzen. Was aber wollen die Gegner der Unterstützungen durch die Cartelle an dessen Stelle setzen? Genau so wie in England die Unterstützung von Centralverband zu Centralverband. Weshalb? Als das im wesentlichen leitende Motiv für diese Neuerung habe ich bisher nur gefunden: die kurzsichtige Rücksichtnahme auf den momentanen Vorteil der eigenen Casse. Gerade diejenigen, die am heftigsten die Beihilfe der Gewerkschaftscartelle bei Unterstützung von Strikes verdammten, sind es auch, die einer auf Grundlage von vornherein bestimmter Leistungen sämtlicher organisierten Arbeiter basierten allgemeinen Unterstützung von Strikes in bestimmten Notfällen, wie sie z. B. die Generalcommission auf dem Berliner Gewerkschaftscongress in Vorschlag brachte, entschieden Widerstand entgegensetzten.

Und gerade, weil nicht der allgemeine Solidaritätsgedanke der Grund des Vorschlages, der eventuellen Unterstützungen von Centralverband zu Centralverband ist und niemand bestimmte Verpflichtungen übernehmen will, wird sich aus dieser blinden Nachahmung englischer Einrichtungen genau so wie in England der starre egoistische Standpunct entwickeln, der dort dazu führte, dass man grosse Massen Arbeiter, die mit den Berufen gelernter Arbeiter nicht gleichen Schritt halten konnten, einfach ihrem Schicksal überliess. Erst der in den Arbeitermassen auch in England mehr und mehr Wurzel fassende socialistische Gedanke, der auch in dem Aermsten den Bruder, den vom Capital Unterjochten erblickt, war es, der schliesslich bei dem Londoner Docker-Strike gegenüber dieser unsolidarischen Handlungsweise trotzdem einmal den Sieg davon trug. Die socialistische Anschauung ist es auch in Deutschland gewesen, die uns bisher davor bewahrt hat, kalt und herzlos den Leiden der ärmsten unserer Brüder in deren Kämpfen uns gegenüberzustellen.

Und derselbe warmherzige Geist spricht zu uns aus dem dänischen Arbeiterbund. Die kolossale Vergeudung von Arbeitergroschen durch regellose örtliche Sammlungen ist dort beseitigt, aber etwas Besseres ist dafür geschaffen worden: die Centralisation der Mittel, die planmässige



Unterstützung von Strikes aus einem allgemeinen Strikefonds. Und man vergisst dort nicht, dass es ein Gebot der Klugheit und zur Wahrung der Interessen der besser gestellten Arbeiter absolut erforderlich ist, auch für die Verbesserung der Lage der am meisten Bedrückten energisch einzutreten. Um z. B. der Concurrenz der Frauenarbeit zu begegnen hat man, wie der dänische Delegierte auf dem Plymouther Congress betonte, energische Anstrengungen gemacht, die weiblichen Arbeiter zu organisieren. Man hat damit teilweise sehr guten Erfolg gehabt, denn es ist gelungen, für die Frauen in vielen Fällen dieselben Löhne, wie für die Männer, zu erkämpfen.

Diese Solidarität ist gleichzeitig gesunder Egoismus; Hilfe wird nur organisierten Arbeitern gewährt; aber die Losung heisst hier: Von unten auf! Dadurch, dass man den schlechtest Bezahlten die allgemeine organisierte Hilfe gewährt, schafft man denselben die Möglichkeit, gemeinsam mit den übrigen Genossen vorwärts zu kämpfen und Beiträge in solcher Höhe zahlen zu können, um den nun einmal erforderlichen Kriegsfonds für den wirtschaftlichen Kampf schaffen zu helfen.

Wenn wir Deutsche irgend einem gegebenen Beispiel nachahmen wollen, dann empfehle ich den organisierten Arbeitern Deutschlands, ihren dänischen Brüdern nachzueifern.

Die socialistische Denkweise ist es, die in Dänemark derartig praktische Resultate zeitigte. Die Furcht vor der Ansteckungsgefahr bei Berührung mit solchen Elementen ist es nicht in letzter Linie, welche die konservativen englischen Gewerkschaftsführer veranlasst, sich gegenüber der Gewerkschaftsbewegung des europäischen Festlandes so äusserst kühl zu verhalten. Wenn wir nun aber Gleiches mit Gleichem vergelten wollten, so würde das eine Thorheit sondergleichen sein.

Auch in England geht es trotz alledem rüstig vorwärts, die Zeit wird auch dort kommen, wo die in langer Gewohnheit erstarrten Methoden der grossen Organisationen dem warm pulsierenden Leben weichen müssen. Ist doch die grossartige Friedensdemonstration am Schlusse des Trade-Unions-Congresses, der Protest des grössten Arbeiterparlaments der Welt gegen jede Gewalts- und Eroberungspolitik — die Resolution, die der Regierung die dringende Nothwendigkeit nahelegt, jedes irgend mögliche Mittel zu benutzen, um die Differenzen mit Transvaal auf friedlichem Wege beizulegen, da der Krieg für das arbeitende Volk beider Länder grosses Leiden und unersetzlichen Nachteil bedeuten würde — der vollgiltigste Beweis dafür, dass dieselben grossen Ideen, die unsere Herzen in Begeisterung höher schlagen lassen, auch bei unseren englischen Brüdern mächtig wirksam sind. Hüten wir uns, durch eine momentane Verstimmung über Beschlüsse, die schon ein nächster Congress über den Haufen werfen kann, uns zu einer Verbitterung verleiten zu lassen, die der Förderung der internationalen Beziehungen und der internationalen Solidarität nur hinderlich sein kann.

Ein internationaler Bund der organisierten Arbeiter der ganzen Welt ist das Ziel! Dasselbe wird erreicht werden — nicht in wenigen Jahren — dazu sind die entgegenstehenden Schwierigkeiten noch zu gross — aber trotz alledem!

Die organisierten Arbeiter Deutschlands, die sich rühmen können, die Lehren eines Karl Marx am frühesten begriffen zu haben, mögen die Avantgarde bilden, um das Wort des grossen Meisters zur That werden zu lassen: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

## Die Syndikalisten-Bewegung in Frankreich.

Von

Léon de Seilhac.

(Paris.)

Die französische Gewerkschaftsbewegung, beim Zusammenbruch der Pariser Commune fast völlig erstickt, kam erst Mitte der siebziger Jahre wieder in Fluss.<sup>1)</sup> Sie geriet alsbald unter den Einfluss doctrinärer Socialisten. Diese Doctrinäre zeigten sich zunächst extrem revolutionär und erklärten, die Parlamentsessel den „Hämorrhoiden der Bourgeois“ zu überlassen; die politische Emancipation des Proletariats sei eitel Bauernfängerei, jede Wahlbeteiligung der Arbeiterclassen schlage schliesslich zum Nutzen der Bourgeoisie aus. Als aber später die Wahlen günstig für sie wurden, schlugen sie einen anderen Ton an, und 1896 sagte derselbe Guesde, der einer der schärfsten Antiparlamentaristen gewesen war: „Nur durch die gesetzliche Waffe des allgemeinen Wahlrechts wird die Armee der Collectivisten mit Naturnotwendigkeit, und zwar schon binnen Kurzem, die Macht erringen und sich zum Herrn der Republik machen.“ Thatsächlich gelang es der politischen Richtung nach mehrjährigen Kämpfen, die gewerkschaftliche völlig aufzusaugen; von 1880—86 hört man nur von politischen Kundgebungen sprechen und erst 1886 kommt von neuem Leben in die Gewerkschaftsbewegung, die nun als Parti syndical ihre eigenen Wege geht.<sup>2)</sup>

Das Gesetz von 1884 hatte eben den Gewerkschaften die Befugnis gegeben, sich zu organisieren. Diese neugebildeten Gewerkschaften berufen 1886 einen Congress nach Lyon, um einen Verband zu begründen; alle Delegierten müssen Arbeiter und Gewerkschaftsvertreter sein. Dieser Congress ist zwar durch die Gemässigten zusammengerufen, fällt jedoch bald unter die Leitung der extremen Elemente. Man ruft alsbald: „Hoch die sociale Revolution!“, die dreifarbigten Fahnen werden zerrissen, und der rote Teil der Landesflagge dient als revolutionäres Banner. Das Gesetz von 1884, sicherlich seit langem das liberalste und arbeiterfreundlichste von allen erlassenen Gesetzen, wird als ein Polizeigesetz bezeichnet, „das die Arbeiter auf eine Stufe mit den Dirnen“ stellt, und die Anerkennung dieses Gesetzes wird mit 74 gegen 7 Stimmen bei 29 Enthaltungen abgelehnt.

Ein Landesverband (Fédération nationale) wird gebildet mit einem Generalrat an der Spitze, der sich aus Guesdisten, also dem — damals! — revolutionären Elemente rekrutierte.

Der zweite Congress fand 1887 in Montluçon statt, der dritte 1888 in Bordeaux; beide Städte sind Hochburgen der Guesdisten, und auch Calais, der Sitz des vierten Congresses, war unter ihrem Einfluss.

<sup>1)</sup> Vergl. hierüber meine Studie: Der Socialismus in Frankreich. Socialistische Monatshefte, 1897, pag. 575—577.

<sup>2)</sup> Der Parti syndical umfasst die revolutionären Nur-Gewerkschaftler, die im Gegensatz zu den sogenannten Parlamentaristen jede politische Bethätigung ablehnen.

Die Föderation war durch ihre Abhängigkeit von den Guesdisten gänzlich compromittiert. Sie litt überdies an dem Fehler, dass sie in gewisser Beziehung etwas Gekünsteltes hatte als centralistische Organisation ohne directe Verbindung mit den Landes- und Localverbänden.

Diese Gruppen — wirkliche Arbeiterorganisationen — waren die Arbeitsbörsen, die als einfache Arbeitsvermittlungsbureaus gegründet, aber zum Mittelpunkt der ganzen gewerkschaftlichen Thätigkeit in den grossen Städten und zu einem Stützpunkt für alle Arbeiterbestrebungen geworden waren. Es ist leicht verständlich, dass sich diese Börsen, die zum Teil politisch unabhängig waren und fast durchweg den Ideen der Guesdistenfraction feindlich gegenüberstanden, der Föderation nicht angeschlossen hatten, in der übrigens auch kein Platz für sie vorgesehen war.

Die Föderation war eigentlich endgiltig verurteilt, und ihr Verschwinden hing nur von der Bildung eines neuen Verbandes ab, der nicht die Syndikate seinen Principien, sondern sich den Syndikaten anpasste.

Anfang 1892 existierten 14 Arbeitsbörsen, die ältesten, die von Paris und Nîmes seit 1886. Der Anstoss, diese Gruppen zusammenzufassen, ging von Paris aus, und 1892 kam auf einem Congresse in Saint-Etienne die Föderation der Arbeitsbörsen zu stande, die noch jetzt die wichtigste der Arbeiterpartei in Frankreich ist.

Anfangs tagten die Congresse der beiden Verbände getrennt von einander; man beschloss jedoch, auf Ende 1893 nach Paris einen Einigungscongress zuberufen.

Ein besonderes Ereignis gab diesem Congress eine besondere Bedeutung. Charles Dupuy hatte am 7. Juli die Pariser Arbeitsbörse als Herd revolutionärer Agitation geschlossen.

„Die Idee der Börsen“, sagt der Bericht der Organisationscommission für diesen Congress, „hat die gewerkschaftliche Bewegung mehr gefördert, als zehnjährige Arbeit der Führer, aber Dupuy hat sie durch die Aufhebung der Pariser Arbeitsbörse und durch seinen Angriff auf die Gewerkschaften mehr als zwanzigjährige Agitation gefördert.“

Guesde seinerseits beglückwünschte von einem anderen Gesichtspunkte aus im *Matin Dupuy*, der dadurch, dass er mit seiner Polizei und seinen Soldaten den Gewerkschaften den Weg, den Abweg, in den zu viel Arbeiter sich zu verirren drohten, sperrte, — der dadurch die genannte Arbeiterpartei in die politische Bewegung, das heisst auf den richtigen Weg zurückgedrängt habe; jetzt sei jeder überzeugt, dass ohne Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse es kein Heil gebe, keine Befreiung der Arbeit möglich sei.

Der Pariser Congress beschloss die Einigung; in Nantes sollte 1894 ein einziger gemeinsamer Congress für die Arbeitsbörsen und die Berufsverbände stattfinden. Die Guesdisten protestierten lebhaft gegen die Vereinigung, weil sie darin, nicht mit Unrecht, eine glatte und einfache Annexion „ihrer“ alten Syndikatsföderation sahen.

Auf dem Nanter Congress (1894) setzt die Discussion unmittelbar bei der wichtigsten Frage ein; man kann von diesem Moment an voraussehen, dass dieser Einigungscongress in der Hauptsache ein Werk der reinlichen Scheidung schaffen wird; die Syndikalistens wollen das Joch der Guesdistens abschütteln, und sie bieten ihnen den Kampf auf dem Terrain des Generalstrikens. Letztere nahmen schweren Herzens den Kampf auf, dessen Ausgang niemand zweifelhaft schien.

Es existieren verschiedene Auffassungen über den Generalstrike, zum wenigsten zwei ganz verschiedene, fast entgegengesetzte.

Die einen meinen, dieser Krieg mit gekreuzten Armen muss im Wesentlichen einen friedlichen Charakter tragen. „Es ist eine einfache Arbeitsverweigerung, die der ganzen Welt beweisen will, dass das ganze sociale Leben vom Arbeiter abhängt. Die Eisenbahnen werden stillstehen, und die Production von Leuchtgas wird aufhören; auf den Stillstand dieser beiden Factoren zählen unsere Anhänger am meisten. Paris ohne Lebensmittel, die Bäckereien belagert und geplündert, bei Anbruch des Abends schwarze Nacht; erschreckt und ausgehungert fliehen die Bourgeois aus der Hauptstadt und überlassen das Feld den siegreichen und friedlichen Arbeitern. Ich kenne brave Leute, die sich für diesen kritischen Augenblick, den sie für bevorstehend halten, Kartoffelvorräte in ihre Keller legen.“

Ganz anders ist die Auffassung der anderen Vertreter des Generalstrikes. „Jede gesellschaftliche Function ist durch das Aufhören des Verkehrs und den Mangel an Gas gehemmt. Zahlreich sind in der That die Industrien, welche mit Gasmotoren arbeiten. Der Arbeiter denkt alsdann mit leerem Magen nicht daran, zu arbeiten. Der Hunger treibt zur Gewaltthat, es bilden sich Gruppen, diese bemächtigen sich der Bäckereien, der Weinläden, kurz aller Lebensmittelmagazine und thun sich dort gütlich, nachdem sie den rechtmässigen Eigentümer getötet, wenn dieser nicht freiwillig weicht. Wenn diese Acte sich gleichzeitig überall wiederholen, in allen Strassen, in allen Quartieren, was würde die Polizei dagegen thun können! Oder die Armee! Die Gefängnisse würden übrigens nicht hinreichen, um alle Ruhestörer zu fassen.“ So sieht das erquickliche Bild aus, das uns die Anhänger der Propaganda der That machen.

Der Streit um den Generalstrike hatte seit 30 Jahren in der französischen Arbeiterbewegung eine Rolle gespielt. Die Guesdisten hatten ihn auch lange Zeit hindurch gepredigt; 1890 in Lille hatten sie aber auf Antrag von Frau Marx-Aveling folgenden Beschluss gefasst: „Für das Gelingen des eigentlichen Generalstrikes, das heisst der verabredeten und gleichzeitigen allgemeinen Arbeitsniederlegung, ist unbedingtes Erfordernis eine Organisation und ein socialistisches Denken, wie es das Proletariat noch nicht erreicht hat; der einzige Strike, der Aussicht hat und nicht verfrüht ist, ist der der Kohlengräber aller Länder, die beim Verlassen der Gruben durch die anderen Berufsgruppen unterhalten werden; der Congress fordert die Verbände, Gruppen und Mitglieder der Partei auf, einen internationalen Strike der Bergarbeiter, falls er von diesen beschlossen würde, mit aller Kraft zu unterstützen.“

Der Generalstrike wurde also durch die Guesdisten und die Föderation der Syndikate, die sie im Schlepptau hatten, heftig bekämpft und andererseits von der Föderation der Arbeitsbörsen, den Blanquisten und Allemanisten energisch unterstützt. Der entscheidende Kampf fand in Nantes statt.

Briand, ein Rechtsanwalt aus Nantes, war der beredte Vorkämpfer des Generalstrikes. „In sechs Jahren wird die Weltausstellung stattfinden; angenommen, ihr bringt vier Monate vorher das Ministerium in die Lage, sich über den Achtstundentag, über die Altersversorgungscassen etc. zu entscheiden, ihr könntet alles durch den Generalstrike erzwingen; denn mit Rücksicht auf die Ausstellung wäre es in ärgster Verlegenheit.“

Die Gegenpartei führt aus, der Generalstrike lasse sich ebensowenig decretieren, wie eine Revolution; partielle Strikes haben einen präcisen Zweck

und drehen sich um bestimmte Forderungen, der Generalstrikte habe nur ein vages Ziel. Den belgischen Generalstrikte könne man nicht als Beispiel heranziehen; dort waren die Ausständischen nicht allein, es handelte sich um die Forderung des Wahlrechts, und die Arbeiter hatten die politischen Parteien, die kleinen Kaufleute und die Presse auf ihrer Seite.

Bei der Abstimmung erklärten sich 65 für, 36 gegen den Generalstrikte bei 36 Enthaltungen. Durch die Provocation seitens eines Mitglieds des Congresses kommt es darauf zu stürmischen und gewaltsamen Scenen, und die Minorität verlässt den Saal; die Guesdisten blieben damit ihrer alten Taktik treu, die Congressse, in denen sie nicht die Mehrheit haben, zu verlassen.

So vollzieht sich ein unheilbarer Bruch zwischen den zwei Föderationen, die zusammengekommen, um sich zu verschmelzen, und gleichzeitig die Lösung der syndikalen Partei von der politischen.

Die Föderation der Syndikate existiert heute nur noch dem Namen nach, der Congress von Nantes hat ihr einen tödtlichen Streich gegeben. Andererseits gewinnt die Föderation der Arbeitsbörsen einen bestimmenden Einfluss auf die Richtung der Arbeiterbewegung.

Ein junger, kluger und tüchtiger Mann, der selbst aus der bürgerlichen Classe stammte, wurde zum Secretär ernannt. Fernand Pelloutier führte die Föderation mit einem Talent und Geschick, dem auch seine erbittertsten Gegner Achtung zollen müssen. Anfangs war er Anhänger der guesdistischen Schule gewesen, hatte aber dann mit dieser Partei gebrochen und entwickelte sich in der Richtung zum reinen Anarchismus. Pelloutier ist noch heute — sein Posten ist übrigens nur mit mageren 1200 Francs dotiert — Generalsecretär dieser Föderation, welche ihm grossenteils ihre raschen Erfolge verdankt. Diese Thatsache ist um so interessanter, als sie ein bei Arbeitern wohl ziemlich seltener Fall von Beständigkeit ist; Eifersucht und niedriger Verdacht pflegen dort leichtes Spiel zu haben, und im allgemeinen ist die Erfolglosigkeit der Arbeiterorganisationen gerade diesem Mangel an Beständigkeit zuzuschreiben.

Im folgenden Jahre, 1895, schuf der Congress der Arbeitsbörsen in Limoges den Generalarbeitsverband, die confédération générale du travail; er sollte seinen Statuten gemäss an keine politische Schule Anschluss nehmen und in einer gemeinsamen Organisation die Arbeitsbörsen, das heisst die localen Gewerkschaftcartelle, und die Berufsgruppen, das heisst die centralisierten Gewerkschaftsverbände, zusammenfassen. Aber die letzteren existieren nicht mehr, die Guesdisten haben sie in dem Bemühen, sie für sich zu capern, erstickt, so dass sich die Arbeitsbörsenföderation und der Generalarbeitsverband ziemlich decken.

Bis dahin waren die Syndikalisten, die die Beteiligung an Wahlen und parlamentarischer Arbeit bekämpften, auf den internationalen Congressen stets geschlagen; man bezeichnete sie einfach als Anarchisten und schloss ihnen die Thür. Auf dem Londoner Congress zeigten sie sich entschlossen, ein derartiges Gebahren nicht weiter zu dulden; man dürfte nicht erst, meinten sie, ein Glaubensbekenntnis von ihnen verlangen, ehe man ihnen Eintritt in die Hallen der Socialdemokratie gewähre, man hätte nur festzustellen, ob die durch sie vertretenen Organisationen in der That beständen.

Der Züricher Congress von 1893 hatte die Satzungen für den Londoner von 1895 festgesetzt; der Paragraph, der die Antiparlamentarier ausschliessen

sollte, war in seiner Fassung nicht ganz klar. Die Mandatscommission erklärt jedoch, unter dem Widerspruch der Marxisten, dass alle Mandate zu Recht bestehen, und ein weiterer Versuch, die Antiparlamentarier durch Beschluss innerhalb der französischen Section auszuschliessen, misslingt gleichfalls. Gelegentlich der Geschäftsordnungsdebatte bricht innerhalb der Section der Streit zum dritten Male aus. Die politischen und gewerkschaftlichen Elemente können sich nicht verständigen. Bei der Abstimmung wird der strittige Paragraph mit einer Stimme Majorität abgelehnt; alsbald erheben sich die Guesdisten und verlassen den Saal, trotz der Vorhaltungen des Vorsitzenden Vaillant, der mit ihnen gestimmt, sich aber vor der Majorität beugt.

Am folgenden Tage wird derselbe Paragraph in der Plenarversammlung mit 17 gegen 2 Stimmen (Holland und Frankreich) angenommen, nachdem er dahin ausgelegt, dass er alle Syndikate zur Teilnahme am Congress zulasse, ohne von ihren Repräsentanten ein persönliches Glaubensbekenntnis zu verlangen.

Die Hauptsorge der französischen Minorität ist nun, eine Anerkennung der Spaltung durch den Congress herbeizuführen. Nach einer lärmenden Debatte lässt der Vorsitzende Singer nach Nationalitäten abstimmen; England, Frankreich (das heisst dessen antimarxistische Mehrheit), Belgien, Holland und Italien votieren dagegen, 15 Nationen geben den Guesdisten das Recht, eine eigene Nation zu bilden; von diesen 15 haben 4 nur einen Delegierten, die anderen, abgesehen von Deutschland und der Schweiz, sind durch je 2—15 Delegierte vertreten.

Der Londoner Congress zerriss also das letzte Band zwischen den Syndikalisten und den Politikern. Nur die Blanquisten mit ihrer geschickten und ehrlichen Politik gingen aus diesem unverständigen Streite gestärkt hervor.

Es ist nun interessant, den Weg, den die französischen Syndikate nach ihrer Emancipation genommen, weiter zu verfolgen, ihre Taktik zu prüfen, ihr Programm zu studieren und endlich ihre Erfolge festzustellen. Der letzte Strike der Eisenbahnarbeiter zeigt uns, wie sie einen Teil ihres Programms zur Ausführung gebracht und welches Resultat sie dabei gehabt.

Zunächst erwogen sie die Gründung einer Zeitung; bei einer Million organisierter Arbeiter meinten sie auf 500000 Abonnenten rechnen zu können, und ein Entwurf rechnete einen jährlichen Reingewinn von  $2\frac{1}{2}$  Millionen heraus. Aber dieser stolze Plan ist noch nicht thatsächlich in Angriff genommen; das Organ der Syndikalen ist immer noch ein kleines monatlich einmal erscheinendes Blättchen.

Und mit ihrem Versuch, die Bauern und die Seeleute zu gewinnen, haben sie wohl auch noch kein so grosses Glück gehabt. Die Arbeiter kennen den Bauer wenig und sehen ihn sogar etwas geringschätzig an. Die Arbeitsbörsen beabsichtigten, specielle Agitatoren, die mit den bäuerlichen Verhältnissen wohl vertraut sind, auszubilden; diese Agitatoren sollten dann nicht direct mit den Bauern, die sich aus Misstrauen unzugänglich zeigen könnten, in Verbindung treten, sondern mit den ländlichen Handwerkern (Stellmachern, Tischlern, Schmieden), die in den Dörfern leben und bei den Bauern offenes Ohr haben. Man scheint erst einen schwachen Anlauf genommen zu haben, diesen Plan zur Ausführung zu bringen. Die Seeleute meinte man durch die Arbeitsbörsen der Seestädte anziehen zu können und gründete eigene Heimstätten für sie. Aber diese Leute fühlen sich wohler in den Spelunken niederster Sorte, in denen man sie auf jede Weise ausbeutet und bis auf den letzten Pfennig ausplündert;

sie leben sorglos in den Tag und kümmern sich kaum um ihre eigene Interessen. Sie sind dem Gedanken der Solidarität, den gewerkschaftlichen und socialistischen Ideen zur Zeit noch nicht zugänglich. Es scheint auch, als ob die Syndikate in den Hoffnungen, die sie auf die Küstenbevölkerung setzte, enttäuscht seien.

In Toulouse traten die Anarchisten zum ersten Male officiell in den Syndikatscongressen auf; sie predigten eine neue Taktik, den Boykott, auf Berliner Erfahrungen Bezug nehmend, und das System der Sabotage: diese letztere fordert den Arbeiter auf, bei zu geringer Bezahlung schlechte Arbeit zu liefern oder das Werkzeug absichtlich zu beschädigen. Ob die Sabotage oft in Anwendung gebracht wird, wissen wir nicht. Man hat uns freilich erzählt, dass die Kohlenarbeiter, wenn sie schlecht bezahlt werden, ab und zu einen Kohlenbock in die Seine gleiten lassen.

Aber der Hauptartikel der ganzen Taktik blieb immer der Generalstrike, der seiner Zeit den Streit zwischen den Syndikalisten und Parlamentaristen entflammt hatte. Einstimmig war zwar auch von ersteren der Generalstrike nicht angenommen; man hegte viel Bedenken gegen ihn und mannigfache Befürchtungen.

Auf dem Congress von Tours (1896) wies Claverie darauf hin, dass Frankreich im wesentlichen ein ackerbauendes Land sei, auf 3 Millionen Industriearbeiter kämen 10 Millionen Bauern, die weder Partial- noch Generalstrike kennen. Eine 10procentige Steuer auf die Strikefonds hatte in 2 Jahren nur 730 Francs ergeben. Maynier machte eine statistische Aufstellung für 12 Berufe, die auf 550000 Arbeiter nur 28000 Organisierte, nur 12—13000 zahlende Organisierte enthielten.

Zahlreiche Syndikate glaubten aber noch an den Erfolg eines Generalstrikes, wenn nur die Eisenbahnarbeiter das Signal zu dieser friedlichen und mächtigen Revolution gäben, zu diesem Kriege mit gekreuzten Armen, dem plötzlichen Stillstande des gesamten gesellschaftlichen Lebens in einem grossen Lande. Das wäre die Morgenröte der anbrechenden Freiheit des Proletariats!

Nun, die Eisenbahnarbeiter erklärten den Generalstrike — und wie kläglich fiel dieser Versuch aus! Auf ihrem IX. Congress (1898) gaben sie ihrem Vorstande den formellen und präzisen Auftrag, einen letzten Versuch bei den Gesellschaften zu machen und im Falle der Ablehnung den Generalstrike zu erklären; die Stimmung schien sehr erregt. Der Vorstand veröffentlichte ein Manifest und veranstaltete gleichzeitig eine Umfrage bei allen Syndikaten, betreffend 1. moralische Unterstützung und 2. gleichzeitige Strikebewegung. Von 2000 Angefragten antworteten nur 198, dann sind 46 für sofortigen Strike. Die Eisenbahngesellschaften lehnen Verhandlungen schroff ab.

So liegen die Verhältnisse im September 1898; da ändert sich die Situation mit einem Schlage. Ein Erdarbeiterstrike nimmt plötzlich unerwartete Ausdehnung an. Mehrere andere Syndikate halten den Moment für gekommen, einen Generalstrike zu unternehmen. Am 3. October legen die Arbeiter vor sieben Gewerkschaften die Arbeit nieder; am 7. folgen weitere vier; einzelne treten nur aus Solidarität in den Strike, ohne eigene Forderungen zu stellen. Die Regierung ist ratlos, die Truppen, die von allen Ecken anlangen, sind unnütz; man konnte sich am Vorabend einer Revolution glauben.

Delegationen der strikenden Gewerkschaften drängen das Eisenbahnarbeiter-syndikat zu einer Entscheidung angesichts des Vorgehens aller anderen Syndikate.

Der Vorstand erhält auf eine eilige Anfrage bei seinen Gruppen 74 Antworten, 29 für, 31 gegen den Ausstand, 14 principiell dafür, aber über die Opportunität für den Augenblick schwankend.

Während der Vorstandssitzung am 11. October laufen neue Zusagen von grossen Verbänden ein, so dass es scheint, als werde die Strikebewegung sich über ganz Frankreich ausdehnen. Nach langer Beratung entscheiden sich 12 Stimmen für, 11 gegen den Ausstand, bei einer Enthaltung. Bis zum 12. October haben sich 36 Gruppen dafür, 35 dagegen erklärt, 17 sind schwankend. Der Strike wird beschlossen und auf den 24. October festgesetzt.

Sein Scheitern war kläglich; nur eine Gruppe hatte dem Aufruf entsprochen, dort strikten 46 von 60, in den übrigen Orten legten nur einzelne die Arbeit nieder. Man zählte insgesamt 135 Ausständige, 36 dieser Unglücklichen wurden gemassregelt, Sammlungen für sie ergaben nur armselige 1000 Francs.

Der Congress der Eisenbahnangestellten von 1899 hat seine Folgerungen gezogen: der Vorstand besteht jetzt ganz aus activen Angestellten, die so für ihre Massregeln verantwortlich sein werden. Alle sehen ein, dass die Arbeiterforderungen sich nicht auf gewaltsamem Wege durchsetzen lassen.

In der That, der Gedanke eines Generalstrikes, wie er da geplant war, ist eine Albernheit, ist ganz kindisch. Die Arbeiter würden doch selbst die ersten Opfer eines allgemeinen Stillstandes der Production sein. Wenn ein Generalstrike in einer grossen Stadt ausbricht, haben wir dieselbe Situation, wie bei einer feindlichen Belagerung. Und wer wird am meisten von der Teuerung und von der Arbeitsstockung zu leiden haben? Doch die Unglücklichen, die keine Ersparnisse, keine Vorräte und keinen Credit haben.

Die Taktik der Syndikalisten, die sich von der Bevormundung durch die Politiker emancipiert, gleicht der Art der Kinder, die, um ihrem Zorne Luft zu machen, alles, was ihnen im Wege ist, zerbrechen und zerstören wollen, wenn sie sich dabei auch selbst Schaden thun.

Die Syndikalen sind eigentlich, und das ist ihre Hauptschwäche, nicht organisiert. Erstens haben sie noch nicht Zeit gehabt, ihre Organisationen auszubauen, sie haben erst seit 16 Jahren Coalitionsfreiheit, und dann sind sie unglaublich eifersüchtig oder missgünstig gegen alle intelligenten und fähigen Männer aus ihren Reihen.

Wir haben gezeigt, dass nur eine wirkliche und mächtige Organisation besteht, und diesen Grad der Vollkommenheit verdankt die Föderation der Arbeitsbörsen hauptsächlich der Tüchtigkeit des Mannes, den sie an ihre Spitze gestellt und erhalten hat.

Dieser kurze Abriss zeigt ferner, wie machtlos die socialistische Partei Frankreichs durch ihre Spaltung in tausend feindliche Secten bisher war. In Belgien, in Deutschland, überall erkennt die socialistische Partei Führer an, deren Wort geachtet wird, sie hat eine einheitliche Organisation und eine unbestreitbare Macht. In Frankreich fehlt es auch nicht an tüchtigen Kräften; Leute wie Millerand, Viviani, Jaurès, Vaillant sind bedeutende Männer. Aber die bewunderungswürdige Disciplin der deutschen Partei haben die französischen Arbeiter sich bisher nicht zu eigen machen können. Ein alter deutscher Genosse sagte einmal: „Diese französischen Socialisten sind unverbesserlich, rasch mit dem Wort, aber unfähig zu einheitlicher That. Wo keine Einigkeit ist, kann nichts gedeihen.“



Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass die französischen Arbeiter begonnen haben, die Einigung als die notwendige Voraussetzung jeder Action anzuerkennen. Die nächste Zukunft wird zeigen, welche Consequenzen diese Ueberzeugung für die Praxis mit sich bringen wird.

## Locale oder centrale Gewerkschaftsorganisation?

Von

Bruno Poersch.

(Berlin.)

Obleich die grosse Mehrzahl der deutschen Arbeiter, soweit sie gewerkschaftlich organisirt sind, sich längst für die centrale Organisation entschieden hat, spielt die Frage der Organisationsform an einzelnen Orten auch heute noch eine nicht unerhebliche Rolle. In Berlin, Halle etc. giebt es locale Organisationen, welche über eine ganz ansehnliche Mitgliederzahl verfügen. In Berlin z. B. waren am Ende des Jahres 1898 (neuere Daten sind nicht vorhanden) noch 12—13000 Arbeiter local vereinigt. — Durch die Beseitigung des Verbindungsverbotes für politische Vereine ist nun die Streitfrage, ob locale oder centrale Organisation, gewissermassen in ein neues Stadium getreten. Einer der Haupteinwände, welche die Localisten gegen die centralen Verbände erhoben, ist dadurch beseitigt worden. — Hier und da hat man in centralen Gewerkschaftskreisen die ganze Streitfrage um die Organisationsform als eine Sache betrachtet, die lediglich aus persönlichen Gründen von den Localisten heraufbeschworen sei. Ohne Zweifel haben auch solche Momente mitgespielt. Ehrgeizige Personen können in einer localen Vereinigung leichter ihre Pläne verwirklichen, als in der centralen Organisation. Trotzdem ist es wohl aber eine feststehende Thatsache, dass es namentlich sachliche Gründe waren, welche die Streitfrage erzeugten. Die Localisten haben gegen die centralen Verbände eine ganze Reihe von Einwänden erhoben und erheben sie heute noch. Ich will hier die hauptsächlichsten derselben durchgehen.

In den Verbänden centraler Natur sollen die Verbandsleitungen eine zu grosse Machtbefugnis besitzen und oft wie Dictatoren auftreten, ist unzählige Male von localer Seite behauptet worden. Gewiss besitzen durchgängig die Vorstände der centralen Verbände grössere Machtbefugnisse, als dieses in den localen Vereinigungen der Fall ist. Aber nicht das Verlangen nach Macht hat den Verbandsleitern grössere Befugnisse gegeben, sondern die eherne Notwendigkeit. In den meisten Centralverbänden haben z. B. die Verbandsleiter selbst darüber zu entscheiden, ob die Verbandsmitglieder dieser oder jener Stadt in einen Strike eintreten dürfen oder nicht, während in den localen Vereinen die interessierten Personen die Entscheidung selber fällen. In den centralen Verbänden findet also eine Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder statt, das Princip der primitiven Demokratie, dass „über das, was alle angeht, auch alle entscheiden sollen,“ wird nicht beachtet, sondern der Verbandsregierung wird die Entscheidung überlassen. Diese Praxis ist aber notwendig, wenn nicht Dummheiten zum Schaden der gesamten Organisation gemacht werden sollen. Die Arbeiter, welche vom frühen Morgen bis zum späten Abend in der Fabrik ihrer Beschäftigung nachgehen, sind in der Regel nicht so in der Lage, sich die genügenden Kenntnisse von der Conjectur, der Organisation der Unternehmer, deren Schachzügen u. s. w. anzueignen, wie die besoldeten Beamten der centralen Verbände. Daher machen sie bei Lohnbewegungen oft die grössten Fehler, sie beschliessen einen Strike, welcher der ganzen Sachlage nach verloren gehen muss. Ich erinnere hier nur z. B. daran, dass vor einigen Jahren die local-organisirten Berliner Musikinstrumentenmacher in einen Kampf eintraten, als die Geschäftslage die denkbar schlechteste war; der Ausstand endete auch mit ihrer gänzlichen Niederlage. Ich will nun zwar nicht behaupten, dass in den centralen Verbänden solche Fehler gänzlich ausgeschlossen sind; aber sie kommen viel seltener vor. Die besoldeten Beamten der Centralverbände haben

tagtäglich mit diesen Dingen zu thun, sie erwerben sich auch auf dem Gebiete der Gewerkschaftspolitik ein grösseres Mass von Kenntnissen und Fähigkeiten, als der einzelne Arbeiter, und handeln daher in kritischen Momenten richtiger, als dieser es bei dem besten Willen vermag. Es liegt hier also eine gewisse Arbeitsteilung vor; die Machtbefugnisse, welche man den Verbandsvorständen in einzelnen Punkten erteilt hat, sind nur das Product einer fortgeschrittenen Gewerkschaftstechnik. Die Verbands-„Dictatoren“ wären diese Machtbefugnisse oft selber gern los, um sich den Aerger zu ersparen, der ihnen daraus nicht selten erwächst, aber sie müssen sie haben, im Interesse der Sache.

Ein weiterer Einwand gegen die centrale Organisation, vielleicht der Haupteinwand, war bis zur Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine der, dass sie sich in Preussen u. s. w. nicht mit politischen Fragen beschäftigen dürfte und deshalb zu verwerfen wäre. Gewiss ist es eine feststehende Thatsache, dass diese gesetzliche Bestimmung den centralen Verbänden einige Schwierigkeiten in den Weg legte, dass ständig das Damoklesschwert der Auflösung wegen Erörterung politischer Dinge über ihnen schwebte. Gewerkschaftliche Organisationen aber, die ihre Aufgaben wirklich erfüllen wollen, müssen eine ganze Reihe von politischen Fragen behandeln. Frauen- und Kinderarbeit, Unfall-, Alters-, Invaliditäts-, Krankenversicherung, Hausindustrie, Gewerbeinspection, Gewerbegerichte, Einigungs- und Arbeitsämter, alles das sind Fragen, die unzweifelhaft in den Wirkungskreis der gewerkschaftlichen Verbände gehören. Die Bauarbeiter, Berg- und Seeleute etc. brauchen besondere Schutzgesetze; eine politische Bethätigung der Organisationen muss also stattfinden. Trotzdem ist der in dieser Beziehung von den Vertretern des localen Organisationsprinzips gegen die centralen Verbände erhobene Einwand nicht stichhaltig gewesen. Die Organisationen, welche solche politischen Fragen erörtern mussten oder wollten, konnten die gesetzlichen Bestimmungen dadurch sehr leicht umgehen, dass sie diese politische Thätigkeit in öffentlichen Versammlungen und Congressen ausübten. Im Baugewerbe sind es denn auch gerade die Centralisten gewesen, die trotz der gesetzlichen Hindernisse eine intensive Agitation für den staatlichen Bauarbeiterschutz entfalteten, und nicht die Localisten. Auch hierdurch ist wohl bewiesen, dass die von localer Seite erhobenen Einwände hinfällig waren, dass die gesetzlichen Hindernisse umgangen und die hierdurch hervorgerufenen Schwierigkeiten in den Kauf genommen werden konnten, wo andererseits die centrale Organisationsform gewaltige Vorzüge gegen die locale aufwies.

Nun ist das Verbindungsverbot mittlerweile gefallen, jetzt können sich die centralen Verbände, welche keine weiblichen Mitglieder haben, mit politischen Fragen beschäftigen. Werden nun die localen Vereinigungen sich auflösen und den centralen Verbänden beitreten, nachdem ihr Haupteinwand gegen dieselben beseitigt ist? Davon kann man bis jetzt nichts verspüren, und das ist auch nicht zu erhoffen. Man hat jetzt einen neuen Einwand gegen die centralen Verbände gefunden. Man verlangt, dass die Verbände einen ausgesprochenen socialdemokratischen Charakter besitzen und nicht neutraler Natur sein sollen, wie letzteres zum Teil bei ihnen schon der Fall ist oder doch von den Verbandsleitern erstrebt wird. Auch diese Ansicht beweist die Kurzsichtigkeit der Localisten. Eine gewerkschaftliche Organisation braucht, um Erfolge zu erzielen, die Mehrzahl der Berutsngenossen. Nimmt sie nun einen ausgesprochenen parteipolitischen Charakter an, so stösst sie alle jene Arbeiter ab, die sich nicht zu der betreffenden Partei bekennen. Ganze Landesteile werden von ihr ausgeschlossen, gegnerische Verbände werden gegründet, und jede grössere Action zur Verbesserung der Verhältnisse ist unmöglich oder mit bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft. Daher müssen die gewerkschaftlichen Organisationen bestrebt sein, die Anhänger aller Parteien für sich zu gewinnen, und dürfen mithin nur einen neutralen Charakter besitzen.

In localen Kreisen herrscht ferner eine grosse Antipathie gegen das besoldete Beamtenwesen der Verbände. Man will besoldete Beamte garnicht oder so wenig wie möglich haben. Sogar gegen die ungemein wichtige Institution der Arbeitersecretariate hat man sich aus diesem Grunde erklärt. Auch hierdurch offenbaren die Localisten wieder ihre ganze Rückständigkeit. Jeder Staat, jede grössere Gemeinde, jedes grössere

Unternehmen braucht Leute, die berufsmässig die notwendigen Geschäfte erledigen. Jede grössere Gewerkschaftsorganisation muss auch Personen haben, die berufsmässig für dieselbe thätig sind. Stellt sie solche nicht an, so leidet die ganze Bewegung darunter, indem ein grosser Teil der notwendigen Arbeiten liegen bleibt und durch den öfteren Wechsel in der ehrenamtlichen Leitung eine systematische, richtige Gewerkschaftspolitik zur Unmöglichkeit gemacht wird. Die Verbände, welche in den letzten Jahren ihren besoldeten Beamtensstab erweitert haben, können nur Gutes davon berichten. Die Agitation konnte viel intensiver betrieben, der Erledigung von praktischen Fragen konnte viel näher getreten werden, so dass der Mitgliederbestand sich ganz erheblich hob und ein viel regeres Leben begann.

Wie schon aus den angeführten Dingen zur Genüge hervorgeht, ist die locale Gewerkschaftsorganisation die primitive rückständige Form der beruflichen Vereinigung, während die centralen Verbände die fortgeschrittene Gewerkschaftstechnik verkörpern. — So gut wie die deutschen Bundesstaaten als Deutsches Reich eine grossere Machtstellung unter den Nationen einnehmen, als zu jener Zeit, wo sie noch einzeln marschierten, so gut wie der Grossbetrieb dem kleinen Handwerk überlegen ist, ebenso gut stellt auch ein centraler Verband einen viel grösseren Machtfactor dar, als noch so viel kleine locale Vereinigungen. Der centrale Verband vermag bei einem Strike in wenigen Stunden das ganze Reich davon zu unterrichten. Die lokalen Vereinigungen dagegen nicht nur lose oder gar keine Verbindungen bestehen unter ihnen. Der centrale Verband kann bei Lohnbewegungen planmässig für das ganze Land vorgehen. Die Centralstelle übersieht mit Leichtigkeit, wo ihr Verband überall an Lohnbewegungen beteiligt ist, sie kann zu den Verbandsmitgliedern in X. sagen: Ihr dürft jetzt unter keinen Umständen in den Strike treten, wir sind zur Zeit an zu vielen Orten mit Ausständen engagiert und können daher nicht die nötigen Geldmittel aufbringen, ihr müsst warten bis zu einer günstigeren Zeit. Die Centralstelle kann die eventuell widerspenstigen Mitglieder zur Anerkennung ihrer Beschlüsse zwingen, sie verweigert ihnen die Unterstützung u. s. w. Wie liegt die Sache bei den lokalen Vereinigungen? Hier giebt es keine Centralstelle, die einen genauen Ueberblick über die augenblickliche Situation hat, und die irgend welche Machtbefugnisse besitzt. Jede locale Vereinigung ist autonom, sie allein hat über sich zu bestimmen. Sie kann die unsinnigsten Dinge unternehmen, kein anderer Ort darf da hineinreden. — Der centrale Verband fördert den Geist der Solidarität, die locale Vereinigung den des widerwärtigen Particularismus. Wie oft hat man nicht in Versammlungen Berliner Localvereine zu hören bekommen: „Wir, wir sind doch Berliner, was gehen uns die Hamburger und Stuttgarter an, die können uns, uns doch nichts erzählen!“ — Der Centralverband arbeitet in verwaltungstechnischer Beziehung auch viel billiger, als die vielen lokalen Vereinigungen. Er schafft das notwendige Material en gros an; die lokalen kaufen en détail ein. — Der Centralverband erleichtert den einzelnen Orten erheblich ihre gewerkschaftliche Arbeit. Seine Statuten und Reglements sind für das ganze Reich gleich, seine Cassenführung wird nach einem Schema vorgenommen. Die lokalen Organisationen dagegen müssen diese Dinge selbst ausarbeiten und erledigen. Sind denn aber an allen Orten die nötigen Kräfte vorhanden, welche die Befähigung hierzu besitzen? Die Frage ist zu verneinen. — Die locale Vereinigung arbeitet an einem Orte nach einer Erhöhung der Löhne hin; ergngt sie auch schliesslich einige Erfolge, so strömen gleich von ausserhalb indifferente Elemente hinein, die alle Errungenschaften zu nichte machen. Der Centralverband betreibt planmässig Agitation, er sendet seine Organisatoren nach den kleinen Orten und zurückgebliebenen Gegenden und sucht die indifferenteren Elemente aufzuklären.

So lassen sich noch viele andere Gründe anführen, welche für die centrale Organisationsform sprechen. — Aber ich möchte doch nicht unterlassen, hier noch auf einen Einwand von localer Seite einzugehen, der ein Körnchen Wahrheit bezüglich einiger Verbände enthält. In Berlin bestehen einige locale Vereinigungen, welche nur Specialberufe einer Branche umfassen (Möbelpoliere, Kistenmacher, Stockarbeiter, Bilderrahmenmacher etc.). Diese lokalen Vereinigungen behaupten, dass in den Centralverbänden ihre

Specialinteressen nicht so gewahrt werden, wie dieses notwendig sei. Thatsächlich geht man denn auch in einigen Verbänden insofern unrichtig vor, als man alle möglichen Berufe in einer Ortsfiliale vereinigt. Hierunter leiden oft die speciellen Berufsinteressen, welche doch gerade in der Organisation gewahrt werden sollen. Einige Centralverbände haben sich dadurch über diese Schwierigkeiten hinweggeholfen, dass sie an einem Orte mehrere Sectionen oder Filialen für die Specialberufe gründeten. Hiermit sind gute Resultate erzielt worden. Seitdem die Berliner Sattler sich in mehrere Filialen specialisiert haben, hat ihre Bewegung sich nicht unerheblich gehoben. Die Berliner städtischen Arbeiter besitzen 10 Filialen für die einzelnen Specialbranchen. Hätten sie nur eine Filiale, dann würde nicht der dritte Teil der gegenwärtig Organisierten sich dieser einen Filiale anschließen haben. — Doch ist diese Frage bei dem Streit, ob locale oder centrale Organisation, von ganz untergeordneter Bedeutung, da sie sich nur auf einige Specialbranchen bezieht, die dazu nur noch an einigen wenigen Orten existieren.

Die locale Organisationsform hat keine Zukunft. Wie der Kleinbetrieb dem technisch überlegenen Grossbetrieb hat weichen müssen, so muss auch die locale Gewerkschaftsvereinigung dem centralen Verbandsplatz machen. Und das ist mit wenigen Ausnahmen ja auch bereits geschehen.

## Geschichtsphilosophisches zur Bernstein-Frage.

Von

Stefan Karski.

(London.)

Aus dem ganzen Reichtum neuer Bücher und Broschüren socialpolitischen Inhalts, die im Laufe des letzten Jahres erschienen sind, möchte ich drei herausgreifen und auszeichnen, als am meisten charakteristisch für die veränderten Existenzbedingungen der Gesellschaft in den europäischen Staaten und die Widerspiegelung dieser Veränderungen in den theoretischen Ansichten und den practischen Fingerzeigen für die Gegenwart. Es sind dies: Bernstein: Die Voraussetzungen des Socialismus und die Aufgaben der Socialdemokratie, Daszyński: Szlachetczyzna a odrodzenie Galicyi, und die winzige Broschüre von Vandervelde: Les noces d'or du socialisme international. — Jede dieser drei Schriften wurde von berufenen und unberufenen Hohepriestern mit einem Hagel offener und versteckter Angriffe überschüttet. Gegen Daszyński erhob man den Vorwurf, er habe den Classenkampfstandpunkt verlassen, gegen Vandervelde, er habe die eigentlichen Ideale des Socialismus verleugnet, gegen Bernstein — nun, es giebt wohl kaum etwas, was ihm nicht vorgeworfen wurde. Die genannten Schriften sind inhaltlich keineswegs identisch: Vandervelde behandelt lediglich die im Communistischen Manifest niedergelegten Principien, Daszyński ausschliesslich Fragen der Gegenwartspolitik; gemeinsam sind aber: die Uebereinstimmung Vanderveldes mit den theoretischen Resultaten Bernsteins und die Uebereinstimmung der Ansichten dieses letzteren über die Bedürfnisse der praktischen Politik mit den Ansichten Daszyńskis. Und gerade diese Uebereinstimmung der Anschauungen hervorragender Parteiführer über gewisse Gegenwartsfragen ist ein bedeutsamer Umstand, umsomehr, als wir es hier mit analogen Ansichten ganz verschiedenartiger Persönlichkeiten zu thun haben, die obendrein in ganz verschiedenen Milieus leben.

Die Fragen, welche ich hier besprechen und zwar von einem bestimmten speciellen Gesichtspunct aus besprechen will, sind eben jene, welche in den genannten Schriften behandelt werden: erstens, die Frage der „Compromisse“ zwischen

den Socialisten und anderen politischen Parteien; zweitens, das sogenannte Gesetz der Concentration des Capitals; drittens, die materialistische Geschichtsauffassung. Es sind dies alles Probleme, zu deren erschöpfender Behandlung man umfangreiche und stellenweise recht langweilige Bände schreiben müsste. Für diesmal will ich mich darauf beschränken, diese Probleme von einem mehr formalen Standpunct aus zu beleuchten, unter Präcisierung der Voraussetzungen, auf welche die genannten, zur Zeit strittigen Fragen basiert werden müssen, um auch in Zukunft, wie bisher, ausserhalb des Bereichs der Metaphysik zu bleiben.

Es giebt in der Natur keine jähen Sprünge. Es giebt keine in den grossartigen Erscheinungen der aussermenschlichen Welt, es giebt auch keine in den Aeusserungen des socialen Lebens. Es giebt nur kleine, unmerkliche, langsame Uebergänge von einer Phase zur nächsten, von einer Situation zur andern. Die gewaltigen Erscheinungen ungeheuren Umsturzes, die socialen Gewitter, die von Zeit zu Zeit tobend ausbrechen, scheinen zwar auf den ersten Blick solche jähe und unerwartete Sprünge zu sein; im Grunde aber sind sie nur das Ergebnis kleiner, fast unmerklicher Veränderungen von Tag zu Tag von Stunde zu Stunde. Die Revolutionsgewitter — das sind die Entladungsphänomene der socialen Energie; die Ansammlung dieser Energie aber ist das Werk von Factoren, welche während eines langen Zeitraums in unmerklicher Weise thätig waren. Und wenn auch die Umgestaltungen, die sich im Gefolge eines solchen socialen Gewitters vollziehen, menschlichen Augen als die Wirkungen eines gewaltsamen Umsturzes erscheinen mögen: ihrer Entstehungsart nach sind sie doch nur eine Frucht jener unscheinbaren Saatkörner, welche die mächtige Hand der Zeit sacht und geräuschlos in die Furchen der Weltgeschichte streute.

Wir sind es gewohnt, oder vielmehr man hat uns gewöhnt, beim Betrachten der Pfade der Geschichte in gewissen Abständen Zeichen aufzustellen und Striche zu ziehen, welche die wesentlichen und wichtigsten Veränderungen bedeuten sollen, die im Leben der Völker oder Staaten vor sich gingen. Das Continuum der Geschichte wurde in einzelne Stücke zerschlagen, diese Stücke wurden auf besondere Namen getauft und als Resultat erhielten wir die Zeitalter der „Wildheit“, der „Barbarei“, der „Civilisation“ u. s. w. Auf solche Weise erleichtert sich der Menscheng Geist die Einprägung der charakteristischen Merkmale einer bestimmten Periode, zwängt aber zugleich den ununterbrochenen Fluss des historischen Geschehens zwischen in mannigfachen Abständen wiederkehrende Querriegel ein. Eine solche Systembildung erleichtert uns die Orientierung in der Weltgeschichte, verleitet uns aber zugleich dazu, jede dieser unter einem bestimmten Namen zusammengefassten Perioden für eine mehr oder minder homogene Einheit anzusehen. Eine derartige Classification leistet uns bei rein historischen Forschungen, wie jede wissenschaftliche Classification, nicht unbeträchtliche Dienste; indem sie aber andererseits die fortlaufende Reihe der Erscheinungen durch Grenzlinien unterbricht, inficirt sie die Gehirne mit den Keimen einer gewissen Schematisierungswut, die insbesondere dann zu Tage tritt, wenn wir besagte Classification auf uns zeitlich nahe gerückte Ereignisse anwenden; anstatt den Verlauf des socialen Lebens aufmerksam zu beobachten und aus den beobachteten Symptomen auf die Art der Umwälzung und darauf zu schliessen, ob überhaupt eine Umwälzung vor sich geht, pferchen wir das Leben in ein aprioristisch feststehendes Schema hinein. Wenn wir die heutige

Gesellschaftsordnung charakterisieren, pflegen wir den Feudalismus von einst zu schildern, um seinen Lichtseiten die heutigen Verhältnisse gegenüber zu stellen; und wenn uns jemand fragt, wann denn die persönliche Hörigkeit zu existieren authörte, und wo in der Geschichte der Sieg des Capitalismus zu suchen sei, dann verweisen wir gemeinhin auf zeitlich entlegene Revolutionen: die englische Revolution zu Ende des XVII., die französische zu Ende des vorigen Jahrhunderts und die Achtundvierziger Stürme in Oesterreich und Deutschland. Wenn wir aber die Gedanken in die Zukunft schweifen lassen und der heutigen capitalistischen Gesellschaftsordnung die socialistische gegenüberstellen, in welcher „es keine Menschen geben wird, die von fremder Arbeit leben“ — dann zeigen wir den Blicken der Hörer eine Pforte, hinter der die neue Gesellschaft sich verbirgt, und die man sprengen müsse, um in das ersehnte Paradies zu gelangen; anders ausgedrückt, wir stellen die Revolution als eine klare und scharfe Grenze zwischen den zwei aufeinanderfolgenden Entwicklungsperioden hin. Und doch ist angesichts des wirklichen Zusammenhangs der socialen Erscheinungen eine solche Verbildlichung der Wandlungen im Leben der socialen Gruppen grundsätzlich falsch, und zwar mit Bezug auf die Vergangenheit ebenso falsch, wie mit Bezug auf die Gegenwart. Wo liegt die Grenze zwischen der feudalen und der capitalistischen Wirtschaftsordnung? Ich will England als Beispiel nehmen: Sollen wir die Grenze quer durch das XV. Jahrhundert ziehen, das Jahrhundert der massenhaften Enteignung der Bauern? Oder sollen wir sie ans Ende des XVIII. Jahrhunderts verlegen, in die Zeit, wo die Dampfmaschine erfunden wurde und der Bauer sein Recht aufs Gemeindeland endgiltig einbüßte? Oder sollen wir unsere Grenzpfähle doch etwas weiter rückwärts aufrichten, irgendwo im XVI. Jahrhundert, dem Jahrhundert des entscheidenden Sieges der grossen Manufacturen über die Hausindustrie? So oder so, jede Behauptung, dass zu bestimmter Zeit und an bestimmtem Orte eine „Katastrophe“ der angedeuteten Art stattgefunden habe, ist völlig falsch. Wir können nur, nach Aufstellung mehr oder minder präciser Definitionen einerseits des Feudalismus, andererseits der bourgeoisen Wirtschaft, behaupten, dass im Lauf einer gewissen, über ein paar Jahrhunderte sich erstreckenden Periode gewisse Merkmale und Erscheinungen im Schwinden, andere dagegen im Auftauchen begriffen waren. Wir können sogar bestimmte specielle Merkmale dieser Uebergangsepoche auffinden, Merkmale, die sowohl der vorausgehenden, als auch der nachfolgenden Phase fehlen; und auf solcher Grundlage können wir der Uebergangsperiode einen besonderen Namen verleihen.

Wenn wir die sociale Entwicklung auf solche Art formulieren, so zwingt uns dies noch lange nicht, alle Einteilungen und Grenzen in der Geschichte kurzweg aufzuheben. Wir haben schon vorhin bemerkt, dass solche Einteilungen, als Hilfsmittel der Forschung, existieren müssen und sollen, da sie das Erfassen der charakteristischen Veränderungen wesentlich erleichtern. Es handelt sich nur darum, nie aus dem Auge zu verlieren, dass alle derartigen „Entwicklungsgesetze“, die aus der Untersuchung der socialen Erscheinungen gewonnen wurden, nur Geltung haben in Bezug auf eine bestimmte umschriebene Zeit und einen bestimmten umschriebenen Ort, oder mit Bezug auf mehrere besondere Zeiträume und mehrere besondere Orte, dass sie aber niemals eine bleibende und unabänderliche Geltung beanspruchen können. Alle „ökonomischen Gesetze“ sind nur der in Worte gefasste Abdruck gewisser Prozesse

und Wandlungen, welche im Leben vor sich gehen. Ein gewisses national-ökonomisches System, gewisse „ökonomische Entwicklungsgesetze“, welche einen bestimmten Zeitraum in glänzender Weise beleuchten, werden nach einigen Jahrzehnten schon zu falschen „Gesetzen“, welche die folgende Generation verwirft, um an ihrer Statt andere, neuere und deshalb bessere „Gesetze“ aufzustellen; das Gleiche ist der Fall mit den Folgerungen, welche auf diesen Grundgedanken aufgebaut werden. Das bedeutet jedoch nicht — und dies gerade möchte ich klar machen — dass das verworfene oder revidierte System ein falsches System war; durchaus nicht: es hat sich nur überlebt. Das Leben fließt rauschend vorwärts, das Wort aber . . . das Wort ist tot und bleibt stehen. Wenn gewisse ökonomische Theorien, welche im Augenblick ihrer Niederschrift die herrschenden Verhältnisse trefflich widerspiegeln, den Erscheinungen der Gegenwart nicht entsprechen, so heißt das nicht, dass das System ein falsches ist, sondern, dass das Leben einen Schritt nach vorwärts gethan hat; die Unvereinbarkeit einer streng wissenschaftlichen — das heißt auf der Untersuchung durchaus concreter Erscheinungen basierten — ökonomischen Theorie mit den Thatsachen der Gegenwart ist nur ein Zeichen, dass die Periode, deren Ausdruck jene Theorie war, schon hinter uns liegt, dass wir mitten drin in einer neuen Periode stehen. Wenn wir bei der Schilderung des Mittelalters einige hervorragende Merkmale aufgezeigt und ihre Summe mit dem Namen feudale Gesellschaftsordnung belegt haben, so steht uns das uneingeschränkte Recht zu, wenn wir die gleichen charakteristischen Merkmale anderswo vorfinden, den gleichen Collectivnamen wiederum anzuwenden. Wir müssen jedoch im Auge behalten, dass der einzige Fingerzeig die Anwesenheit eines bestimmten, schon vorher beschriebenen Symptomencomplexes ist. Wenn wir aber die nächste Epoche als Feudalzeit bezeichnen und dann Lärm schlagen wollten, die Merkmale der Feudalzeit seien falsch definiert worden, so wäre das zum mindesten ein eigentümliches Vorgehen. Wenn Marx, nachdem er gewisse Merkmale einer bestimmten Zeitperiode aufgezeigt hatte, diese Periode als capitalistische bezeichnete, so steht uns das Recht zu, mit dem gleichen Namen jede Gesellschaftsordnung zu bezeichnen, an welcher wir dieselben Erscheinungen wahrnehmen. Wenn wir aber in der von uns untersuchten Epoche die fraglichen Erscheinungen nicht vorfinden, oder nur einige davon, während andere fehlen, so bedeutet das, dass wir auf die von uns untersuchte Periode den Terminus capitalistische Gesellschaftsordnung nicht anwenden dürfen. Wenn wir also bei der Untersuchung der socialen Erscheinungen von heute nicht alle von Marx aufgestellten „Gesetze“ der capitalistischen Gesellschaft verwirklicht fänden, so würde dies nicht bedeuten, dass Marx sich geirrt habe, sondern nur, dass der Zeitabschnitt, auf welchen seine Definitionen passen, schon hinter uns liegt, oder sich schon seinem Ende zuneigt.

Alle Kritik der Anschauungen von Marx muss also vor allem von folgender Voraussetzung ausgehen: entweder erklären und veranschaulichen die Thesen von Marx ebenso treffend den letzten Abschnitt der Vergangenheit, wie die Gegenwart, — dann besteht die capitalistische Gesellschaftsordnung noch in voller Blüte; oder aber die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechen den von Marx aufgestellten „Gesetzen“ nicht, — dann gehört die eigentliche capitalistische Gesellschaftsordnung (in einigen der vorgeschrittensten Länder) schon der Vergangenheit an.

Sind Bernstein und seine Kritiker dieser historischen Bedingtheit aller ökonomischen Theorien eingedenk gewesen?

Das blosse Wort capitalistische Gesellschaftsordnung bedeutet nichts; es kommt drauf an, welchen Sinn wir hineinlegen. Wenn wir es so definieren, wie die Verfasser des Communistischen Manifests es gethan haben, dann existiert heute, ganz streng genommen, keine solche Gesellschaftsordnung mehr; denn es sind Wandlungen vorgegangen, scheinbar unbedeutender Art, aber doch hinreichend, um den Charakter der Gesellschaftsordnung zu ändern. Es gibt aber Leute, welche auf die heutige Gesellschaftsordnung, die anders ist, als die von Marx vor fünfzig Jahren beschriebene, die alte Fabrikmarke „Capitalismus“ kleben und sich nun wundern, dass die Ware andere Eigenschaften aufweist; und sie schreiben den Unterschied lieber der Blindheit von Marx zu, als den Veränderungen, die an der Ware selbst vorgegangen sind. Der Fetischismus, den Marx so gründlich aus der Nationalökonomie zu verjagen sich mühte, floriert heute wieder in alter Herrlichkeit. Er ist nur in die Geschichtsphilosophie übersiedelt.

Es giebt keine plötzlichen Sprünge in der Geschichte; es giebt auch keine steilen und jähen Grenzen zwischen den Bestandteilen der Gesellschaft. In eine kurze Formel von einigen Sätzen gefasst, mag sie sich als ein Aggregat von scharf getrennten Classen darstellen; aber umsonst würden wir versuchen, im lebendigen Gesellschaftsleibe die Classen deutlich gegen einander abzugrenzen.

Wie es unmöglich ist, die einzelnen Classen der Gesellschaft streng von einander zu sondern, so ist es auch unmöglich, die Forderungen und Bedürfnisse einer bestimmten Classe in eine solche Form zu bringen, welche ihre eigenen materiellen Ansprüche und ideellen Wünsche vollständig umfasst, ohne gleichzeitig die Interessen einer andern, benachbarten Gruppe teilweise miteinzubeziehen. Es giebt keine sociale Gruppe, welche, indem sie im Namen ihrer eigenen Interessen die Stimme erhebt, dies ausschliesslich unter Berufung auf ihre eigenen Bedürfnisse thäte; es hat nie eine solche Gruppe gegeben, und es wird nie eine solche Gruppe geben. Vielmehr müssen in dieser Stimme immer wenigstens als Obertöne solche Forderungen mitklingen, welche einer benachbarten Gruppe die Hauptsache sind. Und wenn wir es noch sehr darauf anlegten, die Gegensätze zwischen den Forderungen der einzelnen politischen Parteien zu verschärfen — immer werden sich zwischen den benachbarten Heerlagern gewisse Berührungspuncte finden — Puncte, welche in den Programmen beider Parteien enthalten sind. Die Mahnungen Bernsteins, die socialdemokratischen Parteien sollten zur Durchsetzung gewisser Forderungen Compromisse mit anderen Parteien schliessen, die Broschüre Daszyńskis mit ihrem Nachweis der Notwendigkeit, in gewissen Fragen mit der bürgerlichen Demokratie zusammenzugehen — sie stellen keine neuen abstracten Hypothesen oder blosse politische Augenblickscombinationen vor, sondern einfach das Bewusstwerden eines Processes, der im Leben selber wurzelt.

Sind es nun aber die Socialdemokraten, welche fremde Forderungen nachplappern, oder sind es die Gegner, welche von unseren roten Fahnen losgerissene Fetzen feilbieten? Sind sie ins Wackeln geraten, oder wir? — Nichts von alledem ist der Fall. Ebenso wie in der Natur selbst gewisse Stoffe existieren, wie Luft und Wasser, die jedem Menschen ohne Unterschied des Alters und



der Religion zum Leben unentbehrlich sind, so giebt es auch im öffentlichen Leben gewisse Grundbedingungen, ohne welche selbst der Spiessbürger nicht existieren kann. Und gerade diese Gemeinsamkeit einiger der elementarsten Bedürfnisse, wie sie im Urwald Ansiedler verschiedenen Stammes zum Zweck gemeinsamen Lebensmittelerwerbs zu losen Gruppen vereinigt, verbindet auch innerhalb eines und desselben politischen Organismus Leute verschiedener Classen zu losen Gruppen, deren Zweck die Eroberung der nächsten Erfordernisse des geistigen Lebens ist.

\* \* \*

Eine der gewöhnlichsten Ursachen von allerhand Missverständnissen und Streitigkeiten auf dem Gebiete der Socialwissenschaften ist einerseits der von den Autoren sorglich gehegte Brauch, unendlich complicierte Erscheinungen des socialen Lebens in kurze, knappe Sentenzen zu zwängen, andererseits aber das Wörtlichnehmen derartiger Formeln eines andern, ohne genau zu erwägen, was eigentlich hinter diesen Formeln steckt, und wie der Autor selbst sie verstanden hat. Ein Beispiel einer solchen Verwechslung des Schlagwortes mit dem Begriff, den es andeuten soll, finden wir in der kleinen Broschüre von Van Lerveelde. Unter der Ueberschrift: Die Concentration des Capitals wird dort der folgende Passus aus dem Communistischen Manifest citirt: „Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Classen fallen ins Proletariat hinab, theils dadurch, dass ihr kleines Capital für den Betrieb der grossen Industrie nicht ausreicht und der Concurrenz mit den grösseren Capitalisten erliegt, theils dadurch, dass ihre Geschicklichkeit von neuen Productionsweisen entwertet wird.“ Vergleichen wir Ueberschrift und Text, so finden wir, dass beide einander gar nicht entsprechen, und dass eine solche „Erläuterung“ keine Erläuterung ist. Gleichviel, ob wir mit dem Wort Capital einen Besitz bezeichnen wollen, „der ein Einkommen aus fremder Arbeit gewährt“, oder ob wir, gemäss den Ansichten bürgerlicher Nationalökonomien, darunter eine „Anhäufung von Reichtümern“ verstehen wollen, welche „in anderer, lucrativerer Richtung verwendet werden kann, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet“ — jedenfalls bedeutet Concentration des Capitals die Anhäufung und Vereinigung der Capitalien als solcher, d. h. die Vereinigung immer grösserer Reichtumsmassen unter einer Leitung. Das Zusammenschrumpfen oder die numerische Abnahme der Classe der Industriellen und Rentiers infolge der Unmöglichkeit, sich gegen die Concurrenz der grösseren Unternehmer zu behaupten, kann dagegen als ein Phänomen veränderter Verteilung der Reichtümer zwischen verschiedenen Gesellschaftsclassen gelten. Im ersten Falle haben wir es mit den Formen zu thun, unter denen das Capital auftritt, im zweiten mit dem numerischen Verhältnis der zwei Classen, der Capitalisten und der Proletarier, zu einander. Das sind also nicht identische, sondern verschiedene Dinge, denn etwas anderes ist die Concentration und die Abnahme der Zahl der Capitalisten. Und während das Gesetz der Concentration, in seiner eigentlichen Bedeutung gefasst, beständig in voller Kraft in Erscheinung tritt, so dass selbst die orthodoxen englischen Nationalökonomien, die sonst jede Erwähnung von Marx vermeiden, ihm in diesem Falle offen recht geben: so nimmt doch andererseits die Verteilung der Reichtümer innerhalb der Gesellschaft nicht die Form beständig fortschreitender Ansammlung des Capitals in den Händen einer kleinen Zahl von Personen an. Hat man aber das Letztere nachgewiesen, so darf man

deswegen nicht sagen, was Vandervelde sagt, nämlich, dass das Gesetz der Concentration der Capitalien . . . . . binnen kurzem ins Antiquitätenmuseum wandern dürfte. So argumentieren, das Capital mit dem Capitalisten verwechseln, das ist, wie wenn man z. B. den Anzug des Herrn Tscherkesow mit Herrn Tscherkesow selbst verwechselte.

\*  
\*  
\*

Wenn wir die Entstehung der verschiedenen socialen Einrichtungen untersuchen, so können wir in ihrem Embryonalstadium deutlich genug den befruchtenden Einfluss der ökonomischen Factoren nachweisen. Forschen wir z. B. nach der Entstehungsweise der gesetzgebenden Körperschaften, so können wir, bei Anwendung historischer und vergleichender Methoden, einen starken Einfluss des rein ökonomischen Elementes nachweisen. Einmal entstanden, entwickelt sich aber eine solche Institution im weitern Verlaufe immer selbständiger; zwar üben die ökonomischen Factoren immer von neuem ihren Einfluss aus; indem dieser Einfluss sich aber mit den althergebrachten, ererbten Organisationsformen kreuzt, wirkt er nicht so unmittelbar und prompt, wie in der ersten, primitiven Periode. Die Institution als solche unterliegt mit der Zeit immer weniger diesen Einflüssen, sie gewinnt eine bis zu einem gewissen Grade unabhängige Existenz; oft genug stellt sie sich feindseligen ökonomischen Verhältnissen und Einflüssen als traditionelle, mit selbständigem Leben begabte Form entgegen und vermag gegen die Einflüsse und Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung siegreich anzukämpfen. Der primitiven Periode geringerer Differenzierung der socialen Functionen entsprach ein mehr unmittelbarer Einfluss der wirtschaftlichen Veränderungen auf die übrigen Erscheinungen des socialen Lebens. Im Lauf der Geschichte, während die ökonomische Entwicklung fortschreitet, schreitet auch die Differenzierung immer weiter fort; es bilden sich neue Einrichtungen, es erstehen neue Organisationen; die alten aber, von der Kraft der Tradition getrieben, verspüren nichts von diesen Veränderungen, sie führen ein Sonderdasein. Wir können endlich den Augenblick vorher sehen, wo die von uns untersuchte Institution — einst von wirtschaftlichen Factoren erzeugt — ihrem eigenen Erzeuger über den Kopf wächst, und wenn dieser ein bestimmtes Alter erreicht hat, ihm das Joch um den Nacken legt.

Etwas Aehnliches ereignet sich auch mit den geistigen Erscheinungen: Die Litteratur, die Kunst, die Wissenschaft, die Philosophie, obschon sie deutliche Spuren des Einflusses des ökonomischen Milieus an sich tragen, emancipieren sich doch immer mehr davon, je mehr sie in die Höhe wachsen, werden immer selbständiger und wirken immer stärker auf den allgemeinen Verlauf des socialen Lebens zurück, auf Kosten der rein materiellen Factoren. Aufgabe der Sociologie ist es, den Einfluss jedes dieser Factorer auf den Zustand der Gesellschaft in Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft festzustellen, ihr Verhältnis zu einander beim Ausüben dieses Einflusses zu bestimmen, sowie die Aenderungen dieses Verhältnisses zu Gunsten des einen oder anderen Factors zu constatieren. Dass innerhalb dieser Reihe wirksamer Factoren der wirtschaftliche an erster Stelle stehen wird, daran zweifeln wir nicht; und hier gerade wird die „materialistische Geschichtsauffassung“ von Marx und Engels ihren glanzvollsten Triumph feiern, allen jenen zum Trotz, welche die gesamte Sociologie in den uferlosen Gewässern eines alleinseligmachenden „historischen Materialismus“ ersäufen möchten.

Das Capitel über die materialistische Geschichtsauffassung in Bernsteins Buch richtet sich gerade gegen eine solche falsche Deutung dieser Theorie. Dass aber diese Theorie sogar von hervorragenden socialdemokratischen Schriftstellern durchaus doctrinär aufgefasst wird, das beweist die überwältigende Mehrzahl der Broschüren und Artikel, welche gegen den „falschen Propheten“ geschleudert wurden. Zum Glück für den wissenschaftlichen Socialismus, und zum Unglück für die Fanatiker der Doctrin, hat aber der Prophet in diesem Punkte — und noch in einem weiteren Punkte — vollkommen recht.

Zur Verwirklichung des Socialismus gehört die Eroberung des Staates und der Production durch das Proletariat. Die politische Arbeit, die Eroberung der Executivgewalt, das ist erst die eine Hälfte der Aufgabe; es bleibt die Eroberung der wirtschaftlichen Functionen: der Production und Verteilung der Güter, und dies kann kein gesetzgeberischer Act fertig bringen; erst die Erfüllung dieses Teils des Programms kann aber Princip und Ziel des Socialismus verwirklichen — die Ausbeutung von Menschen durch Menschen aufheben. Die blosser Eroberung der politischen Macht bei unentwickelten wirtschaftlichen Organisationen kann eine socialistische Regierung ergeben, aber nie und nimmer eine socialistische Gesellschaft. Diesen rein technischen Teil der Reformarbeit aber kann nur die Massenorganisation des Proletariats vollbringen — die Gewerkschaften und die Consumvereine.

Der Socialismus erinnert in seinem inneren Bau an den Gott der christlichen Kirche. Auch er besteht aus drei Einheiten: der politischen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung. Darüber streitet, welche von diesen drei Einheiten zuerst da war und mehr zu gelten hat, und welche der drei Personen von der andern abstammt: die Gewerkschaftsbewegung von der Genossenschaftsbewegung, der heilige Geist von Gott Sohn oder umgekehrt — das heisst die alten Thorheiten der Mystiker in die Auffassung des realen, blut- und lebensstrotzenden socialen Lebens hineinragen. Und ähnlich wie im Mittelalter die Theologen jede „ketzerische“ Anschauung mit dem Bannfluch, dem Ausschluss aus der rechthabigen Kirche strafte, so haben sich auch heute Stimmen erhoben, welche forderten, dass die streitbare Kirche der Gegenwart das Häuflein jener verdammen sollte, die da lehren, dass der Leib des Herrn nicht unter einer, sondern unter beiderlei Gestalten zu geniessen sei. Aber sie sind ohne Echo verhallt.

## Ueber die capitalistische Concentration.

Von

George Sorel.

(Boulogne s. S.)

[Schluss.]

IV.

Man hat über die Einkommenstatistik viel gestritten, aber bis vor wenigen Jahren hatte man kein Mittel, das Problem genau zu bestimmen. Professor Pareto hat der Wissenschaft einen grossen Dienst geleistet, indem er die Formel angab, unter der man die Einkünfte auf mathematisch genaue Weise bestimmen kann.<sup>6)</sup>

<sup>6)</sup> Vergl. seine Vorlesung über politische Oekonomie, gehalten an der Universität Lausanne, ferner meinen Artikel: La loi des revenus im Devenir Social, Juli 1897. In diesem Artikel sind übrigens einige Rechenfehler enthalten, die hier ausgemerzt sind.

Wenn man mit  $N$  die Anzahl der Einkommen bezeichnet, die über eine gegebene Zahl  $x$  hinausgehen, wenn  $A, a, \alpha$  Grössen sind, die für ein bestimmtes Land und eine bestimmte Epoche constant sind, so ist

$$\log N = \log A - \alpha \cdot \log (x + a).$$

Für die sehr kleinen Einkommen hat man keine genauen Angaben. Pareto macht den Vorschlag, von einem Minimaleinkommen, das für den ganzen ärmeren Teil der Bevölkerung angenommen werden kann, auszugehen. Die ganz grossen Einkommen sind auch schwer festzustellen; da sie nur in geringer Anzahl vorhanden sind, so sind sie nicht so regelmässig verteilt, wie die mittleren. Wenn man es zulässt, dass man die Berechnung da anstellt, wo nur noch ein einziges höheres Einkommen existiert, und wenn man dieses einzige und höchste Einkommen mit  $M$  bezeichnet, so hat man

$$\log A = \alpha \cdot \log M.$$

Im allgemeinen ist  $\alpha$  ziemlich klein und kann vernachlässigt werden; die Formel nimmt dann folgende einfachere Gestalt an:

$$\log N = \alpha (\log M - \log x).$$

Wenn die Anzahl der Personen, deren Einkommen eine angenommene Grösse über treffen, allmählich abnimmt, so kommt es, wie Pareto ausführt, zu einer zunehmenden Ausgleichung. Wenn  $m$  das Mindesteinkommen darstellt, so ist der Logarithmus der Gesamtzahl der Familien überhaupt nach der obigen Formel gleich  $\alpha (\log M - \log m)$ . Das Verhältnis  $y$  dieser Gesamtzahl zur Zahl  $N$  ist mithin bestimmt durch die Gleichung:

$$\log y = \alpha (\log x - \log m).$$

Nun weiss man ja nicht, wie  $\alpha$  und  $m$  variieren; aber wenn man die verschiedenen  $x$  nimmt, die dasselbe Verhältnis  $k$  zu dem jeweiligen Minimum haben, so hat man die Formel:

$$\log y = \alpha \cdot \log k,$$

in der nur noch eine variable Grösse vorkommt.

Der Wert von  $\alpha$  ist ziemlich gleichmässig gesunken, je grössere Fortschritte die europäischen Länder in ihrer Entwicklung gemacht haben. Er betrug z. B. in Preussen 1,72 im Jahre 1876, im Jahre 1894 nur noch 1,60; in England betrug er 1843: 1,50, 1880: 1,35. Wenn man annimmt, dass  $\alpha$  mit dem Fortschreiten der Industrie abnimmt, so folgt daraus, dass die capitalistische Entwicklung auf eine Abnahme der Ungleichheit hinauskommt.

Man kann aber eine andere Berechnung anstellen, die das eigentliche Wesen dieser abnehmenden Ungleichheit illustriert. Ich vergleiche das Einkommen der Personen, die mehr als  $x$  besitzen, mit dem Gesamtvermögen. Um dies Verhältnis auf einfache Weise zu demonstrieren, benutze ich eine Annäherungs-Formel, die Pareto aufgestellt, und die die Summe der Einkommen von  $x$  ab angibt:

$$S = \frac{\alpha \cdot x}{\alpha - 1} \cdot N.$$

Das gesuchte Verhältnis  $z$  wird durch die Gleichung:

$$\log z = (1 - \alpha) (\log x - \log m)$$

bestimmt, und, wenn man wie oben,  $x = k \cdot m$  setzt, so erhält man:

$$\log z = (1 - \alpha) \log k.$$

Um diese Formel auf Preussen anzuwenden, nehme ich  $k = 3$ , und so finde ich, dass von 1876 bis 1894 das Verhältnis  $z$  von 0,42 auf 0,48 gestiegen ist; ein grösserer Teil des Gesamtvermögens hat sich also in den oberen Schichten concentrirt.

Man kann diese Erscheinung auch noch anders erklären: ich theile die Gesellschaft in zwei Gruppen ein; die niedrige umfasst 90% der Bevölkerung, und die höhere 10%. Die Methode der proportionellen Teilung scheint mir logischer, als die, die man zuweilen

angewendet, indem man eine bestimmte Anzahl der Reichtümer betrachtet (die oberen Zehntausend in Deutschland, die Four-hunderd in New-York). Die niedere Schicht der Bevölkerung erreicht kaum einen mässigen Wohlstand. So beträgt das Maximaleinkommen dieser Classe in Holland (einem sehr wohlhabenden Lande) nur 3000 fl. Ich nenne reich die Leute der oberen Classe, die oberen 10%, und ich suche herauszufinden, welchen Teil des Gesamtvermögens sie zurückbehalten. Dieses Verhältnis  $u$  ist durch die Formel

$$\log u = \frac{\alpha - 1}{\alpha} \log 0,1$$

bestimmt. Im Jahre 1876 besass die reiche Classe in Preussen  $\frac{381}{1000}$  des Gesamtvermögens, im Jahre 1894  $\frac{422}{1000}$ ; es hat da also eine Concentration zweifellos stattgefunden.

Im allgemeinen wird, wenn man den  $f$ ten Teil der Gesellschaft betrachtet, das Verhältnis  $u$  des in dessen Besitze befindlichen Vermögens zu dem Gesamtvermögen ausgedrückt durch die Formel:

$$\log u = \frac{1 - \alpha}{\alpha} \log f.$$

Wenn man diese Gleichung differenziert, so erhält man:

$$0,43 \frac{d u}{u} = - \frac{d \alpha}{\alpha^2} \log f.$$

Die proportionelle Veränderung von  $u$  wird mithin um so grösser sein, je kleiner der Teil der Gesellschaft ist, den man annimmt: wenn man also nur 10 auf 1000 nimmt, so wird das Verhältnis von  $\frac{145}{1000}$  auf  $\frac{178}{1000}$  vom Jahre 1876 bis 1894 zunehmen.<sup>7)</sup> Ausserdem kann man das mittlere Einkommen der reichen Classe berechnen und mit dem allgemeinen Durchschnittseinkommen vergleichen; dieses Verhältnis  $v$  ist bestimmt durch die Gleichung:

$$\log v = \frac{1}{\alpha} \log f,$$

oder, wenn man sie differenziert:

$$0,43 \frac{d v}{v} = - \frac{d \alpha}{\alpha^2} \log f.$$

Das Verhältnis wechselt proportionell umso mehr, wenn man einen kleineren Teil betrachtet, wie in dem vorhergehenden Falle; für die oberen 10% hatte man im Jahre 1876:  $v = 3,81$  und im Jahre 1894:  $v = 4,22$ ; für 10 von 1000: 14,54 und 17,78.

Man darf den Ziffern keine übertriebene Bedeutung zuschreiben, man könnte auch andere mathematische Definitionen für die Concentration finden und vielleicht zu etwas anderen Resultaten gelangen; aber die Methoden, die ich angewandte, scheinen mir diejenigen zu sein, die die beste Schätzung der Beziehungen zwischen den einzelnen Vermögensclassen gestatten.

Alle diese Berechnungen sind auf Grund von stark vereinfachten Formeln ausgeführt worden; sie sind nur dann annähernd exact, wenn die Veränderungen von  $\alpha$  hinreichend gross sind, um einen entscheidenden Einfluss auf die Gesamtverteilung auszuüben. Aber die Veränderungen werden um so schwächer, je mehr der Capitalismus in seiner Entwicklung fortschreitet. Um vollständig zufriedenstellende Resultate zu erhalten, müsste man auch noch die Gesetze genau untersuchen, die den Veränderungen der übrigen, in der Paretoschen Formeln als constant angenommenen, Grössen zu Grunde liegen.

<sup>7)</sup> Das Verhältnis ist 1,23, während es nur 1,10 in den Fällen ist, in denen man die 10% von oben betrachtet.

## V.

Aus allen diesen Berechnungen geht hervor, dass in der modernen Gesellschaft eine Vermögensconcentration vor sich geht, aber wir finden keine von den Erscheinungen, von denen bei vielen socialistischen Schriftstellern fortwährend die Rede ist; wir finden keine schnelle und erschreckende Bewegung, die die Welt zu einer Katastrophe führen müsste. Gewisse Anzeichen sprechen sogar dafür, dass die heutige Wirtschaft es so weit gebracht hat, die Einkünfte in ihrem Hauptteil besser zu regeln und sie für eine mathematische Darstellung geeigneter zu machen.

Marx wiederholt nach Hegel, dass eine bestimmte Aenderung der Quantität die Qualität verändere. Was wir in den wohlhabenden Classen als Accumulation vorfinden, weicht so sehr von dem ab, was Marx in dem Manifest von 1847 gesehen hatte, dass wir diese beiden Arten der Gesellschaft nicht mit einander vergleichen können. Ich lasse also alles bei Seite, was man über die Katastrophentheorie sagen könnte und frage nur, wohin die Nachforschungen führen können, die wir soeben angestellt haben.

Es gab eine Zeit, in der die Frage der Accumulation der Reichtümer eine grosse Rolle gespielt hat; bei den Anfängen der Grossindustrie waren nämlich viele Menschenfreunde über das rasche Anwachsen der Vermögen entsetzt, da sie einen erschreckenden Pauperismus damit verbunden glaubten. Die socialistischen Schriftsteller wiederholen häufig diese alten Klagen gegen das Fabriksystem; bei der Art, mit der sie von dem Verschwinden der Räder und der Webstühle der ländlichen Weber sprechen, glaubt man sich zuweilen in die Zeit von 1820 zurückversetzt, und man glaubt, dass sie schliesslich Gesetze gegen den Maschinenbetrieb verlangen würden!

Die Anhäufung der Capitalien in wenigen Händen hat für den Oekonomen viel Interessantes. Wenn es sich um wenig entwickelte Länder handelt, — dann kommt es oft vor, dass denjenigen, die grosse Unternehmungen ins Werk setzen wollen, Capitalien fehlen: die Regierungen ergreifen dann Massregeln zur Züchtung von Fabrikanten, wie Marx sagte. Die Schutzolltarife sind unter gewissen Umständen sehr wohl zu rechtfertigen, um die Accumulation der Capitalien durchzuführen. In solchen Zeiten können allein die sehr reichen Leute Ueberfluss an Geld haben und den Bedürfnissen der Unternehmer entgegenkommen. Auch die Accumulation muss ziemlich schnell in ihren Händen vorwärts gehen, um den Anforderungen der Industrie genügen zu können. Marx führt an, dass die Centralisation der Capitalien heute eine viel grössere Rolle spiele, als die Accumulation. Die Regierungen suchten die Mittel, durch die man die Ersparnisse centralisieren könne, zu erleichtern. Die Mobiliar-Banken sind sehr nützlich gewesen. Heutzutage sieht man überall kunstvoll angelegte Institute entstehen, um die kleinen Ersparnisse anzuhaufen und sie in der Landwirtschaft zu verwenden. Die capitalistische Concentration ist früher sehr wichtig gewesen, heute ist sie für der Nationalökonomen weniger wichtig.

Die parlamentarischen Socialisten schreiben der capitalistischen Concentration eine um so grössere Bedeutung zu, je mehr sie die Theorien des alten Socialismus geändert haben. In Frankreich, in Italien, selbst in Belgien betreibt man die Umwandlung der Privatunternehmungen in öffentliche Unternehmungen. Brousse, Stadtrat in Paris, hat diese Idee bei uns eingeführt. Die französischen Marxisten haben sie ziemlich lange angegriffen, aber schliesslich haben sie sich seiner Ansicht angeschlossen,<sup>8)</sup> und Millerand hat sie in

<sup>8)</sup> Das Programm des Parti ouvrier wurde im Jahre 1883 von Lafargue und Guesde mit Commentaren und einer geschichtlichen Zusammenstellung veröffentlicht, in der Brousse hart mitgenommen wird; seit langem ist diese Broschüre nicht mehr aufzufinden. Die jetzigen Ausgaben sind so gut wie möglich von gewissen Stellen befreit worden. Deville

dem Programm von Saint-Mandé formuliert. Es ist jetzt selbstverständlich, dass man unter der Verstaatlichung der Produktionsmittel den Staatsbetrieb der grossen Unternehmungen versteht. Niemand denkt daran, die Kleinindustrie vom Staate leiten zu lassen; die Unfähigkeit der öffentlichen Verwaltung würde da zu sehr in die Augen fallen; so muss man sich auf die Betriebe beschränken, die schon deutlich einen administrativen Charakter zeigen. Nichts scheint in der That leichter, als z. B. die Eisenbahnen zu verwalten. Die Concentration der Einkünfte ist da nicht weniger wichtig, wie die Monopolisierung der grossen Betriebe. Unsere parlamentarischen Socialisten wollen allmählich zu einer Expropriation der capitalistischen Unternehmungen auf gesetzlichem Wege gelangen, d. h. durch Beschlüsse, die ähnlich denjenigen sind, die in der grossen Revolution gefasst worden sind, um das Feudalsystem abzuschaffen.

## VI.

In Deutschland stellt sich die Frage etwas anders, weil die Arbeiter nicht die Vorteile, die ihnen die gedeihliche Entwicklung der nationalen Industrie hatte verschaffen können, erlangt haben, weil die Socialdemokratie früher den wirtschaftlichen Kampf etwas vernachlässigt hat.

Allen französischen Nationalökonomern, welche Deutschland besucht haben, ist das geringe Niveau der Lebenshaltung des Arbeiters und die Leichtigkeit aufgefallen, mit der die Unternehmer ihre Gewinnsucht bethätigen können. „Der Arbeiter“, sagt Blondel, „sieht dass der Wohlstand der deutschen Industrie einer gewissen Anzahl von Personen grosse Vorteile verschafft hat . . . Viele Menschen sieht er aber, deren sociale Lage weder ihren Fähigkeiten, noch ihren Leistungen, noch ihren Verdiensten entspricht.“<sup>9)</sup>

Die Socialdemokraten haben früher wohl manches unterlassen, was zur Verbesserung des Schicksals der Arbeiterclassen hätte dienen können. Es scheint, als hätten sie lange Zeit die Ansicht gehabt, dass es in ihrem Interesse läge, die Dinge immer schlimmer werden zu lassen. Sie haben sich der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber ziemlich kühl verhalten, für die genossenschaftliche Bewegung haben sie vielfach sogar nur Spott gehabt; ja, manche Genossen glaubten, selbst die positive Mitarbeit an der socialen Gesetzgebung ablehnen zu sollen.<sup>10)</sup> Sie waren zum Teil noch von den Ideen durchdrungen, die in Frankreich vor 1848 verbreitet waren: man möge ihnen die Regierung überlassen, und alles würde ganz vortrefflich gehen. Für sie war die sociale Frage eine Herrschaftsfrage, und nicht eine Frage der organisierten Arbeit.

Nach und nach verbreiteten sich gesündere Ideen unter den arbeitenden Classen; die Socialdemokratie schlägt in ihrer Praxis andere Bahnen ein, aber sie bleibt unzugänglich in Bezug auf die Theorien. Man sucht zum Teil den Glauben an die Katastrophen- und Dictatur-Theorien sich zu bewahren. Dies ist es, was den sich an das Buch Earnsteins knüpfenden Polemiken jene unerfreuliche Schärfe gegeben hat.

Die Polemik ist naturgemäss vielfach auf das apokalyptische Capitel des Capital getragen worden, von dem ich am Anfange dieses Artikels sprach. Kautsky hat es zu erklären versucht und dabei eine Methode angewandt, die bei den Marxisten heutzutage sehr in der Mode ist: sie wollen den Text dadurch retten, dass sie Marx' Gedanken auf eine Naivetät zurückführen, die man Marx eigentlich nicht zutrauen sollte. Ich habe schon gesagt, dass nach gewissen Marxisten die Concentration des Capitals statthat, wenn die

hat später das Vorwort zu seinem Auszug aus dem Capital noch einmal gemacht, um daraus das zu entfernen, was für Brousse unangenehm sein könnte. Merlino hat treffend bemerkt, dass Brousse der beste Theoretiker des jetzigen französischen Socialismus sei.

<sup>9)</sup> Circulaire du Musée Social, Sept. 1899.

<sup>10)</sup> Ch. Andler: Le prince de Bismarck. Paris 1898; pag. 264.

Capitalisten Vorteil darin finden, ihr Unternehmen zu vergrössern, aber die Frage ist doch eben die, in welchen Fällen ihnen solche Operationen Vorteil bringen. Es wird auch gesagt, dass die Gewinnquote sich vermindert, wenn die Quantitäten, die für diese Quote in Betracht kommen, unter einander in einem passenden Verhältnisse stehen; aber man müsste wissen, aus welchem Grunde und in welchen Fällen dies Verhältnis besteht. Hier macht Kautsky die Entdeckung, dass die Capitalisten den grösstmöglichen Gewinn aus den Arbeitshänden zu ziehen suchen. Dies ist allerdings von verblüffender Selbstverständlichkeit; es handelt sich aber gerade darum, ob die Unternehmer in der modernen Gesellschaft in Wahrheit den Lohn nach ihrem Belieben drücken können.

Uebrigens scheint Kautsky vor dem apokalyptischen Texte etwas in Verlegenheit, er betrachtet ihn als den Abschluss des Capital, aber er hätte uns doch sagen müssen, wo die entsprechenden Thatsachen von Marx vorgebracht worden sind. Seine Verlegenheit ist derart, dass er genötigt ist, zu Lassalle und Rödbertus seine Zuflucht zu nehmen und zu erklären, dass der Begriff Verelendung nicht im absoluten, sondern im relativen Sinne zu verstehen ist.

Ich glaube im Gegenteil, dass Marx in dem apokalyptischen Texte den Begriff Verelendung im absoluten Sinne aufgefasst hat. Die fünf Begriffe, mit welchen er die Lage der arbeitenden Classen definiert hat, beziehen sich auf die englische Nationalökonomie, wie sie das von Engels 1845 geschriebene Buch kannte.<sup>11)</sup> Damals liess sich ein Zug nach dem Elend, nach dem Druck, nach der Knechtschaft, nach der Entartung und nach der Ausbeutung hin in der That erkennen.

Es muss bemerkt werden, dass das Lumpenproletariat im Geiste Marx' von der Arbeiterorganisation ausgeschlossen war; das geht ganz klar aus dem Manifest von 1847 hervor. Kautsky führt somit ganz mit Unrecht das Elend des Londoner Judenviertels in die Discussion ein. Engels erkannte im Jahre 1885 an, dass die Organisation der Arbeit ein grosser Fortschritt wäre, und dass die Fabrikarbeiter durch die Gesetze über die Arbeitszeit grosse Vorteile erlangt hätten. Wo ist also heute die zunehmende Verelendung? Kann man von zunehmendem Drucke reden, wenn die Willkür des einzelnen Unternehmers mehr und mehr durch die Unterhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmerschaft und den Vertretern der Gewerkschaften beschränkt wird? Kann man von zunehmender Knechtschaft sprechen, jetzt, wo die Gesetzgebung von Tag zu Tag socialer wird? Nach dem, was Marx zu verschiedenen Malen im Capital ausgesprochen hat, hat auch die Entartung aufgehört. Ohne Zweifel hätte dies alles nicht eintreten können oder auch anders eintreten können, aber die Wissenschaft hat das zu suchen, was vorhanden ist.

Man wirft ein, dass die arbeitenden Classen die Verbesserungen dank ihrer Energie erlangt haben. Aber ist diese Energie nicht einer der Factoren der socialen Evolution? Der aus diesem (von Kautsky gemachten) Einwande zu ziehende Schluss ist, dass die Arbeiter kämpfen können und in gewissem Masse Herren ihres Schicksals sind.

Es bliebe nun noch zu bestimmen übrig, ob die Ausbeutung zugenommen hat; aber hier muss man bedenken, dass Marx unter diesem Begriffe einfach den aus den Arbeitshänden gezogenen Gewinn versteht; in dem betreffenden Capitel gebraucht er das französische Wort *Exploitation* (ganz wie im Manifest von 1847), wenn er sein Gefühl des Tadels zum Ausdruck bringen will und von einem Missbrauche spricht. Die Frage scheint mir nicht so leicht zu lösen, wie Kautsky dies meint: die Verlängerung des Arbeitstages

<sup>11)</sup> Dieses Buch ist schon damals nicht unbemerkt geblieben. Es ist lobend z. B. von Th. Fix erwähnt worden, als gute Beobachtungen enthaltend. (*Observations sur l'état des classes ouvrières, 1846.*) Uebrigens sind alle Schriftsteller dieser Epoche über die Thatsachen in annähernder Uebereinstimmung.



ist unmöglich geworden, und die Verkürzung der notwendigen Ruhepausen ist infolge der zunehmenden Ansprüche der Besoldeten sehr eingeschränkt worden.

Um zu beweisen, dass im Ganzen die Dürftigkeit in der Gesellschaft zunimmt, stützt sich Kautsky auf verschiedene Statistiken, die er vom Studierzimmer aus interpretiert. Er macht die Beobachtung, dass die Anzahl der Heiraten sich langsam vermindert; er giebt an, dass die Heiratsziffer je nach den Besitzverhältnissen schwankt; hieraus schliesst er auf eine wachsende Dürftigkeit. Aber die Schwankungen sind nicht mit den langen Depressionen zu identificieren und erklären sich in der Statistik nicht immer aus den gleichen Ursachen. Die Anzahl der Betriebe und der Wohlstand können sich andauernd vermehren und zu gleicher Zeit mit einer Verminderung der Heiraten Hand in Hand gehen, weil die Menschen aus dem Wunsche heraus, ihren Wohlstand zu vermehren, länger zögern, die Last einer Familie auf sich zu nehmen. Dies ist z. B. Thatsache in Frankreich. Ebenso beweist die Verminderung der Geburtenziffer dort nicht, dass das Elend zunimmt, sondern, dass eine andauernde Erhöhung des Wohlstandes stattfindet.

## VII.

Ebenso wie die zunehmende Verelendung ist auch die Schnelligkeit in der Umwandlung der Betriebsform von deutschen Socialdemokraten vielfach überschätzt worden. Ruinen wir uns zuerst einige kürzlich durch das Office du travail in Frankreich veröffentlichte statistische Resultate betreffs industrieller Etablissements vor Augen. Auf 100 Etablissements giebt es nur ein einziges, das mehr als 500 Arbeiter beschäftigt, und man kann sich fragen, ob man von Grossindustrie sprechen darf, wenn es sich um kleinere Etablissements handelt: 863 beschäftigen weniger als 10 Arbeiter, und nur 30 beschäftigen mehr als 50! Man sollte also nicht damit kommen, von einem schnellen Verschwinden der kleinen Unternehmungen zu reden.

Bebel hat auf dem Parteitage zu Hannover von dem Ruin des gewerblichen Mittelstandes gesprochen und als Beweis u. a. den Fortschritt des Antisemitismus angeführt. Der Grund für die Unzufriedenheit der Kleinbürger ist aber zum Teil moralischer Art, sie machen Ansprüche an eine bessere Lebenshaltung im Vergleich zu früher. Was den Antisemitismus betrifft, so ist er jetzt vielleicht in Frankreich mächtiger, als in Deutschland; aber jedermann kann sich leicht davon überzeugen, dass sein Fortschritt von einem Verfall der Kleinindustrie nicht abhängt; er rührt von politischen, moralischen und religiösen Ursachen her. Der Antisemitismus ist keineswegs besonders bei den kleinen Gewerbetreibenden, die mit jüdischen Häusern concurrieren, entwickelt; er findet sich vor allem in der reichen Bourgeoisie, da, wo diese keine Geschäftsbeziehungen zu der Kleinindustrie hat, in denjenigen Familien, welche dem Staate die grösste Anzahl seiner Beamten liefern, und in denjenigen socialen Gruppen, welche von der Landwirtschaft leben. Man kann endlich keine Beziehung feststellen zwischen der sehr langsamen Entwicklung der Industrie und dem blitzschnellen Fortschritt, den der Antisemitismus seit einigen Jahren in Frankreich macht.

Mit dem Namen Kleinindustrie umfasst man mehrere unter einander sehr verschiedene Dinge. Es giebt eine Kleinindustrie, welche vor der grossen verschwindet, und es giebt eine andere, welche bestehen bleibt: so ist der grosse Fuhrtransport vor den Eisenbahnen gewichen, aber der kleine Frachtverkehr bleibt in der Umgegend von Paris trotz der Vermehrung der Eisenbahnen bestehen. Es giebt in der That keine Concurrenz zwischen diesen beiden Transportmitteln, sie entsprechen getrennten Bedürfnissen.

Was für die Verkehrsmittel zutrifft, wiederholt sich für fast alle grossen modernen Unternehmungen. Die Grossindustrie ist nicht eine vergrösserte Kleinindustrie; sie ist eine andere Art der Production und hat andere Aufgaben; sie legt sich über das frühere System. Notwendigerweise ist ein gemeinsames Gebiet dabei vorhanden, denn in der wirtschaftlichen

Welt steht alles wie in einem Organismus miteinander in Verbindung. In diesem gemeinsamen Getriebe nimmt die Grossindustrie allerdings den grössten Platz der Kleinindustrie in Beschlag, aber das ist eine secundäre Erscheinung der wirtschaftlichen Umwälzung, und nicht etwa ihre Ursache, wie manche Socialdemokraten meinen. Wo sie stattfindet, muss die Umwälzung, nachdem sie örtliches Elend verursacht hat, schliesslich als ein Fortschrittt gefeiert werden. Aber sie findet nicht überall statt. Die Tendenz zum Untergange hat vor allem die Production, die allein für den Handel schafft, und namentlich die Arbeit, welche die ländlichen Familien für die Grosskaufleute der Stadt leisten.

Blondel hat dargethan, dass die Hausindustrie auf dem Lande sich mit grösserer Beharrlichkeit in Deutschland behauptet, als überall sonst. Er schildert das grosse Elend der dieser veralteten Productionsweise ergebenden ländlichen Bevölkerung. Diese verfertigt nur gewöhnliche Stoffe, solche, die noch mit den groben Werkstühlen herzustellen sind, die infolgedessen am niedrigsten bezahlt werden und nur mittelmässige Arbeiter, die ohne Ehrgeiz sind, befriedigen können.

Es darf niemals in der Arbeiterfrage vergessen werden, dass der Arbeiter nur unter der Bedingung, dass er tüchtiger und stärker wird, ein besseres Schicksal sich erkämpfen kann. Aus diesem Grunde heraus lassen sich die hohen englischen Löhne erklären.

Die ländliche Hausindustrie ist für den technischen und künstlerischen Fortschritt nicht günstig, aber die Sache verhält sich keineswegs ebenso mit der Kleinindustrie, die in vielen Fällen gedeihen würde, wenn nicht die Kundschaft sich von dem, was solide und dauerhaft ist, abwenden und sich auf den Schund der grossen Bazare stürzen wollte.<sup>12)</sup> Hier wäre eine Erziehung zur Hebung des guten Geschmackes unter den am meisten consumierenden Classen, d. h. den Kleinbürgern selbst, am Platze. In Frankreich beschäftigen sich alle Denker viel mit dieser Erziehung, und ohne Zweifel wird sie Resultate ergeben.

Die städtische Kleinindustrie kann sich nur unter der Bedingung gedeihlich entwickeln, dass sie die alten Bahnen verlässt und neue vervollkommnete Productionswege einschlägt. Die cooperative Werkstatt ist der des kleinen Unternehmers überlegen, sie hat sich bewährt, aber die Arbeiterclassen sind in intellectueller und moralischer Hinsicht noch nicht weit genug vorgeschritten, um eine genügende Anzahl zur genossenschaftlichen Production fähiger Leute liefern zu können.<sup>13)</sup> Doch beschäftigt man sich bei uns in Frankreich unaufhörlich mit ihrer Heranbildung; die französischen Arbeitervereinigungen sind von einem edlen Wettstreit für die technische Belehrung erfüllt. Was auch immer die praktischen Schwierigkeiten sein mögen, über die menschlichen Kräfte gehen sie nicht hinaus. Durchaus verhängnisvoll wäre es aber, heute den Capitalismus verschwinden zu lassen und die Leitung der Betriebe einem unerfahrenen Personal anzuvertrauen unter der Directive socialistischer Politiker: jeglicher Fortschritt würde dann plötzlich zu einem Stillstand gelangen.

Ich begreife nicht, wie so viele Marxisten so leicht die Idee einer Vereinheitlichung aller Arbeitsarten haben annehmen können. Eine derartige Auffassung kann sich wohl auf einige Textstellen bei Marx stützen, doch widerspricht der Geist seiner Theorien dieser Vereinfachung. Die alten Verfahrensarten bilden Entwicklungsmomente, welche vor den neuen nicht verschwinden; sie erleiden wohl ihren Einfluss, sie verbinden sich mit ihnen,

<sup>12)</sup> Die Pariser Arbeiter beklagen sich, dass die grossen Magazine in Paris die Arbeit im Werte dadurch herabsetzen, dass sie vielfach deutsche Artikel einführen. Daraus resultiert ein sehr starkes Gefühl für Schutz in den Arbeiterclassen. Die französischen Socialisten sind fast alle dafür, dass die Arbeit durch Schutzzölle gesichert werde.

<sup>13)</sup> Vgl. meinen Artikel über die verschiedenen Typen der Cooperation in der *Science Sociale*, Sept. 1899.

aber ihre gänzliche Unterdrückung würde die Coordination des Systems zerstören. Diese Veränderung könnte eintreten; aber sie kann sich nicht als natürliche Folge des Systems voraussehen lassen.

Die Centralisation der Capitalien in Bezug auf die Grossindustrie bringt zwei Wirkungen hervor, die Bebel nicht zu berücksichtigen scheint. Einerseits verbreiten sich die Interessenanteile in der Masse, und, soweit man wissen kann, werden sie zum grossen Theile die mittleren Regionen erfüllen. Dieser Erscheinung verdanken die Mittelclassen in gewissem Masse ihren Fortschritt, welcher Tscherkesow so sehr aufgefallen ist. Eine gewisse Stetigkeit wird durch diesen Vorgang in der Gesellschaft wiederhergestellt und man nähert sich mehr den regelmässigen Formen der Verteilung der Producte. Es ist jederzeit zugegeben worden, dass Handel und Industrie der Mittelclassen die Lücke ausfüllen, die in den feudalen Gesellschaften zwischen der Aristokratie und den Hörigen bestand. Heute zeigt sich eine analoge Erscheinung, die von grosser Bedeutung ist.

Andrerseits begründet die Grossindustrie, wenn sie die Form der Verwaltung annimmt, eine Hierarchie von Amtsverrichtungen, welche der des Staates durchaus analog ist, und es ist bekannt, dass diese Hierarchie zu einer bedeutenden Verstärkung der Mittelclassen beiträgt. Der Uebergang von der particularistischen Industrie zur staatlichen Form bildet den Traum der Mittelclassen in Frankreich, die in der Ausbeutung der Productivkräfte durch den Staat die sichersten Garantien für ihre Erhaltung sehen. Nach einer von Marx aufgestellten Regel wollen sie dem Lande das ihren eigenen Existenzbedingungen am besten angepasste System auferlegen. Aus diesem Grunde wird die Municipalisierung der öffentlichen städtischen Einrichtungen und die Verstaatlichung der Eisenbahnen von der Kleinbürgerschaft mit sehr wohlwollenden Augen betrachtet.

In der Sitzung der Deputiertenkammer vom 25 Januar 1897 sagte Jaurès bei Gelegenheit eines Entwurfs für ein Zuckerfabrikmonopol: „Die Bourgeoisie, welche Capital besitzt, will jegliche Initiative, jegliche Regsamkeit in denjenigen Schichten der Bevölkerung unterdrücken, welche kein Capital besitzen und in die öffentlichen Aemter eintreten. Wenn Sie in nationalem Interesse an alle die Kräfte der Einsicht, Thatkraft und Aufopferung appellierten, welche sich in denjenigen Kreisen des Bürgertums finden, die aus Mangel an Capital jeder wirtschaftlichen Action beraubt sind, so würden Sie selbst unter der Form des Monopols Frankreichs Industrie über die ganze Welt verbreiten können.“<sup>14)</sup>

Dies glaube ich nun nicht, doch sind wir somit sehr weit von der Aussicht auf den Untergang des Kleinbürgertums, das so oft als überflüssige Classe angesehen worden ist, entfernt; auf diese muss man in Frankreich sich stützen, um die socialistische Industrie zu schaffen, und diese Industrie wird ihr die Mittel zur Entwicklung liefern. In England ist das Programm der Fabianer das nämliche, wie das Jaurès'; es würde ganz zu gunsten der Mittelclassen sein.

Seit einigen Jahren kann man ein Aufleben des Kleinbürgertums bemerken. Man muss dabei auch immer die Thatsache im Auge behalten, dass das Kleinbürgertum eine doppelte Gestalt hat: zum Teil ist es handeltreibend und warenproduzierend, zum Teil gehört es der Bureaukratie an. Sollte es unter den ersteren Formen sich nicht gedeihlich entwickeln, so werden ihr die so ausgesprochen staatlichen Tendenzen des gegenwertigen Socialismus eine neue Aera der Prosperität verschaffen. Das, was ich von der Rede Jaurès angeführt habe, lässt hierüber keinen Zweifel.

<sup>14)</sup> Der Entwurf für das Zuckerfabrikmonopol war übrigens keineswegs das persönliche Werk Jaurès'; er war das Werk der ganzen socialistischen Kammerfraction (mit Einschluss von Guesde und Vaillant).

## Versuch einer materialistischen Darstellung der Entwicklungsgeschichte der Künste.

Von  
Leo Kestenbergl.  
(Berlin.)

Nächst den primitiven Artefacten, welche von unsern Forschern aus Höhlen und Gräbern nach vieltausendjährigem Schlummer ans Tageslicht befördert wurden, erbringt nur die Geschichte der Sprache den Beweis, dass die von uns zu den Grund- und Uranlagen gezählten Fähigkeiten der Menschheit sich im Laufe von Jahrtausenden zu höherer Vervollkommnung durchgerungen, sich modificirt haben. An der Hand der Sprachwissenschaften wird uns z. B. erwiesen, dass die uns geläufigen Farbenunterschiede erst in verhältnismässig später Zeit bemerkt wurden. In den Liedern des uralten Rig-Veda war weiss von rot nicht unterschieden, bei den Griechen war  $\chi\lambda\omega\rho\acute{o}\varsigma$  noch indentisch mit gelb, die Hebräer bezeichneten gelb und grün unterschiedslos mit dem Worte Jarak. Ebenso hatten die Römer keine specielle Bezeichnung für blau, und die romanischen Sprachen mussten später die Bezeichnung für diese Farbe aus dem Germanischen entlehnen (französisch bleu, italienisch biavo); das germanische blau bedeutete ursprünglich, wie noch das heutige englische black, schwarz. Aus diesen Gegenüberstellungen lässt sich wohl bestimmt der Schluss ziehen, dass das Farbenbewusstsein, die Reizbarkeit des Farbensinns bei den Naturvölkern nur gering entwickelt war. Dagegen lässt sich mit Leichtigkeit erkennen, dass der Sinn für den Wohlgeschmack und der Tastsinn in der unserem historischen Wissen noch zugänglichen frühesten Zeitepoche dominierte, was durch den Selbsterhaltungstrieb begründet war, da der Geschmacksinn die erste Entscheidung über Zuträglichkeit und Geniessbarkeit der dem Körper zugeführten Nahrungsstoffe abzugeben hatten, also den Geruchssinn, die Witterung bei den Tieren, ersetzte. Der Tastsinn wieder ist der Erzieher des Gesichtssinnes, was wir auch heute noch bei der Entwicklung des einzelnen Individuums beobachten können, die bei einem Greifen, Betasten, Befühlen aller möglichen Sachen beginnt, bis endlich das Auge selbständig im Stande ist, die Dinge zu unterscheiden, die erkundete Form des Gegenstandes sich dauernd einzuprägen.

Es nimmt daher nicht Wunder, dass die älteste grosse Kunstepoche, die des Alterthums, gerade die Plastik, die Kunst des Tastsinns, zu höchster, bisher nicht wieder erreichter, Vollkommenheit ausbildete, während es einer viel späteren Zeit vorbehalten war, die Malerei, die Kunst des Gesichtssinns, zu einer verhältnismässig ähnlichen Höhe zu führen, wie Herder des näheren in seinen antiquarischen Aufsätzen ausführte. In der Plastik der Griechen finden wir die treueste Naturwahrheit gepaart mit erstaunlich hohem Sinn für Formschönheit und Typus. Diese Attribute drücken ihren Stempel auch der Kunst, welche seit Entstehung der Sprache den Entwicklungsgang der Künste unausgesetzt begleitet, der Poesie auf, wie die monumentale Ruhe und Klarheit nicht nur der homerischen bis alexandrinischen, sondern auch der Goetheschen und Schillerschen Werke, z. B. Iphigenie, Spaziergang, beweisen. Die plastische Kunst ist immer das erste, ursprünglichste Zeugnis des Schönheitsgefühls; in den Arbeiten der Holzschnitzer, Steinhauer und Thonformer treffen wir sie, wenn auch erst in den rohesten Anfängen, bei fast allen Naturvölkern an.

Obwohl die Griechen unsterbliche Werke der Architektur in ihren Tempelbauten geschaffen haben, ist die Baukunst für sie doch nur die Hülle des Kerns, ist diese im Altertum noch nicht freie Kunst. Die Architektur ist die eigentliche Kunst des Mittelalters; sie bietet dem symbolistischen Christentum und dem germanischen Naturgeföhle die edelsten Berührungspunkte dar. Die Grundideen des romantischen Geistes dieser Zeit kommen in ihr am vollkommensten zum Ausdruck. War es in der Plastik der Tastsinn, so ist es hier der Raumsinn, welcher zu einer ungeahnten Höhe sich emporschwingt, so dass man nicht mit Unrecht von einer Poesie des Raumes sprechen, die Dombauten der Gothik mit Liedern von Stein vergleichen darf. Der Einfluss der Architektur auf die zeitgenössische Dichtkunst lässt sich unschwer an der Lust an allegorischer Dichtung, an dem rhythmisch und symmetrisch kunstvollen Strophenbau der Meistersingerlieder constatieren; sehr auffallend macht sich auch dieser Einfluss in der Musik geltend, welche mit dem polyphonen, contrapunctisch gebauten, figurierten und fugierten Stil des Mittelalters offenbar an die symbolisch kunstvolle Verwebung, an das ins Unendliche strebende Figurenwerk, an die „ehrwürdige Nacht“, die geheimnisvolle Ruhe und Andacht der gothischen Dombauten anknüpft.

Der Idealitätsdrang des XIV. und XV. Jahrhunderts, mit seiner Negierung der jüdisch-christlichen Askese, erweckt die Antike aus ihrem Todesschlaf, um den Sinn für Naturwahrheit an ihr wieder zu beleben, und schafft durch glückliche Verbindung der sinnesfrohen antiken Kunst mit christlicher Geföhlswärme und Innigkeit die Glanzperiode der Renaissance, welche wegen der individuellen, verinnerlichenden Eigenschaften der Malerei diese zu ihrer Vertreterin auserkoren hat. War es der Plastik hauptsächlich um ein Hervorkehren des Charakteristischen, des Typischen zu thun, so sucht die Malerei ihr Ziel in der Darstellung eines besonders glücklichen Moments. War schon die Architektur unendlich höher befähigt, die Sinne anzurgen, „Stimmung zu machen“, als die keusche unnahbare Plastik, so geht besonders die Wirkung der Malerei dahin, dem Beschauer congeniale Empfindungen mit dem Künstler einzuflössen, ihn je nach Art des darzustellenden Gegenstandes zu beruhigen, zu läutern, zu idealisieren. Vom XIV. bis zum XVII. Jahrhundert beherrscht die Malerei vollkommen alle andern Kunsterzeugnisse mit Ausnahme eines Zweiges der Baukunst, welcher aber eine bewusste Wiedergeburt der Stilformen bedeutet. Dagegen beweisen sowohl Barock als auch Rococo die Dominante des Malerischen. War im Altertum das Kunstgewerbe und die Ornamentik von plastischer Einfachheit und organischer Ausbildung, erkennt man bei der mittelalterlichen Ornamentik auf das leichteste die Einflüsse der Architektur in der geometrischen Geradlinigkeit und den gerippigen, stachlichten Bildungen, so springt dem Beschauer der Gebrauchsgegenstände aus der Rococo-Zeit, mit ihren muschel- und tropfsteinförmigen, geschweiften und gerollten Verzierungen und Gewinden sofort die Einwirkung der Malerei in die Augen. Auch in der Gartenkunst, im Costüm, in der Musik und besonders in der Dichtkunst — man erinnere sich nur der breiten Situationsmalerei in der sogenannten französischen Tragödie, der bildlichen Darstellung von Körbchen, Vasen, Flaschen durch kurze und lange Verse — waltet das malerische Element vor.

Als nun endlich im XVIII. Jahrhundert eine energische Bewegung sich gegen die Entartung der Malerei wandte, trat an ihre Stelle als Herrscherin

unter den Künsten die Musik, welche auch noch in der gegenwärtigen Zeit-epoche die führende Rolle einnimmt.

Die rapide, bedrohliche Formen annehmende, ungeheuere Steigerung der socialen Gegensätze verursacht es, dass die besitzenden Classen unbewusst einen Jahrhunderte alten Ring gegen jedwede freie Meinungsäusserung geschlossen haben, weil diese bei ehrlicher Consequenz selbstverständlicherweise die Offensive durch ihre jeweiligen Vertreter gegen die Besitzenden ergreifen muss. Da die Kunst für die verfeinerten Lebensbedürfnisse der Possidentes ein fast unentbehrliches Requisit geworden ist, die moderne Litteratur aber, und sogar auch schon die bildenden Künste eine beabsichtigt revolutionäre Tendenz sich zu eigen gemacht haben, sahen sich diese Casten genötigt, sich derjenigen Kunst zuzuwenden, deren heutige Vertreter mit nur verschwindenden Ausnahmen von dem freiheitlichen Geiste unserer Zeit noch nicht angesteckt sind. Dies fällt hier umso mehr in die Wagschale, als die Person des ausübenden Künstlers, mehr als anderswo, bei der heutzutage in der Musik herrschenden Depression in den Vordergrund tritt, so dass das aufgeführte Werk oft über dem „genialen Lockenkopf“ des Solisten oder der „monumentalen Ruhe“ des Dirigenten vergessen wird.

Dazu kommt, dass die ins Masslose gesteigerten Anforderungen, welche an die Geistes- und Nerventhätigkeit des modernen Menschen gestellt werden, es bedingen, dass der heutige Herdenmensch nur dann Kunstgenuss als Vergnügen empfindet, wenn er seine Gehirnthätigkeit bei diesem „Genuss“ nicht anzuspannen braucht. Da aber unter allen Künsten die Musik den Bedürfnissen und Anforderungen jedes Einzelnen sich am leichtesten anpassen lässt, überdies das nichtige Virtuosengetändel, welches sich ja auch den stolzen Namen Kunst beizulegen für berechtigt hält, der Bequemlichkeit der „gaffenden, verständnislosen Menge“ noch entgegenkommt, ist die Musik dazu prädestiniert, in unserer Zeit zu prävalieren. Oder wollte man vielleicht behaupten, dass viel Geist dazu gehört, den Producten reflectirender Sentimentalität oder den geistlosen, verzuckerten Kling-Klangstückchen, wie sie uns in der Salonmusik von Grieg bis herab zu Madame Chaminade begegnen, zuzubeln zu können?

Wiewohl nun leider der grösste Teil des „musikalischen“ Publicums nur mit diesen ertarteten Sprösslingen der edlen Polyhymnia sich beschäftigt, diese also von einer erdrückenden Majorität als die eigentliche Kunst angesehen werden, es daher geschehen konnte, dass ein Tolstoj die Musik eine Macht der Finsternis nennen durfte, haben wir uns hier nur mit der Kunst der Minoritäten — denen, wie überall, auch hier die geistige Ueberlegenheit nolens volens zuerkannt werden muss — zu befassen, da diese ja doch durch ihren unermesslich hohen, unmittelbar wirkenden moralischen Erziehungswert vor allen Künsten berufen erscheint, dem Wahren und Schönen zum Siege zu verhelfen.

Wie aus den Schopenhauerschen Deductionen hervorgeht, finden wir in der Musik den reinsten Spiegel des Innenlebens, des Charakters, der Gesinnung ihres jeweiligen Schöpfers. Und in der That sind und waren auch die grossen, wahren Künstler eben so grosse, reine, heilige Menschen, wie die Lebensgeschichte eines Bach, Beethoven, Liszt, Wagner, Busoni, d'Albert beweist. Der reine Strom der Empfindungen, welcher die Musik durchflutet, kommt in keiner andern Kunst so von allen stofflichen Bedingungen losgelöst zum Durchbruch; in ihr findet daher die grosse Sehnsucht unserer Zeit nach momentanem Vergessen des Hässlichen und Grausamen der heutigen Wirklichkeit, das Sehnen

nach reiner absoluter Schönheit die höchste Befriedigung, sie giebt dem revolutionären Gedanken die ungefährlichste und edelste Gelegenheit zur Aussprache — man denke an eine Eroica, eine Fünfte, eine Draesekesche Tragedia —, ist in der jetzigen Zeitepoche also geradezu eine Notwendigkeit.

Die Musik bedeutet die complicierteste, daher am höchsten entwickelte Kunst, welche, hervorgerufen durch den unmittelbarsten weil schreckhaftesten Sinn, den Gehörsinn, auch das Empfindungsleben des Menschen wirkungsvoller als die andern Künste zu berühren vermag.

Die Schwesterkünste können auch hier die Einwirkung des herrschenden Elements nicht verleugnen: In der Malerei sprechen wir von Farbenharmonie. Stimmung, und eigentlich ist die poésie intime der Franzosen von Musik ange-regt; die Dichtkunst hat unzählige Stoffe von der Musik empfangen, deren Einfluss auf die Dichtung ist von weittragender Bedeutung. Schiller charakterisiert sein Schaffen folgendermassen: „Die Empfindung ist bei mir anfangs ohne bestimmten und klaren Gegenstand; dieser bildet sich erst später, eine gewisse musikalische Grundstimmung geht vorher, und auf diese folgt bei mir erst die poetische Idee.“

Durch den Zeitraum von vier Weltaltern kann man so der Entwicklungsgeschichte des Höchsten, was die Menschheit besitzt, des Könnens, ihrer Kunst folgen. Von der Warte, auf die uns die umfassende, befreiende Idee unseres Zeitalters gestellt hat, versuchen wir die Vorhallen des geistigen Entwicklungsganges der Menschheit zu durchleuchten. Eine künftige Entwicklungsgeschichte der Künste wird vielleicht ein festes System da aufstellen, wo heute nur ein tastender Versuch gewagt werden kann.

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben.

**Genossenschaftsbewegung.** (Die preussische Warenhaussteuer-Vorlage. — Die Umsatzsteuer im Reichstage. — Fortschritte der Consumvereine in Sachsen. — Gründung einer Eisen-Productivgenossenschaft in Creusot. — Eine neue Wolke ist am Horizont der deutschen Consumvereinsbewegung aufgestiegen: die preussische Warenhaussteuer-Vorlage. Nach derselben sollen bekanntlich alle Gewerbebetriebe, die im Détailhandel Waren aus mehr als einer der in dem Entwurf vorgesehenen Gruppen verkaufen, mit einer Steuer von  $1\frac{1}{2}$  bis 2 % des Umsatzes belegt werden, sobald der letztere 500 000 Mark übersteigt. Auf die Frage, inwiefern die Consumvereine zu dieser Steuer heranzuziehen seien, giebt der Entwurf mit jener bewunderungswürdigen Logik und Consequenz Antwort, die für die ganze Vorlage charakteristisch ist, in deren Begründung gerade immer das Gegenteil von

dem als gut und richtig bewiesen wird, was nachher im Gesetz selbst gefordert wird. In der Begründung heisst es:

„Man darf nicht vergessen, dass die grosse Mehrzahl der Mitglieder der Consumvereine den minder bemittelten, jedenfalls nicht den leistungsfähigsten Bevölkerungsschichten angehören, für deren Lebenshaltung es von nicht geringer Bedeutung ist, ob sie ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln, Kleidung, Hausrat u. s. w. etwas billiger oder teurer befriedigen können. Ihnen die Möglichkeit billigerer Beschaffung der Lebensbedürfnisse durch eine Steuer . . . . zu verschränken oder zu erschweren, wäre im Staatsinteresse nicht zu rechtfertigen.“

Kann man sich ein besseres Plaidoyer für die Steuerfreiheit der Consumvereine denken? Die hier bekundete Einsicht hindert den Gesetzgeber aber nicht, im Entwurf selbst flottweg zu bestimmen: Vereine, eingetragene Genossenschaften und Corporationen, welche nach § 5 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 der Gewerbesteuer nicht unterworfen sind, unter-

liegen auch der Warenhaussteuer nicht.“ D. h. positiv ausgedrückt: Die Consumvereine unterliegen der neuen Steuer, da eben alle Consumvereine, wenigstens alle grösseren, Gewerbesteuern zahlen müssen. Immerhin ist in dieser Fassung des Gesetzes eine Handhabe gegeben, mittels deren sich die Consumvereine eventuell von der Warenhaussteuer befreien könnten. Es lässt sich nämlich sehr wohl bestreiten, ob nach dem Sinn und Wortlaut des Gewerbesteuergesetzes Consumvereine überhaupt heute noch zur Gewerbesteuer herangezogen werden dürfen. Jener § 5 erklärt diejenigen Genossenschaften, die nur die eigenen Bedürfnisse ihrer Mitglieder decken, keinen Gewinn unter die Mitglieder verteilen (die Dividende der Consumvereine gilt in diesem Sinne auch nach neuerer gerichtlicher Entscheidung nicht als Gewinn, sondern nur als Ersparnis) und auch eine Verteilung des angesammelten Vermögens unter die Mitglieder im Falle der Auflösung der Genossenschaft ausschliessen, für steuerfrei. Dagegen sollen diejenigen Consumvereine Steuern zahlen, die einen offenen Laden haben (d. h. also auch an Nichtmitglieder verkaufen).

Dieser Begriff offener Laden ist aber von den Steuerbehörden bisher stets dahin definiert worden, dass er auch auf Consumvereine zutrefte, die statutenmässig nur an Mitglieder verkaufen, bei denen aber kein physisches Hindernis Unbefugten den Eintritt in den Laden verwehrt.

Könnte man nun früher diesen Standpunkt noch als halbberechtigt anerkennen, so ist dies seit Erlass der Genossenschaftsnovelle vom 12. August 1896 nicht mehr zugänglich, wie der Vorwärts vom 21. Februar d. J. treffend darlegt. In jener Novelle wird den Consumvereinen unter Strafdrohungen bis zu 150 Mark verboten, an Nichtmitglieder zu verkaufen, und eine Reihe genauer Vorschriften bez. der Legitimation der Mitglieder etc. sichern die stricte Durchführung des Gesetzes in der Praxis. Da ist es also ein Schlag ins Gesicht, den sich die Regierung selbst giebt, wenn sie trotzdem noch an jener alten Definition des offenen Ladens festhält, denn das hiesse nichts anderes, als zugeben, dass das ganze ihr von den Mittelstandsrettern abgezwungene Gesetz gar keinen praktischen Wert habe, dass trotzdem noch ruhig weiter an Nichtmitglieder verkauft werde. Die Regierung würde eine Einnahme versteuern, die sie gesetzlich verboten hat. Wir sind deshalb der Ansicht, dass ein Recurs der preussischen Consumvereine gegen die Gewerbesteuer sehr wohl Erfolg haben könne. Damit

hätten sie sich aber zugleich auch von der Umsatzsteuer befreit, falls diese Gesetz werden sollte, was ja nach der Stellung der Parteien bei der ersten Lesung kaum noch zu bezweifeln ist.

Umsatzsteuer und kein Ende, so möchte man ausrufen, wenn man sich jetzt im Deutschen Reiche umschauf. Fast zu gleicher Zeit mit der Beratung der Warenhaussteuer im preussischen Abgeordnetenhaus stand im Reichstag die Behandlung der Petition der sächsischen Consumvereine betreffs ihrer Umsatzsteuer auf der Tagesordnung. Viel Neues brachten freilich die Verhandlungen nicht zu Tage: von beiden Seiten wurden so ziemlich die gleichen Argumente geltend gemacht, wie bei der Besprechung einer gleichen Petition vor drei Jahren. Genosse Wurm wies auf die Ungerechtigkeit hin, mit der die Steuer, die dem Wortlaute nach eigentlich auf alle Grossbetriebe im Détailhandel gemünzt sei, von den Communen fast ausschliesslich gegen die Consumvereine angewendet werde. Und Genosse Bebel erinnerte unter anderm wiederum an jene Bemerkung der Kölnischen Zeitung, die seiner Zeit eine Einkommensteuer von  $5\frac{1}{2}$  % auf die grössten Einkommen als Vermögensconfiscation bezeichnet hatte, der gegenüber eine Revision der monarchischen Gesinnung nötig werde. Die Consumvereine aber, deren Mitglieder doch meist den besitzlosen Classen angehören, belege man mit einer Steuer von 20 % oder mehr ihres Reinertrags. Am interessantesten war eigentlich die naive Unverfrorenheit, mit der Dr. Oertel, der Chefredacteur des Bündlerorgans, gegen die Consumvereine auftrat. Wenn irgend jemand, so hätten die Agrarier allen Grund, bei einer solchen Gelegenheit recht stille zu sein, sich möglichst wenig bemerkbar zu machen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften handeln mit Säe- und Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen und schädigen dadurch die kleinen Händler, die sonst den Landwirt mit diesen Artikeln versorgt hätten. Sie organisieren den Productenverkauf und schädigen so den Getreide-, den Viehhändler. Sie versorgen bereits in ausgedehntem Masssstabe ihre Mitglieder mit Lebensmitteln — wiederum Schädigung des Mittelstandes. Und seit einiger Zeit betreibt sogar der Bund der Landwirte selbst einen schwunghaften Détailhandel, der mit der berühmten Plötzcigarre anfangt und sich seitdem über Fahrräder und Nähmaschinen und sonstige „Weihnachtsgeschenke“ auf eine derartige Masse von Gebrauchsartikeln ausgedehnt hat, dass der Centralverein deutscher Kaufleute am 9. De-



ember 1899 eine Eingabe an den Finanzminister von Miquel gemacht hat, in der unter Beleuchtung der sogenannten Mittelstandsfreundlichkeit um Heranziehung der Verkaufsstellen des Bundes zu der in Aussicht genommenen Umsatzsteuer gebeten wird. Nichtsdestoweniger stellt sich unser Dr. Oertel frisch, fromm, fröhlich, frei, auf die Tribüne des Reichstages, singt das alte Lied vom Mittelstand, der wichtiger sei, als eine grosse Flotte, und erklärt weise mit dem Finger an der Nase, dass nur solche Genossenschaften etwas taugen, die die Production fördern. So, deutsche Consumvereine, nun wisst ihr, auf welchem Wege euch das Heil der Gunst Dr. Oertels blüht: geht schleunigst zur Selbstproduction über! Nicht so, Herr Doctor?

Die Petition der sächsischen Consumvereine wurde gegen die Stimmen der drei weisinnigen Gruppen und der Socialisten, die Ueberweisung an den Reichskanzler beantragt hatten, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Höchst erfreulich ist angesichts dieser Verfolgungen das Bild, das uns die von der sogenannten Umsatzsteuer-Commission aufgenommene Statistik der sächsischen Consumvereine giebt, die wir in No. 9 des Wochenberichts deutscher Consumvereine finden. Eine Vergleichung der Geschäftsjahre 1896—97 und 1898—99 zeigt folgende Bewegung:

	1896—97	1898—99
Gesamtumsatz	36 988 815 Mk.	46 542 910 Mk.
Reingewinn	3 940 673 "	5 406 047 "
Mitgliederzahl	149 137	179 843
Beschäft. Personen	1 574	2 140
Löhne u. Gehälter	?	1 914 815 "
Gezahlte Steuern	236 667 "	350 929 "

Für eine so kurze Zeit ein ganz bedeutender Aufschwung! Von den 180 sächsischen Consumvereinen hatten 1898—99 9 einen Umsatz von mehr als 1 Million Mark, und zwar sind dies die Vereine in Leipzig-Plagwitz, Dresden, Chemnitz, Schedewitz, Plauen i. V., Leipzig-Eutritzsch, Leipzig-Volkmarsdorf. —

Ein interessantes und für die Arbeiterschaft vielleicht bedeutungsvolles Nachspiel wird der berühmte Strike von Creusot des letzten Jahres haben. Bekanntlich sind in Frankreich schon öfters aus den für die Arbeiterschaft unglücklich ausgegangenen Strikes Productivassocationen hervorgegangen, als deren bekannteste die Glashütte von Albi zu nennen ist. Wie nun der Socialen Praxis geschrieben wird, stehen die Arbeiter der Eisenwerke von Creusot vor einem ähnlichen Schritte. Sie haben in ihrem Gewerk-

verein, der von 8000 Beschäftigten 2500 umfasst, den Beschluss gefasst, die Gründung einer genossenschaftlicher Fabrik methodisch in Agriff zu nehmen. Es handelt sich darum, einmal die nötigen Capitalien aufzubringen und andererseits zum gegebenen Zeitpunkt einen Generalstrike in der gesamten Eisenindustrie Frankreichs zu organisieren. Zur Aufbringung des Capitals werden Actien zu 25 Frs. ausgegeben, deren Zeichnung sofort beginnt, und die in Raten von 5 Frs. einbezahlt werden können. Die sämtlichen Vorarbeiten sollen im engen Anschluss an die Arbeiterorganisationen von ganz Frankreich durchgeführt werden. Um ein Bild von der Gewagtheit des Projects zu geben, erinnert die Sociale Praxis daran, dass die Actiengesellschaft Schneider & Cie. die Besitzerin der Werke von Creusot, ein Nominalcapital von 22 Millionen Frs. verbucht, dessen Kurswert das Dreifache dieser Summe übersteigt. Man darf um den glücklichen Ausgang des kühnen Planes der französischen Arbeiter, diesem Riesenwerke ein Concurrenzunternehmen gegenüberzustellen, wohl um so eher besorgt sein, als die Arbeiterschaft selbst ja als Consument der hier zu erzeugenden Waren überhaupt nicht in Betracht kommt, auf diesem Wege also dem Werke keinerlei Unterstützung angedeihen lassen kann. Immerhin ist ein glücklicher Ausgang in dem Lande, dessen Einwohner von jeher das grösste Interesse und die grössten Fähigkeiten für die Gründung von Productivgenossenschaften gezeigt haben, die sich hier auch besonders freundlicher Anerkennung von seiten des Staates erfreuen, nicht ausgeschlossen. — Gertrud David.

**Der Wiener Socialwissenschaftliche Bildungsverein.** Das Vereinsleben an der Wiener Alma mater unterscheidet sich insofern von dem an den deutschen Universitäten, als der politische Charakter der einzelnen Studentengruppen mehr und auch in voller Oeffentlichkeit ausgeprägt ist. Jede der studentischen Parteien hat ihre eigene grosse Corporation: die Deutsch-Liberalen die einflussreiche Deutsch-akademische Lese- und Redehalle, die Deutsch-Nationalen die Germania, die Zionisten die Jüdisch-akademische Lesehalle, die Socialdemokraten die Freie Vereinigung. Jeder dieser Vereine befasst sich auch mit socialen Problemen, in einigen derselben bestehen eigene Fachabteilungen (Sectionen) hierfür. Trotzdem hat das Bedürfnis nach einer intensiveren Pflege der socialen Propaganda unter der Studentenschaft auf moderner Grundlage vor bald 5 Jahren zur Gründung eines besonderen Vereines, des Socialwissenschaftlichen Bil-

dungsvereins geführt, der heute schon zu den stärksten Corporationen der Wiener Hochschule gehört. Im Gegensatz zu den obgenannten Vereinen nationaler und politischer Tendenz verfolgt er vorwiegend wissenschaftliche Zwecke, er erschöpft jedoch seine Thätigkeit nicht darin, rein fachwissenschaftliche Kenntnisse unter den Akademikern zu verbreiten, sondern sucht sie mit Erfolg zu gemeinsamer praktisch-socialer Thätigkeit zu vereinen und, unter Respectierung der verschiedenen politischen Ueberzeugungen seiner Mitglieder, diese von jener bornierten Kleinlichkeit und reactionären Romantik fernzuhalten, die unter der deutschen akademischen Jugend solche Verheerungen anrichtet.

Die Gründung des Vereins (1895) fällt in die Zeit der „Coalition“ unseligen Angedenkens und wurde nicht wenig gerade durch diese schmachvolle Epoche der österreichischen Bourgeoisie bewirkt, die eine Besserung der grenzenlosen politischen Corruption nur durch eine Beeinflussung des jugendlichen Nachwuchses der bürgerlichen Intelligenz erhoffen liess. — Gewisse inner. Vorgänge führten zu einer Schwächung des Vereins, der indessen schon im Jahre 1897 einen neuen Aufschwung nahm und eben im stärksten Fortschreiten begriffen ist. Mehrere Jahre lang stand der Verein unter der vorzüglichen Leitung des Privatdocenten Dr. Ludo M. Hartmann, der unter der Studentenschaft grosse Beliebtheit geniesst und noch an der Vereinsleitung hervorragend beteiligt ist. Ihm folgten nacheinander die bekannten Socialpolitiker Dr. Emil Ritter von Fürth und Dr. Friedrich Frey, die ebenfalls den Verein in verdienstlichster Weise förderten. Erst vor kurzer Zeit wurde die Obmannsstelle durch Resignation des Dr. Frey erledigt, und die Wahl fiel auf den angesehenen Nationalökonom Dr. Michael Hainisch, eines der Häupter der hiesigen Fabrik. Mit Ausnahme der Obmannsstelle sind alle übrigen Mandate fast ausschliesslich mit Studenten besetzt. Wenn die Tradition im Vereine dahin geht, den erwähnten Posten nur an ausserhalb der Studentenschaft stehende akademische Autoritäten zu verleihen, so hat es sich andererseits bestens bewährt, jedes Jahr auch eine Anzahl von jungen Kräften des ersten Jahrganges zur Verwaltung heranzuziehen, deren Eifer der Verein das Meiste zu danken hat. Auch die weiblichen Studenten, denen sich der S. W. B. V. zuerst von allen grossen academischen Vereinen öffnete, haben im Ausschusse ihre Vertretung und lassen es an Eifer für den Verein nicht fehlen.

Wöchentlich einmal veranstaltet der Verein einen Vortrag mit folgender Discussion, der stets ausgezeichnet besucht ist. Welcher Art die Vorträge sind, zeigt die folgende Zusammenstellung einer Anzahl derselben.

In den Semestern 1897—98 trugen vor:  
 Alexander Täubler: Klerikale Schulbestrebungen. Dr. Michael Hainisch: Die Socialpolitik auf den Congressen von Brüssel und Basel. Abgeordneter Dr. Julius Ofner: Der Fall Szayer. Professor Dr. J. Singer: Fischhof (die Nationalitätenfrage). Redacteur V. E. Zenker: Sociale Grundlagen der Revolution :848. Dr. Meissels: Socialpolitische Ideen in der neuen Executionsordnung u. a. 1898—99 trugen vor:  
 Dr. Emil Reich: Die Kunst und die sociale Frage. Advocat Dr. Friedr. Frey: Zur Vagabunden - Gesetzgebung. Dr. Benno Karpeles: Der englische Maschinenbauersstrike. Reichsrats - Abgeordneter Ignaz Daszyński: Die Lage der Juden in Galizien. Rosa Mayreder: Die Abolitionsbewegung. Prof. W. Jerusalem: Ueber moralische Beurteilung. Dr. Rudolf Wlassak: Socialpolitik und Alkoholismus. Abg. Dr. J. Ofner: Bernsteins Kritik des Marxismus. Dr. A. Lampa: Erkenntnistheoretische Probleme in der modernen Physik. Gemeinderat Dr. Zemann: Hygienische Aufgaben der Stadtgemeinde u. a. Im I. Semester 1899—1900 wurden u. a. folgende Vorträge gehalten: Dr. Heinr. Friedjung: Wahlrechtskämpfe in England. Dr. Edmund Wengraf: Der Sprachenstreit in Oesterreich. Abgeordneter Dr. Ofner: Die Gefahren des Parlamentarismus. Dr. Postelberg: Ueber Massendelict. Dr. Walter Schiff: Die Entwicklung der Agrarverfassung in Oesterreich. Dr. K. Renner: Staatsgebiet und Staatsverwaltung. Prof. Dr. Jac. Minor: Zum Heine-Jubiläum.

Ausser diesen Vereinsvorträgen finden noch zahlreiche interne Discussionen, Studentenvorträge in den diversen Sectionen für Wirtschaftsgeschichte, Kunst etc. statt.

Eine andere Institution des Vereins ist sein Lesezimmer, in dem eine grosse Anzahl von Tageszeitungen und Revuen in deutscher, französischer, englischer und verschiedenen slavischen Sprachen (böhmisch, bulgarisch etc.) aufliegen. Das Vereinslocal besteht aus 2 Lesezimmern, 1 Spielcabinet und Nebenräumlichkeiten; sämtliche Localitäten sind in geschmackvoller Weise mit historischen Portraits und Reproductionen moderner Kunstwerke geschmückt. Nicht vergessen werden darf die noch junge Vereinsbibliothek, die schon über 500 Bände zählt, darunter viele sonst schwer erhaltliche und wertvolle Werke.

Zur selben Gruppe von Vereinsinstitutionen gehören auch die Excursionen, geselligen Veranstaltungen, Publicationen des Vereins, auf die der neue Ausschuss mehr Thätigkeit zu verwenden beabsichtigt, als bisher geschah.

Eine andere und vielleicht die interessanteste Seite der Vereinsthätigkeit ist die Organisation von praktisch-socialer Arbeit, wie sie Studenten leisten können. So hat der Verein eine Reihe von Elementarunterrichten veranstaltet, die teils im Vereinslocal, teils in Arbeitervereinen durchweg unentgeltlich gehalten werden. Ebendahin zielt die Beteiligung des Vereins an sozialen Erhebungen, für die er Arbeitskräfte beistellt. Gegenwärtig werden unter der Leitung eines Privatdocenten der Nationalökonomie Arbeiter-Budgets durch Vereinsmitglieder aufgenommen u. a. m. Es würde wohl zu weit führen, die verschiedenen Bestrebungen, wie die des unentgeltlichen Rechtsschutzes, Antialkoholismus, der Frauenbewegung etc., aufzuzählen und zu schildern, die alle unter den studentischen Vereinsmitgliedern Anhänger und Förderer finden.

Durch die hier kurz skizzierte Thätigkeit ist es gelungen, in die fast hoffnungslose Dunkelheit, die Chauvinismus und Rassenhass in den Köpfen und Herzen der akademischen Jugend erzeugt haben, einige Strahlen modernen Lebens, einen Abglanz des grossen Geisteskampfes fallen zu lassen, der jetzt in Westeuropa zum Austrag kommt. Die stetig steigende Mitgliederzahl des Vereins giebt Zeugnis hiervon, bald dürfte das zweite Hundert der Mitglieder sein. Beide Geschlechter und fast alle österreichischen Nationalitäten sind in ihm vertreten, ebenso wenig herrscht Einförmigkeit bezüglich der politischen und sonstigen Bekenntnisse der Mitglieder. Und trotzdem ist es gelungen, diese widerstrebenden Elemente zu einigen durch die Macht eines grossen Gedankens und durch das Vertrauen in die Begeisterungsfähigkeit der Jugend.

*Friedrich Olt.*

### Bücher.

**Michał Lusnia: Niepodleglosi Polski w programie socjalistycznym.** Paris 1900; Verlag des auswärtigen Verbandes polnischer Sozialisten.

Bekanntlich wird die Losreissung Polens von Russland und die Schaffung einer demokratischen Republik Polen derzeit von der polnischen socialistischen Partei einmütig als ihr erster Programmpunct anerkannt. Dieser Umstand hat bei Fernstehenden mehrfach den Verdacht erweckt, als handle es sich bei der polnischen socialistischen Partei gar nicht um eine zielbewusste und consequente

socialdemokratische Bewegung, sondern um eine confuse Verquickung socialistischer mit reactionär-chauvinistischen Tendenzen, etwa wie bei unseren salzwasserbetrunkenen nationalsocial - christlichen Kriegslottenschwärmern. Dass aber in Wirklichkeit die Losreissung Polens von Russland eine berechnete und notwendige socialistische Forderung ist, dies darzulegen ist die Aufgabe, die sich Genosse Lusnia bei Abfassung der vorliegenden Broschüre gesteckt hat. Seine gehaltreichen, klaren und massvollen Ausführungen erfüllen diese Aufgabe in der That in sehr befriedigender Weise, und es ist nur zu bedauern, dass so wenig deutsche Genossen in der Lage sind, seine Schrift im Original zu lesen.

Welche Forderungen im Minimalprogramm einer socialdemokratischen Partei Aufnahme finden, führt Lusnia sehr richtig aus, das hängt davon ab, welche Vorarbeiten ihre bürgerlich-demokratischen Vorgänger für sie verrichtet haben, und welche nicht. Das allgemeine Wahlrecht, in Frankreich eine „bürgerlich - demokratische“ Selbstverständlichkeit, hat in Belgien, in Oesterreich zeitweilig die gesamte politische Thätigkeit der dortigen Arbeiterparteien beherrscht, weil eben die Arbeiter dort das Wahlrecht nicht hatten. In Russland aber steht sogar die Proclamation einer Constitution, wie sie sich in Westeuropa nicht nur für bürgerliche Demokraten, sondern sogar für ganz gemeine Liberale von selbst versteht, auf dem Programm der Socialdemokraten — weil eben noch keine Constitution da ist, und weil man, auch mit der glühendsten Sehnsucht nach weitergehenden Umwälzungen in der Brust, vorerst einmal durch diese erste Durchgangsstation hindurch muss.

Auch die nationale Freiheit versteht sich von selbst, wo sie durchgeführt ist. Es versteht sich von selbst, dass deutsche Kinder in deutschen Schulen in ihrer Muttersprache unterrichtet werden; es versteht sich von selbst, dass ein deutscher Arbeiter, der vor deutschen Behörden sein Recht sucht, sich seiner Muttersprache zur Verständigung bedienen darf; es versteht sich von selbst, dass ein Deutscher bloss deshalb, weil er ein Deutscher ist, von der Teilnahme an der Verwaltung und Regierung seines Heimatlandes nicht ausgeschlossen werden darf. In Russisch-Polen aber ist die nationale Freiheit nicht durchgeführt; kein Stümpfchen davon. Die gewaltsame Ausschliessung der polnischen Sprache von Amt, Gericht und Schule (sogar von der Volksschule!), das Fehlen jeder Selbstverwaltung, die ausschliessliche, verständnislose Herrschaft einer fremdsprachigen, noch dazu culturell rückständigen

Bureaucratie — das alles lastet wie ein Bleigewicht auf der culturellen Entwicklung des Landes. Folglich muss dieses Bleigewicht weggeräumt werden; und es wäre zugleich taktisch unklug und principiell verkehrt, diese für das gesamte Volk notwendige Culturarbeit den Nationaldemokraten allein zu überlassen, die überdies viel zu schwach dazu sind.

Zudem wirkt die Zusammenkoppelung mit Russland entwicklungshemmend, ja direct zurückschraubend auch in reinen Arbeiterfragen. Fabrikgesetze, welche für Russland thatsächlich einen Fortschritt bedeuten, erschweren den polnischen Arbeitern nur das Festhalten des durch Selbsthilfe längst Erungenen. Dass aber umgekehrt Polen, wenn es russische Provinz bleibt, einen entwicklungsfördernden Einfluss auf Russland übe, ist bei den hasserfüllten Misstrauen der leitenden Kreise Russlands gegen alles Polnische nicht zu erwarten; viel eher könnte dies ein selbständiges Polen.

Allerdings, führt Luśnia weiter aus, setzt die Industrie Russisch-Polens einen grossen Teil ihrer Producte in Russland ab; aber für die Weiterentwicklung dieser Industrie sei die staatliche Zugehörigkeit zum Zarenreich weder nötig noch wünschenswert. Denn die russischen Industriellen besitzen das Ohr der zarischen Regierung, nicht die polnischen; und die ersteren haben schon heute sehr gehässige tarifpolitische Massnahmen durchgesetzt, um sich die Concurrenz ihrer polnischen „Mitbürger“ vom Leibe zu halten. Polen als eroberte Provinz Russlands ist solchen Gewaltacten gegenüber hilflos; gerade ein unabhängiges Polen könnte seine Handelsinteressen weit besser wahren. Ausserdem aber würde eine Losreissung Polens von Russland, wenn sie sich in Form eines allgemeinen Volksaufstands unter Mitwirkung der Arbeiterpartei vollzöge, eine energische Demokratisierung der polnischen Gesellschaft nach sich ziehen und damit eine Hebung der Kaufkraft des arbeitenden Volkes.

Luśnia hält es für wahrscheinlich, dass Russland in ziemlich naher Zukunft eine Constitution erhalten werde; aber es werde fürs erste eine sehr kümmerliche Constitution sein, mit welcher den Polen in keiner Weise gedient wäre. Auch werde sie voraussichtlich überhaupt nur dem eigentlichen Russland verliehen werden; die fremdsprachigen Grenzprovinzen, vor allem Polen, würden nach wie vor eine Domäne des Absolutismus bleiben. Bricht also in Russland eine bewaffnete Volkserhebung aus, so werden die polnischen Sozialisten in diesen russischen Revolutionären ihre

natürlichen Verbündeten begrüssen; sie erwarten von diesen Verbündeten aber auch die Billigung und Unterstützung ihres berechtigten Strebens nach Unabhängigkeit.

Ein besonderes Capitel widmet der Autor der nationalen Frage in Preussisch-Polen und Oesterreichisch-Polen. Ich glaube, seine einschlägigen Ausführungen mit gutem Gewissen dahin resumieren zu dürfen, dass ihm zwar der Traum einer dereinstigen Vereinigung auch dieser Gebiete mit der Republik Polen ideell sympathisch erscheint, dass er aber im Bereich der praktischen Politik nur Argumente zu finden vermag für die Forderung nationaler Autonomie Preussisch-Polens im Rahmen des Deutschen Reiches, sowie einer erweiterten Autonomie Oesterreichisch-Polens im Rahmen des österreichischen Gesamtstaates. Bemerkenswert ist, dass Luśnia bei dieser letzteren Forderung nur an das polnische Sprachgebiet in Westgalizien und Oesterreichisch-Schlesien denkt, keineswegs etwa an das „historische Kronland“ Galizien mit seiner reichlich zur Hälfte ruthenischen Bevölkerung. Vielmehr tritt er mit Entschiedenheit für die nationale Autonomie der Ruthenen in Ostgalizien ein, also für ihre Befreiung von der polnischen Fremdherrschaft.

Der letzte Abschnitt des Buches schildert die Bedeutung der polnischen Frage für den internationalen Socialismus. Luśnia legt grosses Gewicht darauf, dass Polen schon am Ausgang des XVIII. Jahrhunderts nicht mehr die feudale Oligarchie von ehemals gewesen sei, sondern ein in rascher Demokratisierung begriffener Staat; und gerade die Furcht vor diesen wachsenden demokratischen Tendenzen habe die Grossmächte dazu gedrängt, Polen völlig zu zerstückeln. Aber Polen sei ein Herd der Revolution geblieben; in den Tagen der französischen Revolution, wie der Julirevolution habe Polen, ein Winkelried der Nationen, die Wucht der Unterdrücker auf sich gelenkt und dadurch den Freiheitskämpfern des Westens, den Franzosen, den Belgiern Zeit gegeben, ihre Errungenschaften dauernd zu befestigen. Die rasche Niederwerfung des polnischen Aufstandes von 1848 aber war ein Unheil für Europa; denn dadurch wurde es Russland möglich, auch in Ungarn und anderswo der Reaction zum Sieg zu verhalten. Russland werde auch in künftigen Kämpfen dieselbe Rolle zu spielen versuchen, die Rolle des Schutzpatrons aller Reactionäre in Europa; darum sei es ein Lebensinteresse der europäischen Socialdemokratie, dass ein starkes, unabhängiges, demokratisches Polen der zarischen Reaction den Weg nach dem Westen versperre.

*Ladislaus Gumplowicz.*



**AUGUST BEBEL.**

GEZEICHNET VON JAN VETH.